

Nr. 4/95

Dezember '95

CUBA LIBRE

DM 6,-

1. Januar
1996
1959

Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika
im Menschenhof
Großmarktstr. 27
D-1000 Berlin 61
Tel. (030) / 693 40 29
693 40 29

Fidel vor der UNO

**IV. Weltfrauenkonferenz
in China**

Investitionsgesetz

JOSÉ MARTÍ

ZUM 100. TODESTAG

Inhalt:

- Biographie
- Einführung ins literarische Werk
- Seine politische Bedeutung und Aktualität
- Rund 60 Seiten Originaltexte, teils erstmals in deutscher Sprache.

Preis:

10,- DM

(ab 20 Stück: 7,- DM bei Direktzahlung, bzw. 8,- DM auf Kommission)

Zu beziehen über:

Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba, Gruppe Aachen

C/o E. Hacker,
Eynattener Str. 24a,
52064 Aachen,
Tel.: 0241-77227,
Fax.: 0241-71057

Hierzulande immer noch nahezu unbekannt, steht José Martí für die drei Phasen der kubanischen Revolution. Motiviert und politisiert durch die erste Phase (ab 1868), wurde er zum Träger der zweiten (ab 1895), dem Kampf gegen Spanien und die heraufziehende Hegemonie der USA über den Kontinent. Und er prägte mit seinen Gedanken und weitreichenden Analysen die dritte Phase, die zur endgültigen Unabhängigkeit und zum Sozialismus führte.

In seinem revolutionären Werk fanden wir das moralische Fundament und die historische Rechtfertigung für unseren bewaffneten Kampf. Daher sagen wir, daß er der geistige Vater des 26. Juli 1953 ist.

(Fidel Castro)



UNO Vollversammlung, New York, Ende 1964

Impressum:

Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba
Zülpicher Straße 7
50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120
E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Postgiro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:

Wolfgang Bertling, Harry Hoppe, Manfred Sill,
Peter Nowak, Marianne Schweinesbein
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:

Drucktechnik Odenthal,
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Tel./FAX: 040/393 201

Gestaltung, Satz, EBV: schriftbild

Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg, Tel.: 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr

Jahresabo: DM 20,-

Einzelheft: DM 6,-

Abo-Preis pro Ausgabe:

DM 5,- + Porto

Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor
Jahresende zum Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden

aktuell

Fidel Castro vor der UNO	6
Nachlese Cuba-Demo	7

solidarität

Die Milch-Connection	8
Jahreshauptversammlung Netzwerk	11
Kampagne Schuldenstreichung	13
USA:	
Mark Curtis	16

bericht

Fünf Tage in der Sierra	18
IV. Weltfrauenkonferenz in China	25

lateinamerika

Wochenendseminar zu Lateinamerika	32
Brasilien:	
Interview mit Lula	34

ökonomie

»...was steht, was fällt...?«	35
Das neue Investitionsgesetz	37

kultur

Termine	39
Rezension	33

aus der fg

21 Bundesdelegiertenkonferenz	41
... und die Beschlüsse	42

rubriken

Impressum	3
-----------------	---



Foto: Gramma

Rede von Fidel Castro, Präsident der Republik Cuba, vor der außerordentlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen anlässlich des 50. Jahrestages der UNO, in New York am 22. Oktober 1995.

Herr Präsident, Herr Generalsekretär, Exzellenzen,

Vor einem halben Jahrhundert schuf man die Vereinten Nationen, nach einem bestialischen Krieg, in dem, während seiner intensivsten Perioden, durchschnittlich 10 Millionen jährlich ihr Leben verloren. Heute sterben in jedem Jahr 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder am Hunger und an heilbaren Krankheiten. Einige reiche Völker haben Lebenserwartungen bis zu 80 Jahren, andere erreichen kaum 40. Es sind Milliarden, denen ein Teil ihres Lebens abgeschnitten wird. Wie lange müssen wir warten bis dieses Hinmetzeln aufhört?

Der Kalte Krieg ist zu Ende gegangen, aber der Rüstungswettlauf geht weiter und der militärische und nucleare Führungsanspruch bleibt bestehen. Wie lange sollen wir warten auf die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen, auf die globale Abrüstung und den Ausschluß der Anwendung von Gewalt, Vorherrschaft und Pressionen in den internationalen Beziehungen?

Das anachronistische Privileg des Vetos und der Mißbrauch des Sicherheitsrates durch die Mächtigen, er-

richten einen neuen Kolonialismus selbst innerhalb der Vereinten Nationen.

Lateinamerika und Afrika haben keinen einzigen ständigen Vertreter im Sicherheitsrat. In Asien verfügt Indien, mit fast einer Milliarde Einwohnern, nicht über diese Verantwortung. Wie lange sollen wir warten, bis die Demokratisierung der Vereinten Nationen, die Unabhängigkeit, die Gleichheit in der Souveränität der Staaten, sowie die Nichteinmischung in ihre internen Angelegenheiten und eine wirkliche internationale Zusammenarbeit realisiert werden?

Die wunderbaren Fortschritte in Wissenschaft und Technologie steigern sich täglich, aber ihre Vorzüge erreichen nicht den größten Teil der Menschheit. Sie bleiben weiterhin grundsätzlich im Dienste eines irrationalen Konsumismus, der begrenzte Ressourcen verschwendet und das Leben auf unserem Planeten ernsthaft bedroht. Wie lange sollen wir warten, bis Vernunft, Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit in der Welt herrschen?

Die Wälder werden reduziert, die Luft vergiftet und die Flüsse verseucht. Zahllose Pflanzen- und Tierarten sterben aus. Die Böden werden ausgelaugt. Alte und neue Epidemien breiten sich aus, während die Bevöl-

kerungszahl steigt und sich die Legionen der Enteigneten vervielfachen.

Werden die nächsten Generationen das seit einem halben Jahrhundert versprochene Land erreichen? Wieviele Hunderte von Millionen sind schon gestorben, ohne es zu sehen? Wie zahlreich sind die Opfer von Unterdrückung und Ausplünderung, von Armut, Hunger und ungesunden Lebensverhältnissen? Wie viele weitere müssen noch zugrundegehen?

Wir wollen eine Welt ohne Ansprüche auf Vorherrschaft, ohne Atomwaffen, ohne Interventionismus, ohne Rassismus, ohne nationalen oder religiösen Haß, ohne Verletzungen der Souveränität irgendeines Landes, unter Achtung der Unabhängigkeit und der freien Selbstbestimmung der Völker. Eine Welt ohne globale Modelle, die überhaupt nicht die Traditionen und die Kultur aller Teile der Menschheit berücksichtigen, ohne grausame Blockaden, die Männer, Frauen und Kinder, Junge und Alte töten wie lautlose Atombomben.

Wir wollen eine Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und der Würde, in der alle, ohne irgendeine Ausnahme, ein Recht auf Wohlergehen und das Leben haben.

Vielen Dank.

(Quelle Minrex; Ü.a.d.Span.:
M.Schweinesbein)

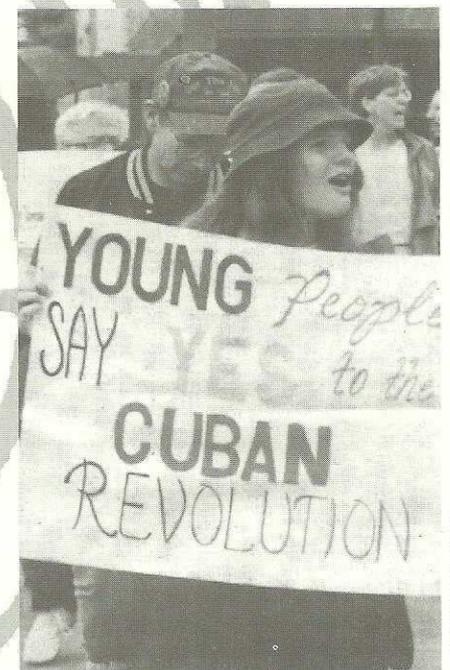


Foto: Gramma

aktuell

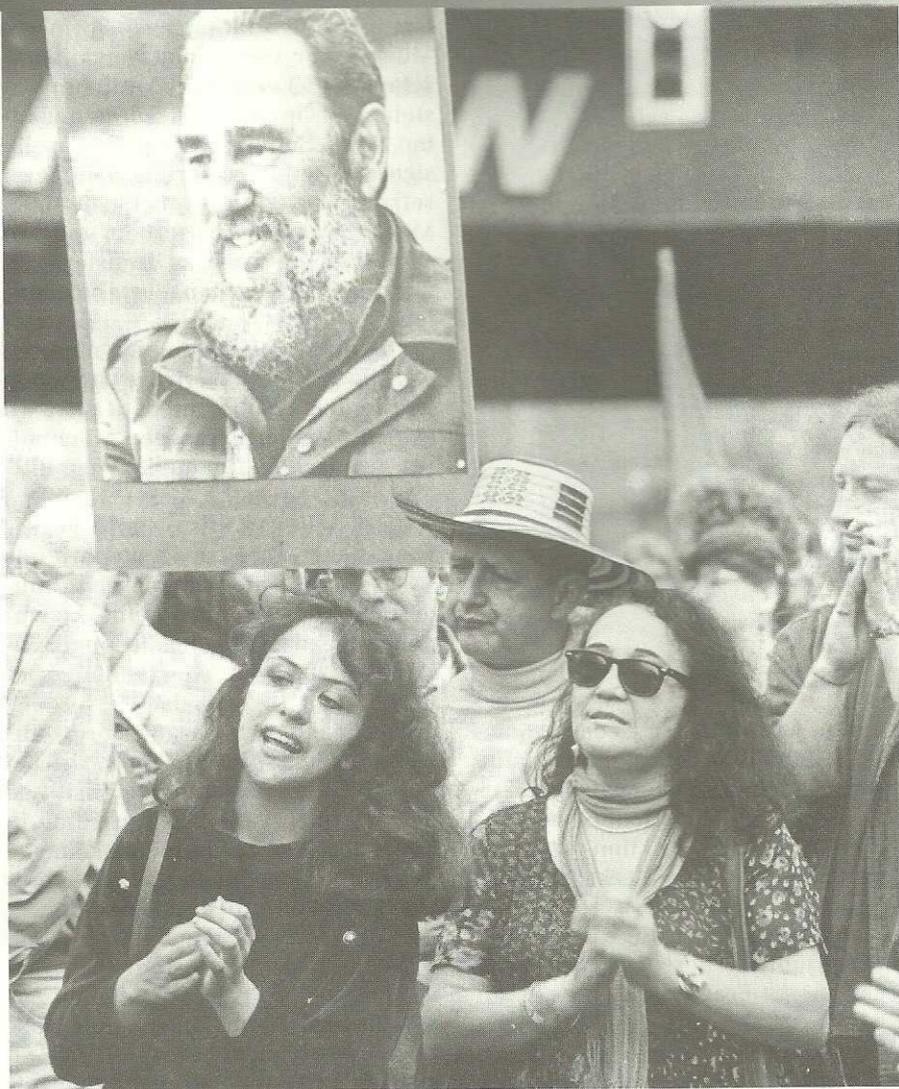


Foto: Christian v. Polentz, Berlin

Demo-Einschätzung oder Kuba auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

»Die Kuba-Solidaritätsdemo? Ach ja, die war ja auch vor Kurzem? Wann war die denn genau?« Das waren Reaktionen von politisch aktiven Menschen in Berlin auf die Frage, was sie von der diesjährigen Kuba-Solidaritätsdemonstration vom 7. Oktober noch in Erinnerung haben.

Ich denke, so geht es Vielen der Menschen, die nicht gerade aktiv in die Vorbereitung involviert waren. Andererseits sind doch ca. 800 Menschen zusammen gekommen. Am nächsten Montag haben sich einige

wenige Presseorgane ein paar Zeilen zu den Inhalten abgequält. Wenn es hoch kam, war da auch ein Foto bei.

Was ist schon mehr zu erwarten in einer Zeit, wo internationale Solidarität fast wie ein Begriff aus einem anderen Jahrhundert klingt? Andererseits sollten sich die wenigen heute noch aktiven Kuba-Solidarischen nicht vorschnell in falscher Bescheidenheit üben und es als Erfolg bezeichnen, wenn einmal pro Jahr um die tausend Menschen ihre Solidarität öffentlich ausdrücken. Denn damit

wäre auch der Sache, der Kuba-Solidarität nicht gedient.

Auf jeden Fall kann festgehalten werden, daß die Potentiale für eine Kuba-Solidarität in der Gesellschaft größer sind, als diese öffentlichen Manifestationen ausdrücken. Das zeigen die Spenden, die beispielsweise Cuba-Si sammelt, das zeigen verschiedene unspektakuläre Projekte von Menschen, die nicht für Kuba auf die Straße gehen.

Es zeigte sich am 7. Oktober, daß die Motivation zu einer Demonstration immer an konkrete Ereignisse geknüpft ist. Die US-Blokade alleine ist für viele Menschen kein solches Ereignis. Zu groß ist da auch die Gewöhnung und für viele Menschen ist nicht deutlich, wo da ein Anknüpfungspunkt für Veränderung sein könnte. Auch ist der Jose-Marti-Jahrestag als unmittelbarer Anlaß für den Demotermin wirklich nur Insidern der Kuba-Solidarität ein Begriff.

Was folgt daraus? Vielleicht sollte 1996 nicht einfach die Serie der Kuba-Solidaritäts-Demos Anfang Oktober fortgesetzt werden. Statt dessen sollte mit einer Woche der Solidarität mit kleineren Informations- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedensten Städten der kubanische Weg des Sozialismus mit all seinen Widersprüchlichkeiten in einer vom Imperialismus beherrschten Welt vor- und zur Diskussion gestellt werden.

Außerdem sollte in größerem Maßstab und mit längerer Vorlaufzeit für eine internationale Manifestation der Solidarität zum 40ten Jahrestag der kubanischen Revolution Anfang 1999 mobilisiert werden. Das ist ja noch drei Jahre hin, werden manche einwenden. Sicherlich, doch damit eine solche Demonstration quantitativ und qualitativ ein nicht zu verschweigendes Ereignis wird, braucht es eine längere Vorlaufzeit.

Außerdem würden wir mit einer solchen längerfristigen Planung auch etwas von dem kurzatmigen Aktionismus wegkommen, der sich oft in unsere Arbeit unbewußt einschleicht.

Wir würden damit der Überzeugung Ausdruck verleiden, die kubanische Revolution wird ihren 40ten Jahrestag feiern und geht anschließend ins 21. Jahrhundert. Das ist doch wohl für uns alle klar! Oder doch nicht?

Peter Nowak



Die Milchconnection

oder
Was wird aus
der Müller-Milch?

Bestandsaufnahme einer Aktion
der Ortsgruppe Regensburg!

In der Berliner »Tageszeitung« stand in der Ausgabe vom 4.7.95 ein Bericht über die Fa. Müller-Milch, in der beklagt wird, daß alleine in ihrem Zweigbetrieb in Sachsen rund 750 Millionen Kilogramm(!) Milch lagern. Die Firma beklagt Abnahmeschwierigkeiten. Der »Milchsee« steht dem Firmenriesen bis zum Hals, heißt es in der Branche.

Angesichts der Tatsache, daß offenbar alleine bereits in einem Zweigbetrieb eines Milchgroßkonzerns solche Mengen für die »Halde« produziert

werden, kam uns der Gedanke, diesen Unsinn öffentlich zu machen und kurzerhand eine Unterschriftenaktion in einem SPD-Stadtteilfest zu organisieren. Ziel dieser Aktion war es zu zeigen, daß der »freie Markt« offenbar doch nicht in der Lage ist vernünftig und bedarfsgerecht zu wirtschaften und es nun eigentlich an der Regierung sei, die Frage nach einer Regulierung dieser ungeheuren Milchmengen zu stellen.

Wir meinten, eine begrüßenswerte und menschliche Lösung wäre doch,

einen Teil dieser Mengen in Form von Milchpulver verwandelt der kubanischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, insbesondere Kindern und alten Menschen. Es wäre prima, wenn sich die Bundesregierung dafür einsetzen würde, diese überschüssigen Milchmengen zu erwerben und kostenfrei nach Kuba zu transferieren um den dortigen Mangel zu bekämpfen.

Als weitere Begründung nannten wir die früheren Verträge zwischen der Republik Kuba und der DDR, wo seit 1981 Futterhefe gegen Milchpulver getauscht wurde und die die BRD Ende 1990 einstellte.

Eine vielleicht etwas naive Forderung, sicher, aber - so dachten wir uns - es ist wichtig die Widersprüche bundesdeutscher Wirtschafts- und Außenpolitik aufzuzeigen und die Finger auf Wunden zu legen, wo Handlungsbedarf besteht, hier wie da.

Die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. Waren sie vor Ort bei den SPD'lern erstaunlich positiv, so daß wir auch viele Unterschriften in kürzester Zeit zusammenbekamen, waren die Reaktionen von den Ministerien Kinkels, Rexrodt und Sprangers durchwegs ablehnend.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und das für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teilten sich die Beantwortung auf. So schrieb Ersteres, daß die Bundesregierung aus Gründen des »Vertrau-

AUSWÄRTIGES AMT

Az.: 331-322.00 KUB

(Bitte bei Antwort angeben)

168aaqu

Auswärtiges Amt Postfach 1148 53001 Bonn

Herrn
Bernhard Ostermeier

Betr.: Beziehungen USA-Kuba

Bezug: Ihr Schreiben nebst Unterschriftenliste ohne Datum, hier eingegangen 4. August 1995

Sehr geehrter Herr Ostermeier,
dankend bestätige ich den Eingang des Bezugsschreibens nebst Unterschriftenliste.

Ich habe Ihre Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ihren Wertungen kann ich mich zum großen Teil leider nicht anschließen.

Das Auswärtige Amt wird sich bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit Kuba und bei der Festlegung seiner Haltung zu Kuba betreffenden Fragen auch weiterhin von seiner, an der kubanischen Wirklichkeit orientierten Lageanalyse leiten lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Herbert Quelle

ensschutztes« die Vertragsverpflichtungen aus dem Vertrag DDR-Kuba bis zum Jahresende 1990 weiterführte.« Da die kubanische Seite jedoch nicht, wie mit der ehemaligen DDR vereinbart, ausreichend Transportraum zur Verfügung stellte, erfolgten die Lieferungen nicht mehr vollständig. Der Einigungsvertrag (Art. 12) sieht vor, daß die BRD das Schicksal der völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen der DDR mit den Vertragspartnern der DDR erörtert, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln. Die entsprechenden Konsultationen mit der kubanischen Seite wurden in der Zeit vom 21.-25.6 1993 in Bonn abgeschlossen. Dabei wurde einvernehmlich festgestellt, daß 62 völkerrechtliche Verträge mit der Herstellung der Ein-

heit Detuschlands erloschen sind. Über das Schicksal von 28 weiteren Verträgen, aus denen noch Forderungen offen sind, soll auf Expertenebene weiterverhandelt werden. Dazu gehört u.a. das Abkommen vom 16.10.81 über den Austausch von Magermilchpulver gegen Futterhefe. Da Futterhefe im EG-Wirtschaftsgebiet zu dem vereinbarten Präferenzpreis nicht marktfähig ist, läßt sich allerdings bereits jetzt sagen, daß eine Durchführung des Abkommens von 1981 nicht möglich erscheint. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Europäische Union in erheblichem Umfang humanitäre Hilfe an Kuba leistet.«

Das »Spranger«-Ministerium lamentierte in erster Linie über die hausgebackenen Fehler der kubani-

schen Regierung, sowie darüber daß ja die BRD weiter Milchpulver geliefert hätte(!) wenn denn nur eine entsprechende NGO in Kuba aufgetrieben worden wäre... -

Klar, aber wenn man keine NGO's finden will, findet man sie auch nicht.

Schade nur, daß bei den Ministerien offenbar kein Interesse besteht, im Fall Müllermilch zu intervenieren. Die 20000 Tonnen Milchpulver, die die DDR jährlich nach Kuba lieferte wären doch nur ein Bruchteil des Milchsees der Firma »Müllermilch« zu Sachsen.

Bernhard Ostermeier



BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Gesch.-Z.: 135 - K 2032 KUB - 7/95
(Bei Antwort bitte angeben)

Tel. (0228) 535 - 3579 Datum 21. August 1995
Fax (0228) 535 - 3500

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Postfach 12 03 22 53045 Bonn

FG BRD KUBA e.V.
- Ortsgruppe Regensburg -
Herrn
Bernhard Ostermeier

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT

Bonn, 25. August 1995

Gesch.-Z.: V A 5 - 949 397 -
(Bei Antwort bitte angeben)

Telefon: (02 28) 6 15-23 64
Fax: (02 28) 6 15-26 52

Bundesministerium für Wirtschaft • 53107 Bonn
FG BRD KUBA e.V.
Ortsgruppe Regensburg
z.H. Herrn Bernhard Ostermeier

Betr.: Lieferung von Milchpulver nach Kuba

Sehr geehrter Herr Ostermeier, ich danke Ihnen und den Mitunterzeichnern für Ihr Schreiben vom 05.07.1995, das am 03.08.1995 hier einging.

Die ehemalige DDR lieferte Kuba gemäß einem Abkommen vom 16.10.1981 Milchpulver im Austausch gegen kubanische Futterhefe. Aus Gründen des Vertrauensschutzes war die Bundesregierung bereit, die Verpflichtungen aus diesem Vertrag bis Jahresende 199 zu erfüllen. Da die kubanische Seite jedoch nicht, wie mit der ehemaligen DDR vereinbart, ausreichend Transportraum zur Verfügung stellte, erfolgten die Lieferungen nicht mehr vollständig. Der Einigungsvertrag (Art. 12) sieht vor, daß die Bundesrepublik Deutschland das Schicksal der völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen der DDR mit den Vertragspartnern der DDR erörtert, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln. Die entsprechenden Konsul-

tationen mit der kubanischen Seite wurden in der Zeit vom 21. - 25.06.1993 in Bonn abgeschlossen. Dabei wurde einvernehmlich festgestellt, daß 62 völkerrechtliche Verträge mit der Herstellung der Einheit Deutschlands erloschen sind. Über das Schicksal von 28 weiteren Verträgen, aus denen noch Forderungen offen sind, soll auf Expertenebene weiterverhandelt werden. Dazu gehört u. a. das Abkommen vom 16.10.1981 über den Austausch von Magermilchpulver gegen Futterhefe. Da Futterhefe im EG-Wirtschaftsgebiet zu dem vereinbarten Präferenzpreis nicht marktfähig ist, läßt sich allerdings bereits jetzt sagen, daß eine Durchführung des Abkommens von 1981 nicht möglich erscheint. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Europäische Union in erheblichem Umfang humanitäre Hilfe an Kuba leistet.

Betr.: Lieferung von Milchpulver in die Republik Kuba; Bezug: Ihr Schreiben vom 05.07.1995

Sehr geehrter Herr Ostermeier, für Ihren Brief vom 05. Juli 1995, mit dem Sie sich für eine kostenfreie Lieferung von Milchpulver nach Kuba einsetzen, danke ich Ihnen. Bei den Ende 1990 ausgelauenen Milchpulverlieferungen der ehemaligen DDR an Kuba handelte es sich nicht um eine entwicklungspolitische Maßnahme, sondern um ein kommerzielles Kompensationsgeschäft (Milchpulver gegen Futterhefe). Die wirtschaftliche Grundlage für dieses Geschäft war nach der Wiedervereinigung entfallen, zumal die kubanische Seite ihre Lieferung nicht mehr garantieren konnte. Sowohl bei dem Milchpulverbedarf als auch bei den anderen Versorgungsproblemen Kubas handelt es sich jedoch nicht um eine kurzfristige Notlage, die durch humanitäre Hilfe beseitigt werden könnte, sondern um ein langfristiges Problem, das seine

Ursache in der planwirtschaftlichen Struktur des Landes und der verfehlten Strukturpolitik in der Landwirtschaft hat.

Dem US-Handelsembargo, das zweifellos eine große Auswirkung auf die direkten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Kuba hat, hat sich die Bundesregierung niemals angeschlossen. Im Gegenteil wurde in einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 14. Januar 1993 festgelegt, internationale Institutionen zu bitten, gegenüber Washington auf eine Lockerung des Embargos zu drängen, was durch die Europäische Union kürzlich auch geschehen ist. Der einzige Weg, Kubas Probleme zu lösen, ist deshalb die Durchführung grundsätzlicher politischer und wirtschaftlicher Reformen und nicht Korrekturmaßnahmen, die im Grunde am sozialistischen System festhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Reinmann
Reinmann

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Pusch
Pusch



Mit Protest-Aktionen gegen Kuba-Blockade

Protest auf andere Weise: Mit vielen bunten Aktionen demonstrierte der Kuba-Arbeitskreis Koblenz gegen die über 35 Jahre währende Wirtschaftsblockade gegen Kuba. Die USA beabsichtigten eine nochmalige Verschärfung. Der Arbeitskreis unterstützt seit langem ein Kinderkrankenhaus in Havanna mit Geld- und Medikamentenspenden. Höhepunkt der Kundgebung war die Enthüllung eines Denkmals und ein Fest mit kubanischer Salsa-Musik und „Cuba Libre“.

Foto: Thomas Frey

Der Koblenzer Cuba-Arbeitskreis erregte Aufsehen und Presse-Echo mit

seinen Aktionen am 10. Oktober: Beim Informationsstand konnten u.a. mit

Kuba-Aktionstag

KOBLENZ. RED. Der Koblenzer Kuba-Arbeitskreis beteiligt sich am weltweiten Aktionstag für Kuba, der für Dienstag geplant ist. Schwerpunkt ist der Protest gegen die seit über 35 Jahren anhaltende Wirtschaftsblockade, die von den USA verordnet wurde. Obwohl diese Blockade von der UNO und auch vom Europäischen Parlament bereits mehrfach als völkerrechtswidrig verurteilt wurde, soll sie nach dem Willen führender US-Politiker noch verschärft werden.

Gegen diese Absichten wird am 10. Oktober protestiert. Der Koblenzer Kuba-Arbeitskreis unterstützt das Kinderkrankenhaus „William Soler“ in Havanna mit regelmäßigen Geld- und Medikamentenspenden. Am Dienstag gibt es einen Infostand in der Fußgängerzone (Löhrrstraße), um 17 Uhr am Münzplatz eine Kundgebung und Denkmalenthüllung, um 19 Uhr im Café Mumpitz (Nähe Hauptbahnhof) ein Fest mit kubanischen Gästen, Salsa-Musik und „Cuba Libre“.

dem Verkauf cubanischer Produkte (Rum, Zigarren, Kaffee), von Büchern und Plakaten Interesse geweckt werden und die Spendendose für das »Kinderkrankenhaus William Soler« füllte sich. Ein Feuerschlucker erwies sich dabei als Publikumsmagnet. Um 17 Uhr fand auf dem Münzplatz eine Kundgebung mit Denkmalenthüllung (gefilmt vom Regionalfernsehen) statt, und ab 19 Uhr wurde zum Salsa-Fest mit »Cuba Libre« ins Café Mumpitz eingeladen.

Die CubafreundInnen aus Koblenz sind an einem Informations- und Ernährungsaustausch mit anderen Gruppen sehr interessiert, bitte meldet euch bei Willy Mathias, Mayener Straße 51, 56070 Koblenz!

MS

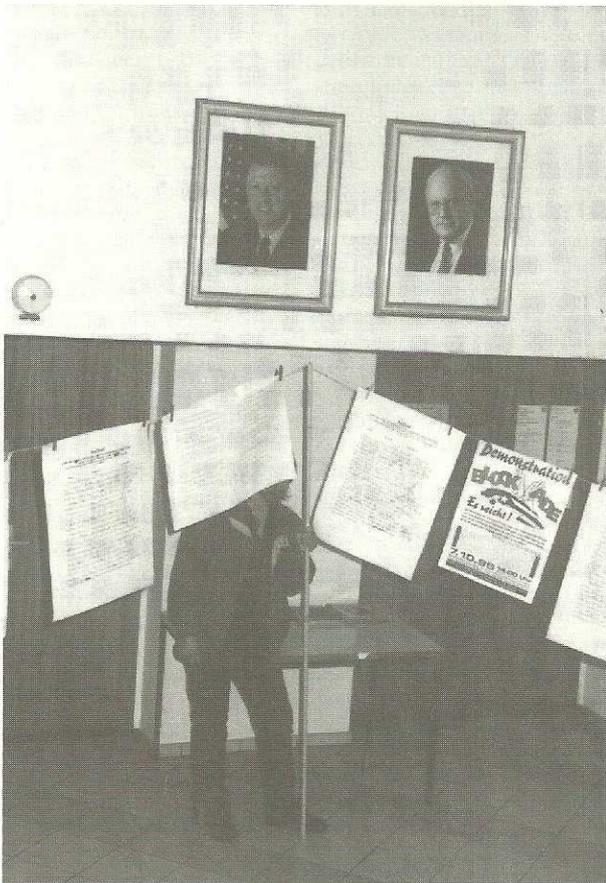


Foto: Dietmar Berg

Aktion in der Fußgängerzone in Nürnberg: Cubanische Lieder, Granma-Verkauf, Informationen

Am Informations-Pavillon der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba in der Nürnberger Innenstadt gab es viele interessierte Gespräche. Zumal einige FreundInnen von der Gruppe »Zündstoff« die Passanten mit cubanischen Liedern trotz der unfreundlichen Witterung zum Stehenbleiben und Zuhören verlockten.

Es gab viele Fragen über die Situation in Cuba und so manche »Granma« fand ihreN KäuferIn.

In einer weiteren Aktion wurden am 10. Oktober im Amerika-Haus in Nürnberg über 200 Unterschriften unter den FG-Aufruf gegen die Blockadeverschärfung übergeben.

Marianne



Foto: Marianne Schweinsbein

**CUBA
LIBRE**

solidarität

NETZWERK-JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG: Mit neuen Impulsen ins nächste Jahr!



Bei der am 2. Dezember ,95 in Darmstadt stattgefundenen Jahreshauptversammlung des NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V. nahmen über 35 Cubafreundinnen und -freunde, die 19 verschiedene Organisationen und Gruppen repräsentierten, teil. Die Versammlung fand in einer ausgesprochen konstruktiven und höchst solidarischen Atmosphäre statt. Von cubanischer Seite nahmen der Saatssekretär und 1. Vizeminister für Investitionsförderung und wirtschaftliche Kooperation, cro. Octavio Castilla, der Botschafter der Rep. Cuba in der BRD, cro. Oscar Martinez, sowie die 1. Botschaftssekretärin und Konsularin, cra. Silvia Alfonso, teil. Die Hochrangigkeit dieser Delegation kann sicherlich als Indiz für die Wertschätzung, die die cubanische Seite der Arbeit des NETZWERK CUBA entgegenbringt, gewertet werden.

Die ausführlichen Rechenschaftsberichte des Vorstands und des Büros, der Kassiererin und der Redaktion der NETZWERK CUBA - Nachrichten stellten realistisch die Entwicklung des NETZWERK seit der letzten Jahreshauptversammlung (JHV) dar. In den Berichten wurden sowohl die positiven Entwicklungen, die Höhepunkte und Erfolge dargestellt wie auch präzise die Fehler, Schwächen und Probleme aufgezeigt wurden.

Wie in allen linken und internationalistischen Gruppen und Zusammenhängen hat natürlich auch das NETZWERK CUBA mit finanziellen Problemen zu kämpfen. In diesem Zusammenhang wurde z.B. erläutert, daß im Berichtszeitraum sowohl eine Kostenreduzierung in verschiedenen

Bereichen wie auch eine ca. ausgeglichene laufende Kassenführung erzielt werden konnte. Dennoch wird für den neuen Vorstand, neben noch abzuarbeitender Verpflichtungen, die Mobilisierung weiterer finanzieller Ressourcen ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit sein. Es ist dringend notwendig, eine stabilere ökonomische Basis zu schaffen und vor allem die Grundlage für eine bezahlte Stelle im NETZWERK-Büro zu schaffen. Erste Beschlüsse in dieser Richtung wurden bereits bei der JHV gefaßt und die entsprechenden Informationen können dort angefordert werden.

In der ausführlichen Diskussion wurden weitgehende Beschlüsse bezüglich der Modalitäten der zukünftigen Spendentransporte nach Cuba gefaßt. Eine entsprechende Zusammenfassung ist derzeit in Arbeit und kann ebenfalls im NETZWERK-Büro angefordert werden.

Angesichts der weitreichenden und in ihrer Qualität neuen Entwicklung auf Cuba nahm die Debatte über den Vorschlag ein bundesweites Seminar („Ratschlag,“) zu diesem Thema einen breiten Raum ein. Mehrheitlich wurde festgestellt, daß es vor Ort einen großen Diskussionsbedarf hierzu gibt und eine inhaltliche Tagung mit einem kompetenten cubanischen Referenten sowie möglicher Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus anderen Ländern des Trikot wünschenswert wäre. Tatsache ist, daß bereits seit einiger Zeit örtliche und regionale Treffen in dieser Richtung stattfinden. Unterschiedliche Ansätze gab es hierbei um eine präzise Themenbestimmung und Zielsetzung - was sicherlich nicht zuletzt damit zusammenhängt, daß zur JHV kein ausgereifter Konzept vorlag.

Andererseits gab es Konsens darüber, daß die seit 1989 jährlich stattfindenden Bundestreffen in der bisherigen Form (Austausch untereinander, Bestandsaufnahme und Reflexion der eigenen Tätigkeit sowie Perspektiven

der vernetzten Arbeit) auch für 1996 unverzichtbar sind.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich darüber einig, daß es nicht möglich war, beide andiskutierten bundesweiten Tagungen verbindlich zu beschließen und einigten sich daher auf jeden Fall erst einmal auf die Durchführung eines Bundestreffens im Herbst (möglichst September) 1996, wobei die ausführende Gruppe noch nicht fest steht. Die JHV schlägt allen interessierten Gruppen vor, sich mit dem Vorschlag eines zentralen Seminars zu befassen und die Ergebnisse der örtlichen Diskussionen bei der nächsten Mitgliederversammlung des NETZWERK (im 1. Quartal ,96) einzubringen. ★

Einen relativ breiten Raum nahm die Diskussion über die Notwendigkeit der Schaffung eines Videoarchivs im NETZWERK-Büro ein. Es wurde festgestellt, daß viele Gruppen großes Interesse an der Möglichkeit haben, Videofilme aus bzw. über Cuba auszuliehen. Dem stehen allerdings ein zu großer technischer und personeller Aufwand seitens des Büros entgegen. Die JHV einigte sich vorerst darauf, daß alle Gruppen und/oder Einzelpersonen, die selbst über Videos verfügen und zur Ausleihe bereit sind, dies dem NETZWERK-Büro mitteilen. Interessenten erhalten dann auf Anfrage im Büro die jeweiligen Kontaktadressen.

Es wurde kurz darüber berichtet, daß bei dem im Oktober stattgefundenen Nationalen Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Spanien die Anregungen unseres V. Bundestreffens für eine weitere europäische Vernetzung (Stichworte: Europäische Postkartenaktion, internationaler Solidaritätsaufruf) positiv aufgegriffen wurden. Weitere Informationen zu dieser Konferenz werden in den nächsten NETZWERK CUBA-Nachrichten (NCN) im Januar ,96 veröffentlicht.

Die JHV würdigte die Arbeit der Redaktion der NETZWERK CUBA-Nachrichten, die ein entscheidendes Standbein des NETZWERK darstellen und sich im Berichtszeitraum thematisch, redaktionell und nicht zuletzt in der Aufmachung weiterentwickelt und verbessert haben. Die NCN waren bisher laut Konsens aller Gruppen vor allem auf die Veröffentlichung von Originaldokumenten aus

Cuba sowie Informationen aus den Gruppen begrenzt. Die JHV beschloß, daß die genannten Aufgaben beibehalten werden sollen, aber darüber hinaus die NCN angesichts der weitreichenden Veränderungen auf Cuba und des damit verbundenen  Diskussionsbedarfs ab sofort für inhaltliche Debatten zu öffnen sind.

Im Bereich der „eigenen„ Medien spielte in der Diskussion natürlich auch die deutschsprachige Granma Internacional eine große Rolle. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßten die Tatsache, daß aufgrund des initiierten Engagements des NETZWERKS und des mittlerweile organisierten professionellen Vertriebs der Zeitung durch VVCO diese nunmehr ökonomisch abgesichert ist. Ebenso begrüßt wurden die bisherigen Werbemaßnahmen seitens des NETZWERK per Kleinanzeigen, den Werbepostkarten vom Mai '95 (eine Neuauflage ist z.Zt. in Druck und kann im Büro angefordert werden!) sowie den extra gedruckten Spenden-Zahlscheinen (diese können bei H.-W.Hammer, Im Klipp 23, 45143 Essen, Fax: 0201 - 62 26 30 angefordert werden).

Zugleich stellte sich heraus, daß beileibe noch nicht alle Möglichkeiten der Werbung seitens der Solidaritätsbewegung ausgeschöpft sind und es wurden eine Reihe von Anregungen gemacht. Diese reichten vom Freiverkauf vor Kinos, in denen Cuba-Filme laufen, über das Aufstellen von Verkaufskästen (Montage-Anleitungen sind im NETZWERK-Büro anzufordern) bis hin zu Themen-Abenden zur Granma Internacional. Kritisch vermerkt wurde die Tatsache, daß es immer noch keine ausreichende Kommunikation zwischen der Vertriebsfirma und den Solidaritätsgruppen gibt, so z.B. bei dem notwendigen Rücklauf über regionale Werbekampagnen. Der neue NETZWERK-Vorstand erhielt diesbezüglich einige konkrete Aufträge.

Debattiert wurde auch über die bisherigen und zukünftigen Strukturen des NETZWERK CUBA. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber, daß das NETZWERK - wie auch vom „alten„ Vorstand vorgeschlagen, eine weitere Effektivierung seiner Strukturen erzielen muß. Es gibt bekannterweise oft zeitliche Verzögerungen der Informa-

tionsvermittlung, unbefriedigende Reaktionen auf dringende Anfragen u.a.m. Die Gründe sind bekannt (stark begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen) und es müssen dennoch Änderungen stattfinden. Der neue Vorstand wurde beauftragt, zur nächsten Mitgliederversammlung erste konzeptionelle Überlegungen vorzulegen. Unterschiedliche Meinungen gab es darüber, ob das NETZWERK als „Dachverband„ oder reines „Dienstleistungsunternehmen„ fungieren sollte. Diese Frage konnte aus Zeitgründen nicht ausdiskutiert werden. Mehrheitlich zeichnete sich ab, daß auch in Zukunft eine Gratwanderung zwischen beiden genannten Varianten gewünscht wird. Das heißt: Sowohl „Dienstleistungsunternehmen„ als auch „Impulsgeber und Anreger„. Völligen Konsens gab es dagegen in der Frage, daß sich das NETZWERK seit seiner Gründung als basisdemokratischer Verein versteht, der bisher keine „Direktiven„ herausgegeben hat und dies auch in Zukunft nicht tun wird. Alle bisher bundesweit vernetzten Aktivitäten (Cuba-Kongreß '92, Demonstration '95, Karawane '94 und Demonstration '95) waren das Ergebnis der jeweiligen Beschlüsse von einer großen Anzahl von Basisorganisationen. Eine Erkenntnis für die tagtägliche Arbeit des NETZWERK war ebenfalls Konsens: Man kann auch nur etwas aus dem NETZWERK „herausholen„, was die Gruppen auch vorher hineingegeben haben.

In diesem Zusammenhang fand ich einen kurzen Diskussionsbeitrag äußerst interessant: Ein Teilnehmer, der bereits bei der Organisierung des Cuba-Solidaritätskongresses im Mai 1992 aktiv war, stellte fest, daß ja dieser Kongreß (in seiner Abschlußklärung) die Grundlage für die Schaffung des NETZWERK gelegt hatte. Er meinte, daß „damals„ bestimmt Freunde wie Gegner dieser Initiative nicht damit gerechnet hätten, daß sich das NETZWERK - als institutionelle Vernetzung der hiesigen Cuba-Solidaritätsbewegung - überhaupt erhalten, geschweige denn so wie erfolgt stabilisieren werde können. Er stellte in diesem Zusammenhang fest, daß dies sicherlich auch dem kontinuierlichen Einsatz der beteiligten Menschen geschuldet ist und wir uns über diesen Erfolg einmal klar werden sollten.

Bei den anschließenden Neuwahlen manifestierte sich nochmals der große inhaltliche Konsens, der zwischen den beteiligten - und im Detail durchaus oftmals unterschiedlichen - Gruppen. In großer Einmütigkeit wurden in geheimer Wahl der neue Vorstand gewählt: Heinz-W.Hammer (FG Essen) zum Vorsitzenden, Manfred Sill (Cubagruppe Bonn) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Anke Pfennig (Cubagruppe Bonn) zur Kassiererin sowie als weitere Vorstandsmitglieder - in alphabetischer Reihenfolge -: Christine Bocian (Cuba Sf), Andrea Schön (DKP Darmstadt - Dieburg) und Frank Schwitalla (Bremen - Cuba: Solidarität konkret). In diesem Zusammenhang sprach die JHV den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Sabine Petz und Holger Schlottau ihren Dank für die geleistete Arbeit aus. Ebenso einmütig wurden die NCN-Redaktion (Manfred Sill, Barbara Munoz, Manuel Parrondo und Siga Luthner) und die Kassenprüfer (Ralf Minkenberg und Sabine Petz) gewählt.

Einen besonderen Höhepunkt bildete der sich anschließende Vortrags- und Diskussionsblock mit dem 1. Vize-minister Octavio Castilla. In unglaublich komprimierter Form präsentierte Castilla in einem knapp 20-minütigen Vortrag Zahlen, Daten, Fakten und Einschätzungen zur aktuellen ökonomischen Entwicklung Cubas, zu den damit zusammenhängenden Fortschritten und Problemen. In der sich anschließenden Diskussion erwiesen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als ebenso solidarische und sachkundige Diskutanten wie der Referent als sehr professioneller Vertreter Cubas, der absolut keine Antwort schuldig blieb. Die Diskussion führte von Detailfragen wie dem Problem der Geldüberweisung nach Cuba über die Rolle der Gewerkschaften angesichts der anstehenden Arbeitslosigkeit von mindestens 800.000 Menschen (bei Beibehaltung von 60% des bisherigen Lohns) über Fragen des Landverkaufs und der Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen bis hin zu grundsätzlichen Problemen („Wo und wann wird die Grenze der ökonomischen Umstrukturierungen sein?„). Logischerweise konnten weder alle vorhandenen Sorgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die aktuelle Entwicklung ausgeräumt werden wie ebenso wenig die äußerst detaillierten Fakten

hier referiert werden können. Eine Zusammenfassung der Debatte wird in den nächsten NCN erscheinen.

Zusammenfassend können auf jeden Fall als Resultat dieser sehr qualifizierten Diskussionsrunde vier Dinge festgehalten werden:

1. Es gibt einen offensichtlich großen Diskussionsbedarf innerhalb der Cuba-Solidaritätsbewegung in der BRD.

2. Die cubanischen Partnerinnen und Partner sind zu einer absolut offenen Diskussion über alle anstehenden Fragen bereit. Daher sollten sich auch alle Basisgruppen der Cuba-Solidaritätsbewegung nicht scheuen, über die cubanische Botschaft Diskussionspartnerinnen und -partner zu diesem Thema einzuladen.

3. Trotz aller gegenteiliger Unter-gangsszenarien in diversen bürgerlichen Blättern lebt und kämpft die cubanische Revolution: Um den Erhalt der einzigartigen Errungenschaften bei notwendigen Kompromißlösun-

gen mit der herrschenden unipolaren Welt.

4. In diesem Kampf bedarf die cubanische Revolution nach wie vor der internationalen Solidarität. (Wenn dem nicht so wäre, hätte Sergio Corrieri, Präsident des ICAP - Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft - nicht in der letzten Granma Internacional eine eventuell in 1997 stattfindende 2. Weltkonferenz der Cuba-Solidarität in Aussicht gestellt.)

Das NETZWERK wird sich demgemäß auch in Zukunft darum bemühen, seiner Aufgabe als Koordinationsstelle der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, als Multiplikator der materiellen wie politischen Solidarität gerecht zu werden und hierbei auch die objektiv vorhandenen Wünsche nach internationaler Vernetzung nach seinen (begrenzten) materiellen und personellen Möglichkeiten gerecht zu werden.

Hierfür benötigen wir die aktive, die personelle und finanzielle, die

materielle und logistische Unterstützung aller aktiven Cuba-Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen, aller Mitglieder, Fördermitglieder, aller Freundinnen und Freunden des revolutionären Cubas.

Laßt uns den Schwung und die Impulse der NETZWERK-Jahreshauptversammlung für die eigene Arbeit vor Ort aufgreifen und zugleich für die weitere vernetzte Arbeit nutzbar machen!

**Es bleibt dabei:
Cuba braucht uns -
Wir brauchen Cuba!
Viva la Solidaridad
Internacional!**

*Heinz-W. Hammer,
Vorsitzender NETZWERK CUBA
hwh, 03.12.95*

Arbeitsplattform

Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe, die sich seit Herbst 94, ausgehend von einer BuKo Cuba-Konferenz, zu fünf Terminen getroffen hat.

Zur Anregung einer politischen Kampagne oder für einzelne Aktionen. Sie sollte in Solidaritätsgruppen und politischen Arbeitszusammenhängen eine breitere Debatte auslösen und Aktivitäten für eine Schuldenstreichung unterstützen.

Streichung der Schulden Cubas

Die ungerechtfertigten Finanzforderungen der Bundesregierung behindern den eigenständigen Entwicklungsweg Cubas

Die deutsche Bundesregierung erhebt gegenüber Cuba finanzielle Forderungen in Höhe von ca. 2,5 Mrd. DM. Diese Summe geht zum überwiegenden Teil auf cubanische Handels- und Kreditverpflichtungen gegenüber der DDR in Höhe von 730 Mio. Transfer-Rubel zurück und ist vom Wechselkurs abhängig, der zugrundegelegt wird.

Diese »Verschuldung« Cubas stellt einen besonders skandalösen Fall von Schuldenpolitik dar, weil die Bundes-

regierung Rückzahlungen von der cubanischen Regierung fordert, die nicht aus Krediten oder ähnlichen Leistungen der Bundesregierung entstanden sind. Vielmehr beansprucht die Bundesregierung hier Rückzahlungsforderungen aus den Handelsbeziehungen Cubas mit anderen Ökonomie des RGW, in diesem Fall zwischen Cuba und der DDR. Der Handel bestand hauptsächlich aus Tauschgeschäften Ware gegen Ware auf mittel- und langfristiger Basis (bspw. Milch-

pulver gegen Viehfutter). Diese wurden in Transfer-Rubeln verrechnet, die wiederum heute in Devisen eingefordert werden.

Die Bundesregierung hat ihren, aus dem »Vereinigungsvertrag« mit der DDR resultierenden, Entscheidungsspielraum extrem einseitig ausgelegt. Sie hat beispielsweise den Tausch von cubanischen Futtermitteln gegen Milchpulver aus der DDR mit der Begründung gestoppt, daß er nicht mit der marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar sei. Während im Rahmen des Einigungsvertrags die meisten Handels- und Entwicklungshilfe-Verträge der DDR von der Bundesregierung weitergeführt wurden, sind sie im Falle Cubas ausnahmslos einseitig aufgekündigt worden. Hingegen wird von der Bundesregierung die Erfüllung der im Einigungsvertrag genannten Bedingungen von anderen Staaten nicht eingefordert.

Während also einerseits fast alle Wirtschaftsabkommen der DDR mit Cuba durch die Bundesregierung storniert/unterbrochen worden sind, also nicht weitergeführt werden, fordert Bonn andererseits die Zahlung der RGW-Verbindlichkeiten durch die cubanische Regierung!

Aus all dem wird deutlich, daß die finanziellen Forderungen der Kohl-Regierung an die cubanische Regierung nicht tatsächlichen oder übli-

chen »Schulden« entsprechen, sondern zum großen Teil nur einseitig definierte »Forderungen« der Bundesregierung darstellen. Und daher hat die cubanische Regierung inzwischen auch ihre realen Alt-Schulden mit anderen Ländern (wie Mexiko und Spanien) bereits beglichen und steht bei Regierungen anderer Länder (z.B. Großbritannien und Frankreich) kurz vor dem Abschluß entsprechender Abkommen. Die Auslandsverschuldung Cubas ist im Vergleich zu Nachbarländern noch relativ gering: Sie betrug im Jahre 1990 etwa 132 % seines Brutto-Inlands-Produkts, während sie im Falle Haitis 795% des BIP betragen hat.

Die »Verschuldung« Cubas ist darüber hinaus Teil der allgemeinen Verschuldungsproblematik der sogenannten Dritten Welt. Die vom Kolonialismus geschaffenen Strukturen haben die verschuldeten Länder in ein Ausbeutungsverhältnis gezwungen, das von neokolonialer Politik »modernisiert«, verfeinert und über die Jahre aufrecht erhalten wird. Die aktuelle Verschuldungskrise der »Dritten Welt« findet ihren Ursprung in den Finanz- und Wirtschaftskrisen der Industrieländer Anfang der siebziger Jahre (»Krise des Fordismus«). Seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 hat sich die Lage für viele Menschen in den verschuldeten Ländern verschlechtert. Während sich die Bilanzen der Banken verbesserten, wurden tragfähigen Entwicklungsmöglichkeiten in den verschuldeten Ländern die Grundlage entzogen. Ein besonders krasses Beispiel der jüngsten Zeit sind in diesem Zusammenhang die Bedingungen, die seit Januar 1995 an eine weitere Kreditvergabe für Mexiko geknüpft werden. Diese Bedingungen haben die Ausschaltung der demokratischen Opposition gegen die neoliberale Regierungspolitik zur Folge. Hierdurch werden demokratische und soziale Rechte weiter abgebaut. Letztendlich wird durch eine derartige Politik das Selbstbestimmungsrecht derjenigen Völker unterlaufen, die in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis gefangen sind.

Um die drückendsten Lasten von den »verarmten« Ländern zu nehmen, ist eine sofortige und bedingungslose Schuldenstreichung notwendig. Die Kreditgeber, insbesondere der Internationale Währungsfonds (IWF), stel-

len im Rahmen von Umschuldungsverhandlungen einseitige und spezifische Bedingungen (Privatisierung und Deregulierung), die extrem unsozial sind. Zudem werden diese sogenannten »Strukturanpassungsmaßnahmen« inzwischen selbst von führenden Fachkreisen als kontraproduktiv angesehen und kritisiert. Doch weil die dominierenden Mächte die Expansion der kapitalistischen Marktwirtschaft in alle Länder ermöglichen wollen, nutzen sie das Schuldenthema als direkte und folgenreiche Einflußmöglichkeit in die internen Angelegenheiten anderer Staaten.

Solchem Druck konnte Cuba bislang widerstehen. Die cubanische Regierung setzt trotz ihres enormen Investitions- und Devisenbedarfs hohe soziale Standards um die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und sucht sich die Investoren dementsprechend aus. Wie in Bezug auf die zunehmenden Auslandsinvestitionen (Joint Ventures, etc.) gibt es für Cuba drei Kriterien für derartige wirtschaftspolitische Entscheidungen: 1. die Beibehaltung der materiellen Unabhängigkeit, 2. die nationale Unabhängigkeit, und 3. die Sicherung der sozialistischen Errungenschaften.

Dennoch entstanden bereits durch die Legalisierung des US-Dollars und andere Maßnahmen zur Öffnung der cubanischen Ökonomie für kapitalistische Investoren diverse Privilegien für eine Minderheit von CubanerInnen, wodurch das beispiellos realisierte Gleichheitsprinzip stellenweise Gefahr läuft, in Frage gestellt oder gar langsam unterminiert zu werden.

Die cubanische Regierung erfüllt bereits wesentliche Bedingungen des IWF zur Vergabe von Krediten: sozio-ökonomische Stabilität, Rückzahlung bestehender Schulden, keine Schulden beim IWF, Investitionsgarantien (Gewinntransfer). Bislang lehnt das revolutionäre Cuba es jedoch kategorisch und erfolgreich ab, sich den anderen üblichen, neoliberalen und unsozialen Bedingungen des IWF zu unterwerfen, wie beispielsweise »Abbau des Sozialstaats« und »Abbau der Staatsquote« (Privatisierung, Deregulierung etc.). Immerhin hat diese IWF-Strategie in den bisher betroffenen Ländern verheerende soziale und ökologische Folgen gezeitigt.

Doch wegen dieses Widerstandes gegen die übliche IWF-Politik erhält Cuba über den sogenannten »Pariser

Club« seit Jahren keine neuen Kredite mehr. Dazu trägt vor allem die Politik der USA, aber auch die Haltung der Bundesregierung mit ihren ungerechtfertigten Forderungen an Cuba bei. Gerade in einer Phase, in der die cubanische Regierung nach neuen Wirtschaftskontakten und Kapitalquellen sucht, stellt dies einen wichtigen Aspekt der Blockade gegen Cuba dar. Die Kreditvergabepolitik ist zugleich ein allgemeines Disziplinierungs- und Druckinstrument der dominierenden kapitalistischen Staaten gegenüber Regierungen der sogenannten Dritten Welt. Gerade daran wird offenbar, daß Schulden eine selbstbestimmte Entwicklung der unterprivilegierten Länder verhindern. Mittel- oder langfristige sind daher demokratischere, sozialere und ökologischere Kreditvergabemöglichkeiten zu etablieren.

Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« ist das Fundament unserer Solidaritätskampagne. Damit verbunden, bestehen die vorrangigen Ziele unserer Arbeit darin, den politisch-ökonomischen Gestaltungsspielraum Cubas zu erweitern, die Chancen für eine selbstbestimmte Entwicklung zu verbessern und die Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Forderungen an die deutsche Bundesregierung:

1. Die finanziellen Forderungen der Bundesregierung gegenüber Cuba, die aus den Wirtschaftsaktivitäten der DDR innerhalb des RGW resultieren, sind rechtlich und moralisch nicht haltbar und müssen bedingungslos und umgehend gestoppt werden.

2. Die Bundesregierung (bzw. Treuhandanstalt) hat die Wirtschaftsbeziehungen mit Cuba - trotz der weitgehenden Verpflichtung zu ihrer Weiterführung gemäß Vereinigungsvertrag - diskriminierend und einseitig unterbrochen. Der entsprechende Passus im Einigungsvertrag (Art.12) verpflichtet die Bundesregierung, die Verträge der DDR unter »den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der BRD, sowie nach den Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung mit den Vertragspartnern der DDR zu erörtern, um ihre Fortgeltung, Anpassung

oder ihr Erlöschen zu regeln bzw. festzustellen.«

Daher vertreten wir die Auffassung, daß die Bundesregierung an Cuba für aus dem Vertragsbruch entstandene Schäden entsprechende Ersatzleistungen (»Ausfallhaftung«) zu gewähren hat. Dies ist bei der Nichterfüllung von Verträgen üblich und rechtens.

3. Die Schulden Cubas gegenüber der Bundesrepublik, resultierend teilweise aus Ausfalleistungen der Bundesregierung an private Unternehmen, müssen sofort und bedingungslos gestrichen werden.

4. Zusätzlich zu einer Schuldentilgung fordern wir die Zahlung von Reparationsleistungen für die Folgen von über 500 Jahren Ausbeutung, Unterdrückung und Kolonialismus. In den USA, Australien und Neuseeland haben die Regierungen mittlerweile ihre historische Schuld gegenüber den lebenden Ureinwohnern z.T. zumindest ansatzweise anerkannt.

5. Die Bundesregierung muß sich klar gegen die Blockade und speziell gegen das Torricelli-Gesetz (»Cuban Democracy Act of 1992«) und das derzeit im US-Kongreß diskutierte Helms-Burton-Gesetz (»Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act of 1995«) aussprechen. Das erstgenannte, bereits seit 1992 existierende, Gesetz verbietet beispielsweise US-Tochterunternehmen in Deutschland, ihre Handelsbeziehungen mit Cuba fortzuführen. Nachweislich sind die Nickelimporte deutscher Unternehmen zurückgegangen, da Waren und Produkte, die cubanischen Nickel enthalten, nicht in die USA exportiert werden dürfen. Der letztgenannte Gesetzentwurf würde diesen Zustand, der bereits völkerrechtlichen Bestimmungen widerspricht, weiter verschärfen und Auslandsinvestitionen oder Kredite für Cuba sanktionieren.

6. Die BRD beteiligt sich nicht nur mit ihrem o.g. Vorgehen an der US-Blockade gegen Cuba, die seit über 35 Jahren in Kraft ist. Nach Berechnungen cubanischer ÖkonomInnen hat die Blockade die Wirtschaft ihres Landes seit 1962 mit 30 bis 40 Mrd. US-Dollar belastet. Auch bei Entscheidungen in der UN-Vollversammlung, die die Blockade gegen Cuba bereits viermal mit übergroßer Mehrheit verurteilten, hat sich die BRD-Regierung dieser weltweiten Verurteilung nicht

angeschlossen. Wir fordern, daß die Bundesregierung ihre Politik gegenüber Cuba entsprechend der in der Präambel des Grundgesetzes festgelegten Prinzipien gestaltet und künftig die US-Blockade der USA verurteilt und sich bi- und multilateral für ihre Aufhebung einsetzt.

7. Um weiteren Erpressungen durch die USA vorzubeugen, fordern wir die Bundesregierung auf, sich dem Beispiel Kanadas und Großbritanniens anzuschließen und ein »Anti-Torricelli-Gesetz« zu erlassen. In diesen Ländern ist es unter Strafe gestellt, daß Unternehmen (beispielsweise Zweigunternehmen von US-Konzernen) unter Verweis auf das Torricelli-Gesetz Geschäftsbeziehungen zu Cuba zu verweigern.

Wir sehen die Gewährung eines Kredites der französischen Regierung Mitterrand an Cuba als ein positives Beispiel, wie der US-Blockade offensiv entgegengetreten werden kann.

8. Wir fordern eine außenwirtschafts- und handelspolitische Gleichbehandlung Cubas mit den anderen Ländern. Dazu gehört auch ein Entgegenkommen wie gegenüber anderen Staaten des früheren RGW, beispielsweise bei der Gewährung von »Hermes-Bürgschaften«. Mit diesen Bundesdeckungen werden die mit Exportgeschäften deutscher Firmen verbundenen wirtschaftlichen und politischen Risiken versicherungsähnlich abgesichert.

Des weiteren müssen faire Vereinbarungen die Bereitschaft deutscher Unternehmen fördern, in Cuba zu investieren (Investitionsschutzabkommen). Dadurch erhielte die cubanische Regierung größere Auswahlmöglichkeiten an Investoren und könnte ihre relativ hohen sozialen Kriterien weiterhin anlegen.

9. Auch im Bereich der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit muß der deutsche Boykott Cubas beendet werden. Dazu gehören auch die Förderung von Kontakten und Austauschprogrammen z.B. in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Ausbildung, Sport und Kultur, die während der letzten Jahre großteils eingestellt worden waren. Vor allem soll die GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) wieder mit Cuba abgestimmte Projekte durchführen.

10. Die Bundesrepublik sollte weiterhin unterstützen, daß Cuba, wenn, bzw. wann es will, in den Kreis der mit

der EU verbundenen »AKP-Länder« (LOME IV) aufgenommen wird. Dies hätte für Cuba vor allem den Vorteil, einen begünstigten Zugang zum Markt der EU zu erhalten.

11. Insgesamt fordern wir von der Bundesregierung, eine baldige und bedingungslose Normalisierung mit Cuba anzustreben und dabei auch deutsche NROs einzubeziehen.

1 - Der Transfer-Rubel war/ist eine fiktive Verrechnungseinheit im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), mit welcher der Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Regierungskredite und Investitionsbeteiligungen beispielsweise der ehemaligen DDR in konvertierbare Währung verrechnet wurden/werden. Die Bewertungsgrundlage ist umstritten, doch von der Bundesregierung wird ein Transfer-Rubel mit 2,34 DM bewertet (siehe: Woche im Bundestag 5/95, 15.3. 95, S.32).

Kritik und Anregungen bitte an
ASTA der FH Bielefeld,
Markoh Quintero,
Schumacher-Str. 6,
33615 Bielefeld oder
Edgar Göll, Berlin, 050-6942563.

**Schamlos: für 1.- DM
lassen wir uns kaufen.
Mutig: Artikel lassen
wir von unsern Lesern
schreiben. Böse: Wir
lassen den Rüge nicht
in Frieden machen.
Dialektisch: Wir raten
Herrn Kanther, endlich
selbst abzuschieben.**

Ja,
so
sind
wir.

KAZ

**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**
MONATSZEITSCHRIFT

Heraus-
gegeben
vom
Arbeiter-
bund
für den
Wieder-
aufbau
der KPD,
KAZ-
Fraktion

**3 Monate
kostenlos
zur Probe.**

Bestellen bitte bei: KAZ-Redaktion
Schwanthalerstr. 139, 80339 München
Telefon: 089-502 26 21

Mark Curtis nach 7 Jahren auf dem Weg in die Freiheit

von Lüko Willms

»Dies ist ein großartiger Sieg,« sagte Mark Curtis, als am 21.11.95 der Haftprüfungsausschuß von Iowa (USA) seine vorzeitige Haftentlassung auf Bewährung zum 7.12.95 beschloß. An diesem Datum wird das Verfahren eingeleitet, Curtis in den Bundesstaat Illinois hin zu entlassen, was voraussichtlich einige Wochen später zu seiner tatsächlichen Freilassung führen wird.

„Ich wußte immer, daß dieser Tag kommen würde, aber ohne alle die Leute, die Briefe geschrieben haben, bei Anhörungen zur vorzeitigen Haftentlassung vorgeschrieben haben, Broschüren über meinen Fall verbreitet haben und die Kampagne für meine Freilassung geführt haben, wäre es unmöglich gewesen,“, fuhr Curtis fort.

Politisch aktiver Arbeiter

Mark Curtis, ein politisch aktiver Arbeiter, Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SWP) und Gewerkschaftsmitglied der UFCW in der Fleischfabrik Monfort in Des Moines im US-Bundesstaat Iowa, wurde am 4.3.88 verhaftet, von der Polizei zusammengeschlagen und aufgrund einer falschen Anklage wegen Vergewaltigung und Einbruch verurteilt. Curtis hat die letzten sieben Jahre in den Gefängnissen von Iowa verbracht.

Obwohl Curtis seit mehreren Jahren alle Voraussetzungen für eine vorzeitige Entlassung nach den Gesetzen von Iowa erfüllte, haben die Behörden seine Entlassung verweigert und neue Hindernisse aufgebaut. Dabei wurde immer deutlicher, daß ihr Umgang mit Curtis politisch begründet ist. Mehr und mehr Leute fragten sich: „Warum ist Mark Curtis noch im Gefängnis?“,

Seit Jahren war er aktiv bei Protestaktionen gegen US-Kriege, Rassismus und Polizeiwillkür und für die Rechte der Frauen.

Unmittelbar vor seiner Verhaftung sprach Curtis auf spanisch in einer öffentlichen Protestversammlung gegen die Razzia der Ausländerpolizei, bei der 17 aus Mexiko und El Salvador stammende Arbeitskollegen von ihm am Arbeitsplatz verhaftet wurden. Curtis erklärte in seinem Redebeitrag, daß die Gewerkschaft eine Rolle bei der Verteidigung der 17 spielen müsse und daß der Kampf für die Einheit aller Arbeiter der Fleischindustrie die Gewerkschaft stärken würde.

„Hier geht es nicht um Vergewaltigung,“, erklärte die Bürgerrechtlerin Edna Griffith aus Des Moines, als sie von Mark Curtis Verhaftung hörte und sich über die Umstände informiert hatte. „Hier geht es um Arbeitsimmigranten. Mark Curtis ist ein gefährlicher Mann, so denke ich, weil er Spanisch spricht und sich so mit den Arbeitsimmigranten verständigen kann, die mit ihm in der Fleischfabrik arbeiten.“

Nachdem sie Mark Curtis verhaftet hatten und politische Veröffentlichungen in seinem Auto gefunden hatten, brachten die Polizisten ihn zur Wache und verprügelten ihn dort, wonach eine Fraktur am Backenknochen mit 15 Stichen genäht werden mußte. Während sie auf ihn einschlugen, beschimpften die Polizisten Curtis als „Liebhaber der Mexikaner, so wie Du auch den Schwarzen nachläufst.“

Curtis wurde im September 1988 nach einem unfairen Gerichtsverfahren verurteilt. Curtis wurde unter-

sagt, wichtige Beweise zu dem Justizkomplott vorzulegen; er wurde verurteilt, obwohl es erwiesen war, daß er zum Zeitpunkt der angeblichen Vergewaltigung mit Dutzenden von Arbeitskollegen in einer Gaststätte war. Das Strafmaß betrug insgesamt 25 Jahre.

1992, inmitten der öffentlichen Empörung über die Polizeibrutalität gegen Rodney King in Los Angeles und Larry Milton in Des Moines, gewann Curtis einen Zivilprozeß gegen die Polizisten, die ihn mißhandelt hatten. Der Sieg zeigte, daß die Polizisten über die Verhaftung von Curtis gelogen hatten. Ihm wurden 64'000 USD für Schmerzensgeld und Anwaltskosten zugesprochen.

Curtis blieb auch im Gefängnis politisch aktiv und hat u.a. regelmäßig für die Zeitung *Militant* geschrieben.

Solidarität

Mit ungefähr 500 Briefen an den Haftprüfungsausschuß haben in den letzten Monaten viele Leute die vorzeitige Haftentlassung von Curtis gefordert, darunter die CGT in Frankreich, der MP Tony Benn, Ahmed Ben Bella und 5000 landlose Bauern aus Brasilien. Aus Deutschland schrieben u.a. der frühere Chefredakteur von *Metall*, Jakob Moneta, der Frankfurter Stadtrat Dieter Dehm, die Hochschulangehörigen der GEW Bezirk Oberpfalz sowie 22 Arbeiter von Jade in Frankfurt.

In Cuba hatten bereits 1992 die UJC und die FEU ihre Solidarität mit Curtis erklärt. *Bohemia*, *Granma International* und *Trabajadores* hatten über den Fall berichtet.

Curtis sagte nach der Anhörung, daß er seinen Sieg zur Unterstützung von Kämpfen in aller Welt nutzen will — von Leonard Peltier und Mumia Abu-Jamal bis zu den Streikenden bei *Caterpillar* und der Zeitung *Detroit News*.

Gedanken zum Fall Mark Curtis

Der Name Mumia Abu Jamal ist in aller Munde. Aber wer kennt Mark Curtis? Curtis fällt auch durch das Raster, daß sich die Solidaritätsbewegung gewöhnlich von Opfern der US-amerikanischen Justiz macht. Die sind in der Regel Schwarze und Frauen. Daß in einem Land, wo Gewalt gegen Frauen tattächlich millionenfach passiert, ein weißer Mann wegen versuchter Vergewaltigung einer schwarzen Frau inhaftiert wird, ist ein Novum. Erklärlicher wird die Angelegenheit erst, wenn mensch erfährt, daß es sich bei dem Mann um einen politisch aktiven Arbeiter handelt, der seit Jahren in einer sozialistischen Partei organisiert ist. Er ist zwar weiß, aber von der Polizei, die ihn verhaftete, wurde er als Mexikanerfreund beschimpft und mißhandelt. Er hatte sich nämlich als Ge-

werkschaffler aktiv für die Interessen von mexikanischen ArbeitsmigrantInnen eingesetzt.

Der Fall Mark Curtis zeigt, daß neben der patriarchalen und rassistischen Unterdrückung die Klassenunterdrückung in den USA, wie in allen kapitalistischen Staaten einen genau so wichtigen Stellenwert einnimmt. Leider ist der hiesigen Solidaritätsbewegung längst nicht mehr so präsent. Das gibt den Herrschenden Raum für Spaltungen. Genau so wie in der Wahlrechtsdebatte weiße Frauen gegen Schwarze Männer und Frauen ausgespielt wurden, wie Angela Davis in ihrem Buch „Rassismus und Sexismus“, eindrucksvoll und faktenreich beschrieben hat.

Die Herrschenden lernten dazu. Das sie heute eine schwarze Frau als fingiertes Vergewaltigungsopfer aus-

wählen, ist sicherlich ein Reflex auf die Debatte über Patriarchat und Rassismus. Allerdings sollten die GenossInnen vom Mark-Curtis-Verteidigungskomitee berücksichtigen, daß auch ein politisch aktiver linker Mann mal eben zwischen zwei politischen Dates eine Frau vergewaltigen kann. Beispiele gab und gibt es dafür leider genügend. Wenn es darum gehen soll, eine Front gegen Patriarchat, Rassismus und Klassenunterdrückung aufzubauen, dann sollten die anfänglichen Zweifel von aktiven Frauen und Schwarzen ernst genommen werden und nicht lediglich Mark Davis Biographie dagegen gestellt werden.

Mittlerweile haben sich Feministinnen auf Curtis Seite gestellt, weil sie gemerkt haben, daß es hier um die Kriminalisierung eines aktiven Sozialisten und Gewerkschaftlers geht.

Peter Nowak



3/74
La Gaceta de Cuba
Unión de Escritores y Artistas de Cuba

En el cincuentenario de Oríge

pensador polémico

Almodovar y la música cubana

Cuba defendida

Sensibilidad y postura política
Cuba defendida

Suscríbese a

La Gaceta de Cuba

Ahora con 64 páginas

4/74
La Gaceta de Cuba
Unión de Escritores y Artistas de Cuba



Para la suscripción nacional, dirijase a la Delegación provincial de la UNEAC o a:

Ediciones Unión
17 # 354, esquina a H,
El Vedado, Ciudad de la Habana

Suscripción anual en Cuba: \$20,00.
Para suscripciones en el extranjero dirijase a:

Ediciones Cubanas
Obispo # 527, altos,
Apto. Postal # 605,
Habana, Cuba.

Precios de suscripción anual:

América del norte: USD 30,00
América Latina: USD 25,00
Para el resto del mundo: USD 35,00

Los precios indicados cubren el envío de seis ediciones por correo certificado aéreo, directamente al domicilio del suscriptor. El pago puede realizarse en cualquier moneda libremente convertible, mediante cheque o giro postal internacional.

fünf tage in der sierra

Ein Tagebuch

Wolf Stammnitz, Fotos: Joost



Foto: Dietmar Berg

Zwei Wochen lang war eine Gruppe Gewerkschafter aus der BRD kreuz und quer durch Cuba gefahren, hatte Betriebe besichtigt, hochinformativ Gespräche geführt, Kontakte vertieft und neue geknüpft, Unterstützungsprojekte für Schulen und eine Fahrradfabrik weitergetrieben. Hatte sich überzeugt, daß Cuba in der Tat auf dem Weg ist, aus eigener Kraft, nüchtern und klug, sich aus der Krise herauszuarbeiten, in die der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die verschärfte Blockade durch die US-Administration das Land gestürzt haben. Zwei Wochen in piekfeinen Hotels zwischen Bretterhütten. Zwei Wochen mit schnellen, bequemen Reisebussen und im Flugzeug unter-

wegs in einem Land, dem es an Sprit fehlt, um seine Menschen morgens zur Arbeit und abends nach Hause zu bringen. Zwei Wochen bedient und verwöhnt von kleinen Leuten wie wir selbst, die viel ärmer als wir, uns doch so vieles voraushaben, daß sie mindestens so stolz auf ihre Leistungen sein können wie wir auf die unseren. Da fühlten wir einfache Gewerkschaftsmitglieder uns schon unwohl in unserer Touristenhaut. Wir konnten uns dutzendmale versichern, das sei auch unser verdienter Jahresurlaub, dafür hätten wir ein Jahr lang geschruppt und evtl. noch länger gespart - es schmeckte uns trotzdem bitter, daß Cuba sich die Obszönität eines solchen Tourismus antun muß, weil es

zum Überleben der Blockade auch Devisen braucht.

Doch dann sollte ein Teil unserer Gruppe, nämlich Ludwig und Werner aus Aachen, Heidi und Wolf aus Bergkamen, Cuba von einer ganz anderen, unverfälschten Seite kennenlernen: Fünf Tage zu Fuß, mit Zelt und Rucksackverpflegung durch die Berge der Sierra Maestra.¹⁾ Für uns wurde die Tour zu einem intensiven, begeisterten, unvergeßlichen Erlebnis von Natur und Menschen. Mit Ernesto Pardo von Cubamar und dem Biologen Reinaldo Curbelo Guerra, der vom Staat eigens mit der Entwicklung »sanfter« Touristikprojekte beauftragt ist und die Sierra wie seine Hosentasche kennt, hatten wir zwei ungemein engagierte Bergführer, die uns in diesen fünf Tagen als Freunde ans Herz gewachsen sind.

Unser ursprünglicher Plan, von Santiago de Cuba nach Westen in die Provinz Granma zu fahren, dort den Spuren des Befreiungskampfes von Fidel, Che und Genoss/innen durch die westliche Sierra Maestra zu folgen und die Tour mit der Besteigung des Pico Turquino, Cubas höchstem Berg (1972 m) zu krönen, erwies sich als zu riskant. Mitte März ist in Cuba noch »Winter«, d.h. an den Hängen der Sierra schwemmt der Regen die Pfade weg, macht lehmigen Boden unberechenbar und Wasserläufe unpassierbar. Stattdessen schlugen nach unserer Ankunft in Santiago die Cubaner uns einen 60 km langen Bogen durch den östlichen Teil der Sierra vor, beginnend etwa 20 km nördlich der Stadt, nach Osten ins Flußtal des Guaninicum, aus diesem auf die Hochebene der »Mesa de Santa Maria de Loreto« hinauf, von deren östlichster Spitze steil absteigend ins Tal des Baconao, dessen Lauf nach Süden folgend bis zur Mündung des Indio, diesen westlich hinauf bis zur Quelle und weiter zum Gipfel der »Gran Piedra« (1234 m), die diesem Teil der Sierra Maestra ihren Namen gibt. Die Bergwelt östlich von Santiago bietet zwar bergsteigerisch keine Sensationen, aber eine einzigartige tropische Flora und Kleinf fauna in außergewöhnlich abwechslungsreicher und geologisch interessanter Landschaft. Von über 6000 Pflanzenarten, die auf Cuba wachsen, sind 3100 exklusiv cubanisch und von diesen wiederum etwa 1000 ausschließlich hier im Osten an-

zutreffen. Zudem ist die Region berühmt für ihren Reichtum an Früchten und für den besten Café ganz Cubas.

Nach kurzer Beratung willigten wir in diese Alternativroute ein, verabredeten uns mit den Leuten von Cubamar für den folgenden Tag um halb zehn zum Einkauf der Verpflegung in einem Kaufhaus von Santiago und um 14 Uhr zum Aufbruch in die Sierra.

Samstag, 18.3.95

Weder um halb zehn noch um 14 Uhr sehen oder hören wir etwas von unseren Begleitern. Stunde um Stunde rinnt uns durch die Finger, das untätige Herumsitzen im Hotel läßt unsere Stimmung auf Null sinken, wir überlegen schon, was zu tun wäre, falls sie die Sache ganz abblasen, ein freundliches Angebot der Hotelleitung, uns derweil für ein paar Dollars zu einer entzückenden Show an den Strand zu fahren, macht uns noch mißtrauischer.

Beinahe halb vier Uhr tauchen unsere Freunde auf. Erst nach und nach werden wir bröckchenweise erfahren, welche organisatorischen Schwierigkeiten sie aufgehalten haben: Treibstoffmangel, dann konnte Reinaldo sich erst mittags mit großer Mühe aus einem Kongreß freimachen, schließlich hatte man für Ernesto noch bergtaugliches Schuhwerk aufzutreiben versucht und stattdessen nur ein paar dünne Leinen-

schlappchen gefunden, doch der Kerl wird sich noch als eisenhart herausstellen... Gegen 19 Uhr endlich starten zwei Lada-Geländewagen in die Abenddämmerung.

Kurzer Halt auf dem Marktplatz von El Caney, einem nordöstlichen Vorort von Santiago. Der gepflegte Platz in helles Laternenlicht getaucht, Grillkonzert, eingefaßt von einer ansehnlichen Steinkirche und der ebenfalls steinernen Villa des Gouverneurs, beide im spanischen Kolonialstil des 18. Jahrhunderts, das Herrenhaus mit mächtigem hölzernem Portal und der üblichen, von Holzsäulen umstandenen Veranda davor. Heute dient es dem Volk: als Volksschule. An der Verbindungsstraße zwischen Santiago und den Caféplantagen in der Sierra gelegen, war El Caney wichtige Festung zur Sicherung des Caféhandels und zur Beherrschung der Sierra. Den Caféanbau hatten die Spanier französisch-haitianischen Kolonisten überlassen, auf deren Spuren wir in den nächsten Tagen immer wieder stoßen werden. Die Namensendung »-ey« deutet indessen auf eine vorkoloniale cubanische Siedlung hin, von der nichts mehr erhalten ist.

Ab El Caney geht es einen kurvenreich aus dem Fels gehauenen Fahrweg hinauf in die Berge. Nach drei bis vier Kilometern soll der Ort L'Escandel erreicht sein, in dem wir die erste Nacht verbringen wollen. Doch auf halber Strecke macht einer der beiden Lada schlapp. Während die Fahrer ihn zu reparieren versuchen, gehen wir den Rest der Strecke zu Fuß durch die sternklare Nacht. Auf der

Paßhöhe von Escandel, vielleicht 500 m über dem Meer warten wir auf den zweiten Lada mit unserem Gepäck, genießen fröstelnd in der Abendbrise den großartigen Blick zurück auf das Lichtermeer von Santiago. Ein mit einem Karabiner bewaffneter Wächter scheint uns hier schon erwartet zu haben und läuft los, den örtlichen Mandatsträger der Volksmacht zu unserem Empfang zu holen.

Oberhalb der Paßstraße erhebt sich das stattliche Herrenhaus des ehemals hier gelegenen »Cafetal« (= Caféplantage), das eindrucksvolle Vordach von steinernen Säulen getragen. Heute Museum, das die Geschichte der Kapitulation der Batista-Garnison von Santiago im Januar 1959 erzählt: Da die Paßstraße nach El Caney hinunter von Santiago aus gut einzusehen ist, ließen die bis hier oben vorgerückten Befreiungskämpfer in der Abenddämmerung 40 beleuchtete LKW in Kolonne den Berg hinunterfahren. Sie waren leer, aber der Bluff gelang, Batistas Truppen glaubten, eine ganze Armee marschiere auf Santiago - und kapitulierten. In dem besagten Herrenhaus des Cafetal von Escandel nahm Fidel Castro persönlich die Kapitulation entgegen.

Während wir warten und den Ausblick genießen, berichtet Reinaldo von dem Kongreß, an dem er heute vormittag noch teilnahm. Es war ein internationales Symposium mit Vertretern lateinamerikanischer und anderer Länder der »Dritten Welt« über praktische Möglichkeiten und Erfahrungen, den Tourismus umweltverträglicher, ressourcenschonender zu organisieren. Z.B. seien bestimmte Maßnahmen beraten worden, die ungeheure Verschwendung von Material und Energie in den Hotels einzudämmen. Ein Thema, bei dem ich aufhorche, doch bevor ich tiefer nachbohren kann, tritt die Volksmacht auf den Plan:

Der Abgeordnete kommt uns begrüßen, öffnet das Museum und lädt uns ein, darin zu übernachten. Da wir nicht mehr lange in der Dunkelheit Zelte aufschlagen wollen, nehmen wir dankbar an. In einem Nebenraum rollen wir unsere Schlafsäcke aus, aber wir sollen noch lange nicht zum Schlafen kommen. Im Hauptraum versammeln sich außer dem Abgeordneten und dem Feldhüter noch



drei, vier Bauern, der Feldhüter hat Café von zuhause geholt, ein anderer eine halbe Flasche Rum, Werner fingert aus seinem unergründlichen Rucksack ein, zwei Päckchen süßer Waffeln, es wird eine lange Nacht, man hat viel zu fragen, zu erzählen. Der Abgeordnete

★ Luis: ein Bauer, braungebrannt, hager, von der Feldarbeit gezeichnet, vielleicht 35, vielleicht schon 53 Jahre alt. Er trägt eine hellblau verschossene Steppjacke aus Baumwolle, blankgewetzte gelbe Hose und vor Jahrzehnten einst modische, offenbar nur zu besonderen Anlässen getragene schwarze Lackstiefel. Bescheidenes, zurückhaltendes, würdevolles, aber durch und durch offenes und herzliches Wesen. Luis wird schon seit 13 Jahren von seinem Dorf immer wieder ins »Municipio«, den Kreistag von Santiago gewählt, zuweilen als einziger Kandidat aufgestellt und verkörpert hier am Ort zugleich die Staatsgewalt und die ganze öffentliche Verwaltung überhaupt.²⁾

Sonntag, 19.3.95

Durch die Ritzen der hohen Fensterläden weckt uns die Sonne. Wir waschen uns hinter dem Museum alle sechs aus einem einzigen Eimer Wasser, den der Wächter - er bewachte tatsächlich die ganze Nacht unseren Schlaf - von seinem Haus heraufgeschleppt hat. Zum Café hat er uns in sein Haus eingeladen, gegen acht Uhr holt uns der Abgeordnete ab und führt uns ins Dorf. Das besteht aus einigen am Hang verstreuten Holzhütten mit privaten Hofgärten drumherum, in denen Hühner und Ferkel ein kurzes freies Leben genießen, und der zweistöckigen, gemauerten und hell verputzten Familienarztstation. Diese Stationen haben wir auf der ganzen Insel in baugleicher Ausführung gesehen. Das Erdgeschoß enthält die Praxisräume, im Obergeschoß wohnen der Arzt und eine Krankenschwester. Es ist Sonntagvormittag, da ist der Arzt in die Stadt gefahren, die Schwester hat in der Frühe eine gynäkologische Untersuchung durchgeführt, wie die benutzten Geräte anzeigen, nun macht sie Hausbesuche. Vermittels dieser Familienarztstationen besitzt Cuba inzwischen weltweit die dichteste medizinische Versorgung



der Bevölkerung, dichter sogar als in den reichen Industrieländern: Auf je 250 Cubaner kommt ein Arzt (BRD: 400 Einwohner pro Arzt). Einfachste technische Ausstattung, aber der größte Wert dieser Familienarztstationen liegt in Aufklärung und Prophylaxe. Weil nicht genügend Ärzte freiwillig aufs Land ziehen, besteht in Cuba für Hochschulabsolventen der Medizin die Pflicht, vor einer festen Anstellung zwei Jahre als Familienarzt auf dem Land zu praktizieren.

Das Haus des Feldhüters ist die auf dem Land typische Bretterhütte mit Palmstrohdach. Der über ihre ganze Länge von der Veranda bis zum Wirtschaftshof hinter dem Haus durchgehende Wohnraum, an seiner Langseite Fenster, an der gegenüberliegenden mehrere Schlafräume, der hinterste Nebenraum die Küchennische. Der Kochherd liegt regelmäßig im Hof hinter dem Haus unter einem eigenen offenen Dach. Der Fußboden im Haus heute meist schon gefliest oder wie hier glatter Zementestrich. Auch die Möblierung wie in 99% der cubanischen Haushalte: Sitzmöbel aus dunklem Holz - Schaukelstühle dürfen nie fehlen! - niederes Beistelltischchen, in der hinteren Ecke des Wohnraums gegenüber der Küchennische der Esstisch mit Eckbank. Radio, Fernseher und Kühlschrank gehören heute überall zum Standard (außer in den 18% der Insel, die noch nicht elektrifiziert sind - vor der Revolution gab es auf dem Land elektrischen Strom nur für die Plantagenbesitzer).

Die Familie unseres Gastgebers und alle weiteren Dorfbewohner, die neugierig hereinschauen, strahlen

Offenheit, Herzlichkeit und wohl auch Optimismus aus, wir meinen ihnen anzusehen, daß sie mit ihrem Leben hier zufrieden sind. Zum Café verwöhnt man uns mit Mangos, einer süßen Frucht namens Zapote und mit einer Art selbstgemachtem Fruchteis: in abgedeckelten Bierdosen im Kühlschrank gefrorenen Früchten. Da Heidi daheim in einem Kindergarten arbeitet, kommt das Gespräch auf die cubanischen Kindergärten. Die Gruppen sind dort maximal 20 Kinder groß, jedes Kind hat nicht nur einen Rechtsanspruch auf einen Platz, sondern es gibt auch für jedes einen.³⁾ Aufgenommen werden die Kinder vom 45. Lebensstag bis zur Einschulung mit 6 Jahren. Größten Wert legt man auf die enge Zusammenarbeit mit den Eltern durch regelmäßige Beratungsgespräche, häufige Hausbesuche und gemeinsame Seminare. Wir haben den Eindruck, daß infolgedessen die Widersprüche zwischen häuslicher und gemeinschaftlicher Erziehung hier längst nicht so krass sind wie bei uns in vielen Fällen.

Angesichts der überwältigenden Gastfreundschaft schämen wir uns, daß wir zur Gewichtersparnis in unseren Rucksäcken so gut wie keinerlei Gastgeschenke mitgenommen haben. Als wir später unseren beiden cubanischen Begleitern unsere Beschämung mitteilen, erklären sie uns, daß es in Cuba unüblich ist, Geschenke nur in Erwartung angemessener Gegenwerte zu machen. Das vermindert natürlich nicht unsere Scham, sondern macht sie eher größer, denn es stößt uns mit der Nase darauf, daß auch wir selbst in diesem vom Warentausch deformierten Verhalten gefan-

gen sind. Umso größer wird unser Respekt vor den Menschen, die uns in diesen fünf Tagen überall mit der gleichen Selbstlosigkeit begegnen. Jedenfalls bitten wir beim nächsten Treff mit dem Lada den Fahrer, daß er uns aus Santiago 20 Stück Seife zum Verschenken mitbringen soll.

Um kurz nach neun Uhr brechen wir endlich auf. Da Werner keinen eigenen Rucksack aus Deutschland mitgebracht hat, lieh ihm Ernesto den seinen, ein kugelförmiges Ungetüm, wie wir es noch von den Hamstertouren nach dem Krieg kennen, ohne jegliche Rückenstütze und Riemenpolster hängt das volle Gewicht an den Schultern und droht Werners langen Oberkörper ständig nach hinten zu zerren. Ernesto aber hat auf die schnelle in Santiago keinen weiteren Rucksack auftreiben können - die Suche danach gehörte wohl auch zu den »organisatorischen Schwierigkeiten« unseres verzögerten Aufbruchs -

Nachdem wir am idyllischen Fließchen Guananicum unser eigenes »Kraftfrühstück« eingenommen haben, bestehend wie unser ganzer Speiseplan der Woche aus Corned Beef, Käse, Weißbrot, aus Deutschland mitgebrachter Pumpnickel, geraten wir eine halbe Stunde später in einen dieser tropischen Wolkenbrüche, denen kein Rucksack, keine Regenkleidung, keine Bergschuhe gewachsen sind. (Die erfahrenen Alpinisten unter uns haben ihre Klamotten, vor allem den Schlafsack im Rucksack noch in Plastiktüten verpackt.) Wir sind schon klatschnaß, ehe wir uns unter das Vordach einer Bauernhütte oberhalb des Weges flüchten können. Doch kaum läßt der Regen etwas nach, raten unsere Führer zum Weitermarschieren, denn sie fürchten, daß die von den Bergen ablaufenden Wassermassen die Wege und Furten der Flüsse von Minute zu Minute unpassierbarer machen.

der trocken. Bis auf die Schuhe: Der Weg, den der Junge uns führt, geht immer an Flüssen und Bächen entlang, die wir an diesem Tag bestimmt zwei dutzendmal durchwaten müssen. Das ist zwar kurzweilig, zwischendurch nur wenige Steigungen, dennoch kommen wir nachmittags gegen drei Uhr redlich geschafft in Mata Yegua, unserem nächsten Übernachtungsort an. ★

Ein sauberes, aufgeräumtes Dörfchen unter hohen Bäumen am Fluß, früher ein Zentrum des französisch-haitianischen Caféeanbaus und noch heute berühmt für die besondere Qualität seines Cafés. In der Mitte des großen freien Dorfplatzes eine Art Gemeinschaftshaus: ein mit Palmstroh überdachtes Carree von vier Metern im Quadrat, nach drei Seiten offen, an der vierten Seite begrenzt von einer gemauerten, hübsch weiß getünchten Bude, die Dorfladen und öffentliche Teeküche in einem darstellt, unter dem Dach bietet eine umlaufende Holzbank Platz für etwa 20 Personen. Auch hier empfängt uns, was uns nun schon nicht mehr wundert, die örtliche Delegierte des Municipios. Eine kräftige, kerngesund, handfest und selbstsicher wirkende Frau Mitte vierzig mit rundem, offenem, gütigem hübschem Gesicht und cafébrauner Hautfarbe. Melba ihr Name. Zur Feier des Tages hat sie sich und eine farbenfroh bedruckte Bluse in einen engen knallroten Rock gezwängt und drückt die halbhohen Absätze ihrer Sonntagsausgehschuhe tief in den Lehm Boden des Dorfplatzes. Auf die Bank lassen wir uns nun fallen, die Delegierte des Kreistages und zwei weitere Frauen kochen uns zur Begrüßung eine »Crema«, eine heiße Gemüsesuppe, die aus dem Glas getrunken, uns wunderbar stärkt. Der anschließende Café könnte nicht erlesener schmecken: höllisch stark und doch mild. Mit der Zeit gesellen sich einige Dorfbewohner hinzu, Männer und Frauen, mustern uns aufmerksam und verfolgen schweigend unsere Gespräche mit der Abgeordneten.

Nach ausgiebiger Erholungspause führt Melba uns etwa einen halben Kilometer hügelan zu ihrem Haus. Dieses schon gemauert und aus Beton gegossen, innen aber ganz traditionell, im vorderen, repräsentativen Teil Fernseher und Glasborde mit ungeheuer viel Nippes und Puppen



stattdessen hat er seine Siebensachen in einen Seesack vom Militär gestopft, mit einem langen Strick verschnürt, dessen Enden zu einfachen Schulterschlaufen gebunden. Die müssen ihm höllisch in die Schultern schneiden, doch er schleppt seine 15 Kilo oder mehr ohne Wimperfalten und federndem Gang über Stock und Stein. Ernesto ist mit 36 Jahren bei weitem der jüngste von uns und hat vor seiner Arbeit bei Cubamar an der Sporthochschule von Santiago so ziemlich alle Sportarten studiert, die in Cuba populär sind. Daher seine athletische Erscheinung und stahlharte Kondition.

In Escandel bot sich wie selbstverständlich ein Verwandter des Abgeordneten an, uns den kürzesten Weg zu unserem nächsten Tagesziel zu führen. Nicht mal der Wolkenbruch hält ihn davon ab, und so begleitet er uns den ganzen Tag (und läuft am Abend densen Weg zurück!) Damit nicht genug, läßt er es sich nicht nehmen, einen unserer schweren Rucksäcke zu schultern, so daß abwechselnd Heidi und unser Senior Werner keinen Rucksack zu tragen brauchen. Eine halbe Stunde später bringt die Sonne die tropfende Pflanzenpracht zum Dampfen, bis zum Nachmittag sind wir leidlich wie-

überladen. Im Vorgarten schlagen wir für die Nacht unsere Zelte auf. Anschließend gehen die Männer unserer Gruppe hinunter zum Fluß baden, Heidi darf derweil im Hof der Delegierten duschen: ein Häuschen neben dem Schweinekoben, mit einem Sack als Vorhang gegen die Außenwelt abgeschirmt, ein Eimer Wasser aus der Regentonnen, Seife ist mitzubringen.

Die Gegend von El Caney bis hierher ist berühmt für ihren ungeheuren Reichtum an tropischen Früchten aller Art, sie werden das ganze Jahr hindurch geerntet. Mit einem ganzen Haufen von Mangos, zuckersüßen kleinen Bananen, Grapefruits, Zapotes und anderen saftigen Dingen, deren Namen wir nicht mal aussprechen können, werden wir jetzt bis zum Kragen abgefüllt. Was wir nicht schaffen, kriegen wir am nächsten Morgen in einem Jutesack mit auf den Weg. Nach derart opulentem Abendessen sitzen wir mit der Gastgeberin und ihrer Familie auf der Veranda, die kleine Tochter mustert uns schüchtern aus den Augenwinkeln. Der erwachsene Sohn »installiert« zur Feier unseres Besuchs sogar eine neue Leuchtstofflampe auf der Veranda, d.h. er bindet sie mit Bindfaden unter den früher schon mal in die Decke gedübelten Sockel, verdrillt die blanken Drahtenden ineinander, der Schalter wird angedreht und fertig. Ernesto zaubert eine Flasche Rum auf den Tisch, der Abend ist lau und gemütlich, Reinaldo singt mit dünner, nicht unangenehmer Stimme ein cubanisches Liebeslied nach dem anderen. Es kommen weitere Gäste aus dem Dorf hinzu, drei Frauen, die auf einer Bank nebeneinander alsbald einschlafen wie Hühner auf der Stange und erst wieder quietschfidel werden, als wir uns in die Zelte verkrochen haben. Auch ein von Melba eigens zu unserem Schutz rekrutierter Nachtwächter mit Gewehr.

Ein paar Stichworte über Reinaldo: 12 Jahre älter als Ernesto, klein, unglaublich dünn, aber drahtig und zäh wie eine Sprungfeder. Seine Arbeit zwingt ihn häufig zur Teilnahme an Tagungen, Konferenzen, Kongressen, Bürokratie, doch so richtig in seinem Element fühlt er sich nur in der freien Natur. Seit zehn Jahren durchstreift er die Sierra von Berufs wegen, und das merkt man ihm an: Mit weit ausholenden Schritten, den Oberkörper

unter der schweren Last seines Rucksacks weit nach vorn gebeugt stürzt er los, mühelos die steilsten Steigungen hinauf. Anfangs haben wir versucht, mit ihm Schritt zu halten, aber schnell aufgegeben und unser eigenes Tempo gefunden. So stürzt er uns oft 100 Meter voraus, bis er merkt, daß er allein geht, dann hält er inne, bis wir herangekommen sind, um gleich darauf genauso weiterzustürmen. Das Stärkste an diesem wilden Naturburschen finde ich, daß er zugleich hohe Tugenden des Naturwissenschaftlers in sich vereinigt: gründliche, vielseitige Kenntnisse, scharfe und stets wache Sinne bei der Natur-



beobachtung und eine ernste Verantwortung für den Umgang mit der Natur. Seine Auffassung des Verhältnisses von Natur und menschlicher Gesellschaft erscheint mir so durchdacht und vernünftig, wie ich sie bei uns, im Kampfgetümmel zynischer Profiteure der »Industriegesellschaft« gegen eifernde Natur-Apostel noch nicht oft gefunden habe. Soweit die Zeit und meine geringen Spanischkenntnisse reichten, habe ich ihn so verstanden: Selbstverständlich ordnet der Mensch sich die Natur unter und macht sie tagtäglich der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dienstbar. Aber eine Entwicklung, die die Natur nicht bewahrt, sondern mißachtet, nicht genießt, sondern nur vernutzt und, was entscheidend ist: nicht mitentwickelt, sondern nur abbaut ohne aufzubauen, eine solche Entwicklung ruiniert ihre eigene Grundlage.⁴⁾

Montag, 20.3.95

Im Zelt hervorragend geschlafen. Zum Frühstück bei Melba auf der Veranda wieder den edlen Café, Früchte und - Brötchen! Vor dem Aufbruch sammelt Ernesto trockene Blätter von Bananenstauden und bindet daraus geschickt zwei Schulterpolster, die er von nun an bei jedem neuen Aufbruch unter die Strickschlaufen seines Seesacks schiebt. Tatsächlich haben sie die ganze Tour bis zum letzten Meter gehalten. Inniger Abschied. Der Tag wird heiß.

Wir verlassen das Tal des Guaninicum und steigen schwitzend ostwärts

an der Flanke eines langgestreckten Höhenzuges hinauf. Nach weniger als zehn Kilometern erreichen wir gleichzeitig mit der Sonne den Zenith unseres heutigen Wanderweges und lassen uns unter das schattige Vordach des Dorfladens von La Providencia fallen. Ein verschlafenes Bergnest, 400 Meter über der Talsohle. Hier gibt es keinen Café, nicht mal frisches Wasser zu trinken, aber einen gut warmen, schmackhaften Kräutertee aus dem Dorfladen, der zugleich Teeküche und Versammlungshaus ist. Hoch auf der Südseite des Bergrückens gelegen, in der flirrenden Mittagshitze, nach all den schattigen Orten unter der üppigen Vegetation der Flußtäler unten, macht dieser Dorfplatz auf mich einen fast lebensfeindlichen Eindruck. Das einzig Erfreuliche an diesem Ort ist der fröhlich-sentimentale Singsang der jungen Frau, die gerade den Gemeinschaftsraum putzt. Wegen des Wassermangels rasten wir nur kurz.

Von Providencia windet sich der Fahrweg kurvenreich in ermüdendem Auf und Ab weiter, doch nun allmählich ins Tal des Baconao hinunter, das sich rechts tief unter uns als saftig grünes Band nach Osten zieht, verheißungsvoll wie eine Oase am Fuß dieses sonnenversengten Berggrückens. Hoch über dem Tal im Süden grüßt uns nun schon zum Greifen nahe das letzte Ziel der Tour, die Gran Piedra und ihre Nachbargipfel. Vorher konnten wir nur von Santiago aus ihre Majestät im fernen Dunst schimmern sehen. Ausgedörrt legen wir uns nach einer knappen Stunde Weges in den Schatten hoher Bäume am

pigen Garten unter hohen Kokospalmen halb versteckte Herrenhaus eines ehemaligen Cafetal zu. Eigentlich wollen wir es besichtigen, aber vorerst haben wir nur Durst. Unser lautes Rufen schreckt den offenbar einzigen Bewohner, Benutzer oder Bewacher des Anwesens aus seiner Siesta auf. Halb verlegen lachend, halb beleidigt schimpfend, daß wir doch unseren Besuch hätten anmelden können, fährt ein langer, zaundürrer Mann undefinierbaren Alters und tiefschwarzer Hautfarbe von seinem Bett hoch, auf dem er in voller Arbeitskleidung ruhte. Das Bett eine von drei oder vier hölzernen Doppelstock-

Hohlraum des Kerns öffnet und die Kokosmilch freigibt. In »zivilisierten« Gegenden könnten Touristen wohl einen knallbunten Plastiktrinkhalm in der Öffnung erwarten - wir setzen die Nuß einfach an den Mund, legen den Kopf nach hinten, und der köstliche Saft plätschert uns in die Kehle oder, weil alles gelernt sein will, erstmal über Gesicht und Bauch. Ist die Nuß leergetrunken, wird sie vollends aufgespalten und mit einem Löffel das glibberige, ebenso köstlich schmeckende Fleisch von der Innenwand des Kerns gekratzt.

Danach können wir uns in Ruhe dem Rundgang durch Haus und Hof widmen. »La Fraternidad« heißt die Finca. Noch als Ruine zeugt sie vom Wohlstand der einstigen Besitzer. Der Hauptbau erhebt sich auf einem Grundriß von fast 20 mal 10 Metern zweigeschossig in massivem Bruchsteinmauerwerk. Das Erdgeschoß diente der Caféverarbeitung. Darüber, auf kunstvoll gezimmerter Holzbalkendecke, erstreckte sich ein großzügiges Wohneschoß, auf ganzer Länge nach Süden zu einem überdachten Holz balkon geöffnet, eine obergeschossige Variante der sonst üblichen Veranda vor dem Haus. Im Erdgeschoß Räume für das Lagern, Sortieren, Schälen, Rösten und Mahlen des Cafés. Wir sehen noch die verrußte Ummauerung des Röstofens als halbes Kellergeschoß. Die Cafémühle trieb ein Wasserrad an. Das Wasser aus dem Bach, der in großem Bogen um das Grundstück fließt, herangeführt in einem mehrere Hundert Meter langen Steinkanal. Der mündet oberhalb des erwähnten Nebenschuppens in ein knapp vier Meter hohes Aquädukt mit drei Rundbögen. Das ganze Wasserwerk ebenfalls aus Bruchsteinen sorgfältig gemauert und gut erhalten. Die drei Rundbögen bilden zugleich die architektonisch überaus reizvolle Abgrenzung des großen, ehemals wohl sehr repräsentativen Vorhofes - heute von den Bauarbeitern als Nutzgarten bestellt - gegen die Wirtschaftshöfe, weitläufigen Gärten und Caféterrasen hinter dem Haus. Dort sind unter Kokospalmen und Platanosstauden noch die großen Trockenbecken für den Café zu erkennen.

Die Geschichte des Cafetal erfahren wir von Reinaldo. Gegründet von französischen Einwanderern aus Haiti, wurde er erbaut um 1780 bis 1790.



Wegrand, teilen brüderlich die letzten Schlücke aus den Trinkflaschen, die letzten Mangofrüchte, und bald dämpft die tiefe Mittagsstille um uns herum auch Ludwigs gleichmäßiges Schnarchen zu einem leisen Rasseln wie aus weiter weiter Ferne. Während dieser Rast bemerken wir, daß Ernesto Schmerzen im Fuß hat. Gestern war er bei einer Flußüberquerung abgerutscht und in seinen Leinentrittchen umgeknackst. Ludwig legt ihm kunstgerecht einen elastischen Stützverband um den Knöchel, das hilft fürs erste. In den folgenden Tagen werden wir auf besorgte Nachfragen, wie es seinem Fuß geht, nur zu hören bekommen: »Va bien - más o menos« (Es geht gut - mehr oder weniger).

Wir haben lange in der Stille unter den Bäumen ausgeruht, fast eine Stunde lang. Noch eine Stunde Marsch, wir biegen nordwärts um den letzten Ausläufer des Höhenzuges und laufen direkt auf das in einem üp-

pritschen in einem Schuppen seitlich des Herrenhauses, in besseren Zeiten offenbar als Unterkunft einer Arbeitsbrigade von sechs, acht Kollegen genutzt, jetzt aber nur von ihm und seinem Hund belegt. Das Innere des fensterlosen Verlieses hält eine fürchterlich rußende, nach Diesel stinkende Ölfunzel in flackerndem Halbdunkel. In unaufhörlicher Zwiesprache mit sich, uns, dem Hund, Gott und der Welt, holt der Arbeiter mit dem französischen Namen - leider habe ich ihn vergessen, nenne ich ihn Henri in der Hoffnung, sollte er jemals diese Zeilen zu lesen bekommen, wird er mir die journalistische Schlamperei nachsehen - »Henri« also holt eine Rohrzange und öffnet uns die Wasserleitung an der Kochstelle. Während wir den brennendsten Durst ablöschen, schafft er ein halbes Dutzend Kokosnüsse heran. Mit einem gekonnten Hieb seiner Machete haut er sie genau so entzwei, daß ein Loch von drei, vier Zentimeter Durchmesser den

Das Cafégeschäft erlebte hier seine Blüte um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit waren die französisch-haitianischen Caféherrn so wohlhabend und einflußreich geworden, daß die spanische Kolonialmacht sie als Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft empfand. Da viele der Einwanderer aus Haiti mit der Unabhängigkeitsbewegung in ihrer alten Heimat sympathisierten, kam es auch in Cuba zu bewaffneten Zusammenstößen mit den spanischen Kolonialtruppen. Diese nutzten solche Gelegenheiten, um die ungeliebten Emporkömmlinge kleinzumachen und viele Cafetales niederzubrennen. La Fraternidad blieb von diesem Schicksal zwar verschont, aber nach den cubanischen Unabhängigkeitskriegen gegen Spanien (1868 bis 78 und 1898) war es mit der Blüte des Caféanbaus vorbei.

Seit ein paar Jahren ist man bemüht, diesen und andere Cafetales zu restaurieren, und will dieses Prachtstück hier zu einem kleinen komfortablen Residenzhotel gehobener Kategorie ausbauen. Wir können die vergilbten Aufnahmen und Baupläne, die Henri unter dem Kopfkissen aufbewahrt, eingehend studieren. In so einem Chalet in dieser erholsamen Umgebung für ein paar Tage abzusteigen, wäre ein Traum - doch wo soll in diesem gottverlassenen Landstrich fernab von allen touristischen »Animationen«, nur über staubige Feldwege in stundenlanger Schuckelfahrt im Geländewagen oder eben zu Fuß erreichbar, die zahlungskräftige Nachfrage herkommen? Die skeptische Frage schlucke ich hinunter, die

Cubaner haben schon ganz andere Träume wahr gemacht, ihre ganze Revolution ist das beste Beispiel dafür, ebenso jetzt ihr erfolgreicher Überlebenskampf gegen die Blockade. Außerdem, wenn die Restaurierung im jetzigen Tempo fortschreitet, stellt die Frage sich erst im 21. Jahrhundert: Sie ruht derzeit allein auf den Schultern eines einzigen Bauarbeiters, der mit einem 15jährigen Helfer aus dem Dorf die Stellung hält, und das auch weniger, um dem Baustoffmangel die eine oder andere Arbeitsstunde abzutrotzen, sondern mehr weil er hier auf dem Land, wie er offen erklärt, die schwierige Zeit des Periodo Especial leichter überstehen kann als in Santiago, wo er eigentlich wohnt. Nebenbei verbindet ihn mit diesem paradisischen Fleckchen, daß auch er aus Haiti stammt, daher sein französischer Name.

Unsere ausgiebige Besichtigung endet gegen drei Uhr nachmittags, aber weil es hier so schön und nett ist und das leere Haus viel Platz bietet, schlagen unsere Führer vor, daß wir nicht wie geplant weiter flußabwärts ziehen nach dem wenige Kilometer entfernten Örtchen Nueva Isabel, sondern hier übernachten. Wir sind begeistert. Jedoch Heidi und ich mögen keinesfalls in der Ruine schlafen, sondern ziehen das luftige Plätzchen unter dem Strohdach vor der Küchenbude vor. Ernesto, über alles auf unsere Sicherheit bedacht, kommt sichtlich ins Schleudern, schließlich löst er das Problem, indem wir alle zusammen da draußen schlafen.

Weil uns bis dahin noch viel Zeit bleibt, bummeln wir zum Baconao hinunter, setzen uns in sein flaches,

kiesiges Bett und lassen das noch einigermaßen saubere Wasser über uns strömen. Zum Abendessen hat Ernesto vom nächsten Bauern kleine grüne Tomaten besorgt, die werden zwar eigentlich zum Kochen verwendet, uns schmecken sie aber als willkommene Abwechslung zu unserem ewigen Käse und Corned Beef ausgezeichnet. Weil La Fraternidad kein elektrisches Licht besitzt, essen wir im Schein der aufgehängten Taschenlampe, leeren das letzte Drittel der Rumflasche vom Vorabend und sitzen zusammen, bis die Batterien den Geist aufgeben. Dann deckt uns ein unglaublicher tropischer Sternenhimmel zu, in dem die Sterne wie Millionen große Scheinwerfer strahlen. Gegen Morgen wird es hier draußen im Freien empfindlich frisch.

Fortsetzung folgt...

1) Vermittelt hatte uns die Tour ein BRD-Reisebüro, vor Ort betreute uns die cubanische Agentur »Cubamar«. Da diese erst seit einem Jahr ihre Tätigkeit vom nationalen Camping-Tourismus auf internationalen Tourismus erweitert, schien unser Vorhaben für die cubanischen Veranstalter eine ebenso neue und spannende Erfahrung wie für uns selbst.

2) Also gesetzgebend, verantwortlich für die Durchführung der Gesetze und selbst ausführend in einem, das ist die entscheidende Lehre der Volksmacht seit der Commune von Paris, der entscheidende Fortschritt der sozialistischen Demokratie gegenüber der bürgerlichen Gewaltenteilung, die unter dem Aushängeschild der Unabhängigkeit der Gewalten voneinander die Abgeordneten verantwortungslos, die Beamten unwählbar und unkontrollierbar durch das Volk macht. - Aber diese direkte Demokratie der Bauern von Escandel verteufelt man bei uns als »totalitär«.

3) Bei uns sind die Gruppen schon heute 25 Kinder stark, doch auch damit sieht sich z.B. Nordrhein-Westfalen außerstande, den erst nach dem Plattmachen der DDR eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen, weshalb jetzt erwogen wird, die Gruppen auf 30 Kinder zu vergrößern.

4) Es tut mir gut zu erfahren, daß Leute mit solchen Anschauungen in Cuba an verantwortlicher Stelle sitzen, das gibt meiner Hoffnung neue Nahrung, daß die menscheitgefährdende Naturzerstörung der sog. Industrieländer aufgehalten werden kann, sobald Naturschutz zum integralen Bestandteil revolutionärer Politik wird. Und es macht die Blockadepolitik gegen Cuba durch eben solche »Industrieländer« noch mehr zum Verbrechen an den eigenen Völkern und der Menschheit insgesamt.



bericht

... daß nichts bleibt, wie es war!

Foto: C. Gleisner

Kulturmarsch gegen den Imperialismus



IV. Weltfrauenkonferenz in China - »Gleichheit, Entwicklung und Frieden«

Von Mexico nach Peking ...

»Ni hao, Beijing!« Hallo, Peking! - Zehntausende von Frauen aus allen Erdteilen konnten Dich in diesem Jahr kennenlernen. Aber wer erinnert sich noch groß daran, daß vor 20 Jahren, 1975 das »Jahr der Frau« proklamiert war und die erste weltweite Frauenkonferenz in Mexico stattfand? Schon damals wurde die Konferenz der offiziellen RegierungsvertreterInnen von einem Treffen der Nicht-Regierungsorganisationen begleitet, das die zahlreich aufgeworfenen Frauenfragen aus einer anderen Perspektive betrachtete.

Weitere Konferenzen tagten in der Folge in Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985), letztere schloß die UNO-Frauendekade ab. In Nairobi waren es bereits mehr als 15.000 Teilnehmerinnen, die das NGO-Forum zu verzeichnen hatte. Die internationalen Kontakte zwischen Frauenorganisationen mit unterschiedlichsten inhaltlichen Schwerpunkten wurden

weiter vertieft und Bestrebungen zu einer dauerhafteren Vernetzung entwickelten sich.

In diesem Jahr sollte also China, das sich in Nairobi als einziges Land bereits dazu bereit erklärt hatte, die GastgeberInnenrolle übernehmen. Doch je näher der Zeitpunkt der geplanten Konferenz rückte, desto mehr traten - insbesondere in der BRD - die inhaltlichen Fragen, angesichts der Debatte um den Tagungsort, in den Hintergrund. Das kam nicht von ungefähr, hatte es doch in der Vorbereitung schon solche Differenzen bei der Berichterstattung über die Situation der Frauen in unserem Land gegeben, daß die Zusammenstellung von Berichten, die damit beauftragte Arbeitsgruppen als Anhang für den Regierungsbericht erstellt hatten, von der Regierung schlichtweg abgelehnt wurde. Erreicht werden konnte durch Druck der Frauengruppen lediglich, daß er separat veröffentlicht und bei-

de Broschüren parallel an Interessierte ausgegeben wurden.

... die Sache mit den Visas (mit herzlichem Dank an Herrn Bao) ...

Diese offenbar gewordene Diskrepanz unterschiedlicher Einschätzungen und Folgerungen für die Frauen und ihre Organisationen in unserem Land konnte dann allerdings durch eine massive antichinesische Kampagne sehr effektiv und erfolgreich überspielt werden. Um China als Austragungsort zu diskreditieren, die Frauen zu verunsichern und letztlich die notwendige Auseinandersetzung bei uns über die dringlichsten Forderungen der Frauen(bewegung) zu ersticken, war fast jedes Mittel recht: Die Menschenrechte wurden instrumentalisiert und wieder einmal nur als individuelle Rechte interpretiert - die gesellschaftlichen Rechte auf soziale Sicherheit, Berufstätigkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftli-

che Anerkennung von Frauen im gleichen Maße totgeschwiegen, wie sie hierzulande (nicht nur gegenüber Frauen) ständig mißachtet werden.

In diese allgemeinen Medienkampagne wurden die wildesten Spekulationen geworfen: Der Vorort Huairou, in dem für das NGO-Forum eine riesige Fläche inclusive zahlreicher Gebäudekomplexe bereitgestellt worden war, diente nur dazu, die NGO-Teilnehmerinnen von Peking und der Regierungskonferenz fernzuhalten; Unterkünfte seien nicht fertiggestellt worden, so daß die Frauen in Rohbauten schlafen müßten und überhaupt sollten die meisten durch Visa-Verweigerungen an der Einreise nach China gehindert werden.

Na ja, die Erlangung der Visa für die fünf »Courage-Frauen«, mit denen ich mich angemeldet und auf den Kongreß vorbereitet hatte, und mich war schon eine aufregende Story, weil das chinesische Organisationskommittee tatsächlich von der Masse der Anmeldungen etwas überfordert war und die Bearbeitung sich dadurch sehr lange hinzog. Schließlich waren aber alle erforderlichen Bestätigungen

eingetroffen und die MitarbeiterInnen der Chinesischen Botschaft in Bonn waren so unkonventionell

hilfsbereit, daß wir die Pässe völlig außerhalb der Bürozeiten, am Samstag Vormittag ausgehändigt bekamen - 6 Stunden vor dem geplanten Abflug. Dafür noch ein herzliches Dankeschön an Herrn Bao, der sich sehr für uns eingesetzt hat.

Beim ersten abendlichen Bummel durch den Veranstaltungsort Huairou, bei der räumlichen Ausdehnung Pekings, trotz 60 km Distanz zum Stadtzentrum, durchaus als Vorort zu bezeichnen, läßt sich am nächsten Tag ein erster Eindruck des chinesischen Alltagslebens gewinnen. Die Straßen sind belebt, an einem kleinen Obst- und Gemüsemarkt werden gerade die Stände geschlossen, vor vielen Häusern sitzen die BewohnerInnen in Grüppchen auf dem Bürgersteig, beim Kartenspiel oder bei Brettspielen, und riskieren schon mal ein paar neugierige Blicke auf uns. Während der Autoverkehr selbst auf den Hauptstraßen minimal ist, wird das melodische Fahrradklingeln von den breiten Radwegen her bald zum vertrauten Hintergrundgeräusch.

Presse-Echo hierzulande - unisono wie so üblich ...

Obwohl sich also die meisten der wüsten Prophezeihungen und Befürchtungen in Luft auflösten, blieb die vorherrschende Berichterstattung in ihrem Tenor bei der Botschaft, daß bei der Konferenz allein wegen des Veranstaltungslandes China, unmöglich etwas herauskommen könne. So wurden denn kleinste organisatorische Pannen detailliert aufgelistet, notwendige Sicherheitskontrollen kritisiert, kurz, jede chinesische Maus zum Elefanten aufgeblasen - nur über die Inhalte, die Probleme und Anliegen, die die Frauen dort einbrachten, über die Tausende von internationalen Workshops, Diskussionen und Arbeitsgruppen, da erschien geradezu verschwindend wenig oder Falsches in bundesdeutscher Medienlandschaft.

Schlimm genug, daß auch Teile der »linken« Presse an dieser reaktionären Meinungsmache beteiligt waren und so z.B. die Artikel in der 'Jungen Welt' sich enttäuschenderweise nicht wesentlich von denen

in der 'Frankfurter Rundschau' unterschieden (wo frau eh nicht viel anderes erwartet). Von den Forderungen, die zigttausend Frauen in Peking der Weltöffentlichkeit präsentierten, von dem, was dort an weiblicher Erfahrung im Emanzipationskampf, im Freiheitskampf, im Kampf gegen neoliberalistische Ausbeutung und Unterdrückung präsent war, fand kaum etwas Erwähnung. Die Sprengkraft des Veränderungspotentials, das in den Ländern des Südens entstanden ist, soll offenbar die Herrschaftsstrukturen bei uns nicht gefährden.

Die abbröckelnde, z.Zt. eher resignative Frauenbewegung in der BRD sollte nur ja keine neuen Impulse bekommen, da doch der vielfältige Sozialabbau derzeit so friedlich durchgesetzt und hauptsächlich auf dem belastbaren Rücken von uns Frauen bewältigt wird. So war denn die allgemeine Verunsicherung durch gezielte Desinformation offenbar erstes Ziel der Berichterstattung; denn daß unsere Regierung mit der Akzeptanz Chinas keinerlei Probleme hat, wenn sie ökonomische Einflußnahme und Profite wittert, das bewies der ausgedehnte Kohl-Trip im November 95.

NRO: 30.000 mal Frauenpower ...

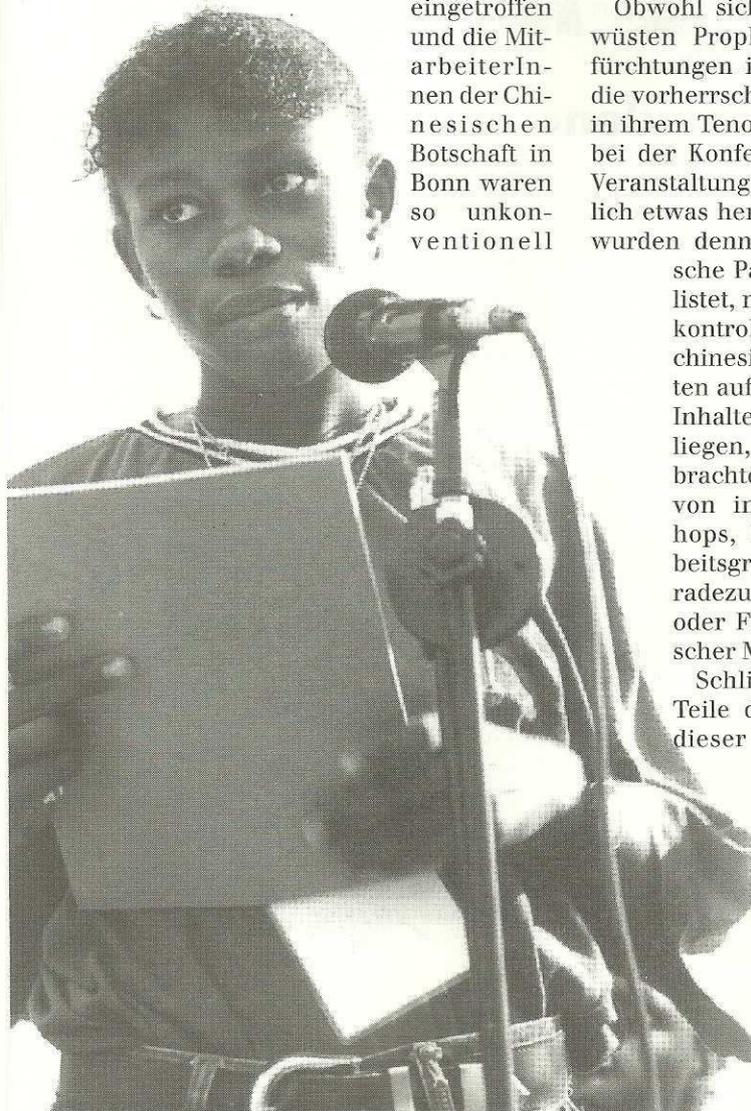
Was aber tatsächlich alles los war in Huairou, davon ließen sich Bücher füllen, wenn überhaupt jemals alles zusammengetragen werden könnte. Dabei können die Erlebnisse durchaus unterschiedlich sein, die frau mitbekommen konnte, weil das Angebot unglaublich vielfältig war, und die meisten Frauen sich in der Programmplanung und der nötigen -auswahl von ihren eigenen Erfahrungsbereichen und zielgerichteten Interessen leiten ließen.

Von den beiden Katalogen, die in kleinster Schrift und in knappster Form alle vorbereiteten Veranstaltungen mit Ort- und Zeitangaben enthielten, fühlte ich mich erstmal ziemlich erschlagen. Bis zu 150 Diskussionen, Workshops, Vorträge, u.a. fanden gleichzeitig statt! Und das im 2-stündigen Wechsel! Um sich auch nur ein wenig auf den jeweils nächsten Tag vorzubereiten, war an den Abenden intensives Katalog-Studium angesagt.

Aber die 30.000 Frauen waren ja auch nicht zu diesem Forum gereist, um in zentralen Massenveranstaltungen, wie bei der Eröffnungsfeier im Pekinger Stadion zusammenzukom-

Foto: C. Gleisner

Ein afrikanisches Mädchen berichtet



men, sondern hatten bereits bei ihrer Anmeldung die unterschiedlichsten Aktivitäten, vom Infotisch bis zur 200-Frauen-Veranstaltung, die sie mit ihrer Gruppierung einbringen würden, angekündigt. So kam dann auch inhaltlich ein extrem breites Angebot zustande:

»Frauen in der Politik und im Demokratisierungsprozeß«, Workshop des nationalen Rates von Frauengesellschaften in Nigeria, »Empowerment (Ermächtigung - mehr als Gleichstellung) von Frauen: Vision für das 21. Jahrhundert«, Nationales Vorbereitungskomitee für Peking in Bangladesh, »Frauen im Sozialismus und in der Übergangsphase«, Zentrum für Frauenstudien in Ungarn, »Sudanesischer Frauenvereinigung und islamischer Extremismus«, Sudanesischer Frauenvereinigung, »Strategische Überlegungen, zu sauberem Trinkwasser zu kommen, Kampagnen, Aktionen ...«, Frauen für Trinkwasser, »Frauen in Armut«, Allianz für arabische Frauen, »Partnerschaften für Frauengesundheit, HIV-Vorbeugung und Behandlung von Frauen, Internationales Frauenforschungszentrum, »Frauen und Sport«, Allchinesische Sportföderation, »Erziehung, Kultur und Medien«, Nationalrat der Philippinischen Frauen, »Die cubanischen Frauen: Verwirklichtes und Herausforderungen, FMC, Cubanische Frauenföderation, »Frühzeitige Kindererziehung für Frieden und Gerechtigkeit, heute und morgen«, Somalische Frauenvereinigung

für nationale Entwicklung - das sollen nur einige zufällig ausgewählte Beispiele von Veranstaltungsthemen und Veranstalterinnen sein.

Meditations- und Entspannungsübungen, Artistik, Malerei, und viele andere Angebote zum Mitmachen wurden als ständiger Rahmen angeboten und auch die begeisternden abendlichen Musik-, Gesangs- und Tanzvorführungen auf der zentralen Freilichtbühne fanden unter internationaler Beteiligung statt.

Die Frauen Europas und Nordamerikas gaben im Vergleich zu den afrikanischen oder asiatischen eher ein blasses Bild ab. Während von den letzteren viele Grundfragen des Überlebens und daraus die Notwendigkeit zu grundlegenden Veränderungen der Weltwirtschaft thematisiert wurden, drehten sich bei den anderen so manche der Gesprächsrunden um Selbstverwirklichung, Streß-Management, Erlangung von Führungspositionen in politischen und wirtschaftlichen Gremien, Netzwerke für Wissenschaftlerinnen, etc. Insgesamt waren auffallend wenige Veranstaltungen von ihnen vorbereitet worden - ganz im Gegensatz zur sonstigen Dominanz ihrer Heimatstaaten.

Als zum Thema »Notwendige Veränderungen der UNO« eine schwedische Referentin sich in ihren Ausführungen auch auf Nachfrage darauf beschränkte, daß mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu lancieren seien - ohne die Rolle der UNO nur im mindesten zu hinterfragen,

wurde von den Diskussionsteilnehmerinnen vieler Nationen entschieden die Dominanz der industrialisierten Zentren angegriffen, die die UNO als Unterdrückungsinstrument gegen die übrigen Staaten mißbrauchen.

... und die deutsche »Delegation«



Die Frauen, die aus der BRD gekommen waren, möchte ich nur ganz kurz charakterisieren. Anwesend waren - zahlenmäßig wohl am stärksten - die Funktionärinnen folgender Frauenverbände: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Demokratischer Frauenbund, Katholische Frauengemeinschaft, Katholischer Frauenbund, Akademikerinnenbund, Deutscher Staatsbürgerinnenverband, Marie-Schlei-Verein, Landfrauenverband, CDU-Senioren-Union, CDU-Frauen-Union, Deutscher Sportbund usw. - nicht zu vergessen der Hausfrauenbund und unsere caritativen »Nicht-Regierungsorganisationen«: Welthungerhilfe, Caritas, die kirchlichen Entwicklungsdienste und viele andere mehr.

Als Basisbewegung neu entdeckt wurden von der BRD-Regierung offenbar die Mütterzentren; sie durften zwei inhaltliche Veranstaltungen im Europäisch/Nordamerikanischen Veranstaltungszelt gestalten und wurden ein bißchen als Vorzeige-Objekte herumgereicht.



Foto: C. Gleisner

Behinderte Frauen haben noch mehr Rechte einzufordern

Wesentlich geringer war die Beteiligung des linken (frauen-)politischen Spektrums. Das waren eher Einzelkämpferinnen, die da - so wie ich von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba - von der MLPD und einigen anderen Organisationen gekommen waren, wie die bereits erwähnten »Courage-Frauen«, die auch selbständig Veranstaltungen bereits vorbereitet hatten, oder vor Ort in Huairou mit internationaler Beteiligung planten und durchführten und eine realistische Darstellung der Probleme von Frauen hierzulande in Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik gaben.

... und andere Widersprüche

Kontroverse Debatten gab es vielfach zum Islam. Frauen, die - mit männlichen Bewachern - aus dem Iran gekommen waren, vertraten besonders heftig und öffentlichkeitswirksam die in ihrem Land vorherrschende fundamentalistische Auslegung des Islam, bei der jedes Frauenhaar vom Hedjab, dem Schleier bedeckt sein muß, Berufstätigkeit darf nur mit dem Einverständnis des Ehemannes und nur in bestimmten Arbeitsgebieten im Krankenhaus-, Erziehungs- oder Sozialbereich stattfinden. Der allgemeine Wirkungskreis der Frauen ist weitgehend auf die Familie beschränkt. Dies wurde in zahlreichen Veranstaltungen als wahre Freiheit gepriesen, da es mit dem Wesen der Frau am besten harmonisiere



Vietnamesin zur Solidarität mit Cuba Foto: M. Schweinesbein

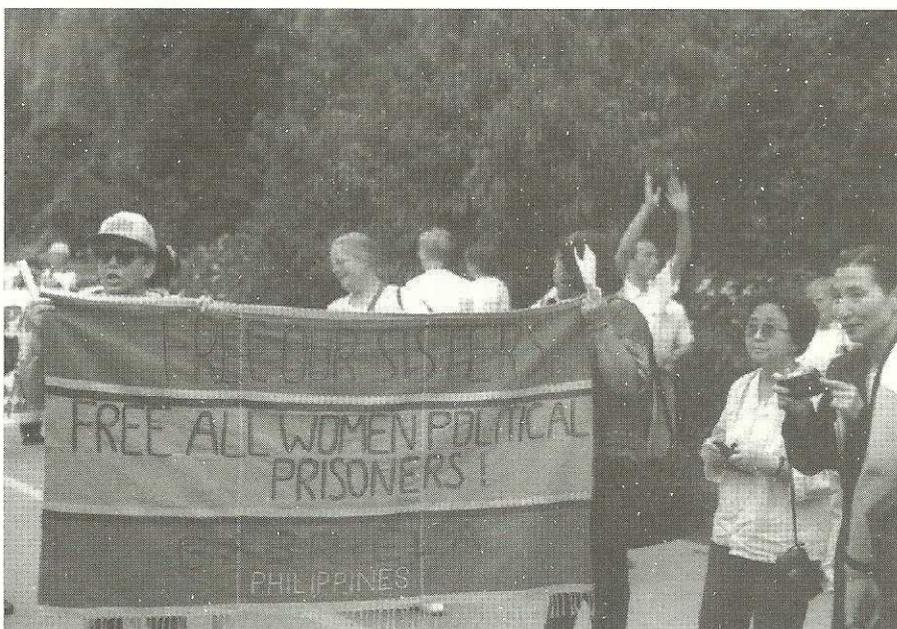
und die Frauenwürde dadurch gewahrt bliebe. Es wurden Sticker verteilt: »Meine Wahl - der Hedjab« und bunte Plakate mit ähnlichen Inhalten gab es reichlich. Auch mit Broschüren und Faltblättern wurde eine »Heile Welt Iran« beschrieben.

Als besonders verehrungswürdig wurden die Mütter der »Märtyrer« im »Heiligen Krieg gegen den Irak« geschildert, so stand in der Broschüre »Neda« das Interview einer Mutter, die mit Freude und Stolz ihre drei Söhne geopfert hatte. Gepriesen wurden auch die Baseej Freiwilligen-Organisationen, 1981 von Imam Khomeini gegründet, um die Kriegsverwundeten des 20-Millionen-Soldaten-Heeres zu pflegen, in denen sich

Mädchen, Schülerinnen, Studentinnen und erwachsene Frauen massenhaft (mehr als 1,5 Millionen derzeit) für freiwillige soziale Dienste verpflichten.

Iranische Frauen, gezwungen im Exil zu leben, prangerten hingegen frauenverachtende Praktiken in ihrem Heimatland an. Nach ihren Angaben können Mädchen schon mit 9 Jahren in eine Ehe gezwungen werden. Das Sorgerecht für die Kinder liegt nur beim Vater, nicht bei der Mutter. Wenn Frauen die strengen Kleidervorschriften mißachten, mit denen sogar die erlaubten Farben bestimmt werden, so können sie auf offener Straße von »Revolutionswächtern« geschlagen, ihre Gesichter mit Messern zerschnitten oder mit Säure verbrannt werden. Während Männern bis zu vier Frauen gleichzeitig gestattet sind, werden Frauen, die man des Ehebruchs verdächtig, gesteinigt.

Angegriffen wurde von ihnen allerdings der Islam insgesamt als Religion, und nicht nur die konkreten islamischen Kräfte, die für die extreme Situation im Iran verantwortlich zu machen sind. Nicht nur, daß die verbalen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Lagern teilweise so heftig geführt wurden, daß einzelne Veranstaltungen abgebrochen werden mußten, es solidarisierten sich auch die Frauen gemäßigter islamischer Schulen, die keinen Schleierzwang kennen und selbstbewußt auch im öffentlichen Leben stehen, mit ihren iranischen Glaubensschwestern. Die Exil-Iranerinnen konnten



Freiheit für alle weiblichen politischen Gefangenen Foto: M. Schweinesbein



so, trotz ihres sehr selbstbewußten Auftretens, wenig Unterstützung für ihre Ablehnung des Islam verbuchen.

Vielmehr wurde deutlich, daß auch das Recht auf die Ausübung einer Religionsform, zu der sich Frauen bekennen, nicht verneint werden kann. Nicht zu rechtfertigen sind jedoch Übergriffe einer Glaubensrichtung auf diejenigen Frauen (und Männer), die sich eben nicht an deren religiösen Grundsätzen orientieren, das gibt dann umso mehr Konfliktstoff, je enger Staat und Religion miteinander verwoben sind.

Obskur und doch wenig verwunderlich: Der Vatikanstaat und die islamischen RegierungsvertreterInnen waren enge Verbündete in ihrem

Kampf um eine Ablehnung der Abtreibung in der Abschlusserklärung.

Cuba in Peking

Die cubanische Regierungsdelegation wurde angeführt von Vilma Espin, der Vorsitzenden des Cubanischen Frauenverbandes und Mitglied des Staatsrates, weitere Repräsentantinnen Cubas waren u.a. Isabel Allende Karam, Vizeministerin des Außenministeriums, und Enith Alerm Prieto, Mitglied des Staatsrates, die 1994 anlässlich des 'Bundestreffens der Cuba-Solidarität' in der BRD weilte.

Die cubanische Delegation erlebte bei jedem Auftreten einen warmen und herzlichen Empfang. In vielen Solidaritätserklärungen wurde der Kampf des Cubanischen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht von Frauen aus aller Welt ebenso gewürdigt wie die großen Leistungen im sozialen Bereich, die es trotz der auch auf dem NGO-Treffen immer wieder verurteilten Wirtschaftsblockade immer noch aufrechterhält.

Aus einer Veranstaltung heraus entstand die Anregung, auch eine Demonstration gegen die Blockade durchzuführen, eine Idee, die große Unterstützung fand, schnell weiterverbreitet wurde und einige Tage später unter Beteiligung von mehreren hundert Frauen, die durch das Forumsgelände zogen, verwirklicht wurde.

Obwohl zahlreiche MedienvetreterInnen anwesend waren, wurde über diese Aktion in der westlichen Berichterstattung ebensowenig informiert wie über Demonstrationen gegen den Neoliberalismus, initiiert von der Kommunistischen Partei Brasiliens, oder eine Anti-Imperialistische Frauendemonstration, organisiert von revolutionären Frauen verschiedenster Länder, die ebenfalls jeweils hunderte Frauen in gemeinsamen Forderungen vereinte. Berichtet wurde lieber ausgiebig über 9 Exiltibeterinnen, die (übrigens völlig unbehindert) mit einem Schweigemarsch für ein »freies« Tibet eintraten.

Regierungskonferenz ...

Die eigentliche Regierungskonferenz im Kongreßzentrum in Peking verlief sozusagen auf mehreren Ebenen. Im Vordergrund standen die Wortbeiträge der Regierungsvertreter und -vertreterinnen in der Plenarsitzung, die wurden simultan übertragen in das nebenan gelegene Zentrum für die NGO-Vertreterinnen und waren zum größten Teil an Allgemeinplätzen kaum zu überbieten; da ist mehr von Absichtserklärungen und Bemühungen die Rede, als von konkreten Zielen und dafür einzusetzenden Geldern. Eine der Selbstverpflichtungen der USA beispielsweise lautet, »weiterhin offen und ohne Zögern im Namen der Menschenrechte aller Menschen aufzutreten«. Die

Frauen Grenadas, Haitis, Chiles, Nicaraguas und Cubas, die die Segnungen des US-Einsatzes für Menschenrechte schon verspüren durften, werden gerührt sein.

Die BRD verspricht, während der nächsten vier Jahre 10 Millionen jährlich für rechtliche und gesellschaftspolitische Beratung in Entwicklungsländern auszugeben, mit spezieller Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Frauen. Vergegenwärtigt man sich den sozialen Kahlschlag hierzulande (gnadenlos ausgetragen auf Kosten der Frauen) und den steten Abbau demokratischer Rechte - wird klar, daß es - im Interesse multinationaler Konzerne und der Weltbank - nur um die verstärkte Durchsetzung des Neoliberalistischen Kurses in diesen Ländern geht.

Dazu paßt glänzend die Auswahl der beiden Abschlußredner am letzten Vormittag im Plenum: Alberto Fujimori, Präsident Perus und James Wolfensohn, Präsident der Weltbank.

Zusage Nolte Nr. 2: 1996 wird zum »Jahr der Gleichrangigkeit, Teilhabe und Partnerschaft« erklärt. Leider (oder zum Glück) dürfte das so folgenlos bleiben, wie alle vorhergegangenen Jahre »der Frau, des Kindes, des Baumes usw.« Dritte »Anstrengung« wird die Einberufung einer nationalen Folgekonferenz sein, die für den 11. März 1996 vorgesehen ist. Soweit Nolte.

Die diplomatischen Verhandlungen um die Handlungsplattform fanden in Peking hinter den Kulissen statt und es wurden tägliche Kommuniqués herausgegeben, welche strittigen Punkte wieder »entklammert« werden konnten, also in gemeinsamer Fassung in den Text aufgenommen

wurden. Nachdem man in der letzten Nacht tatsächlich noch zu einer gemeinsamen Endfassung gekommen war, wurde sie bei der Verabschiedung im

Abschlußplenum auch einstimmig angenommen - im Anschluß meldeten sich aber zig Delegierte zu Wort, um ihre Einwendungen gegen einzelne Punkte zu Protokoll zu geben.

Lobbying - Instrument oder Illusion?

Während die Konferenz der RegierungsvertreterInnen tagte, fanden gleichzeitig ständige Beratungen von NGO-Frauen verschiedener Länder, zu regionalen oder inhaltlichen Teilaspekten der Handlungsplattform statt, um fortschrittlichere, aussagekräftigere, konkretere Positionen in dieses Dokument einzubringen. Die Formulierungen, auf die man sich geeinigt hatte, sollten den jeweiligen Regierungsdelegationen übergeben und von diesen in die Beratungen eingebracht werden. Das vielbeschworene »Lobbying«, von dem sich ein Teil der NGO-Frauen ziemlich viel Einfluß versprochen.

Linde Ruthman, die einen NGO-Ausschuß zu Wirtschaftsfragen leitete, sagte abschließend: »Wir haben eine Menge Zeit damit verbracht, eine Sprache in die UN-Deklaration einzubringen, die Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit reflektiert. Aber unsere Anstrengungen waren erfolglos. Die



Cubanische Delegierte Foto: M. Schweineshein

Regierungen erkennen nicht, daß es für die größten Probleme, Armut und Krieg, Ursachen gibt, die benannt werden müssen.«

... China ...

Das Chinesische Organisationskomitee sorgte von der Unterbringung über Veranstaltungsorte, Informationsmöglichkeiten bis zum Transport, trotz der enormen Dimension, die das NGO-Forum mit seinen 30.000 TeilnehmerInnen angenommen hatte, für eine optimale technische Organisation. Das wurde sowohl von der Generalsekretärin der Regierungskonferenz, Gertrude Mongella, bis hin zu den Veranstalterinnen von Workshops und Gesprächskreisen immer wieder betont und in herzlichen Dankesworten an die chinesischen Vertreterinnen, die sich auch an nahezu allen Aktivitäten beteiligten, zum Ausdruck gebracht.

Trotzdem war das Hauptthema vieler deutscher Delegationsteilnehmerinnen ein ständiges Jammern über organisatorische Mängel. In gewisser Weise wurde vom ersten Tag an ständig Panik gestiftet - »Es wird keine Programmübersicht geben!« (der besagte Katalog war »erst« zum Eröffnungstag fertig. »Wie werden wir bloß zur Eröffnungsveranstaltung kommen?!« (die Busse für alle kamen pünktlich). Die Busse fuhren ihnen immer zu früh, zu lange, zu unzuverlässig, zu voll ...«Wir sollen nur in unserer Arbeit behindert werden.« - Darin gipfelten die Lamentations. Es gab absolut peinliche hysterische Auftritte an den Bushaltestellen, inmitten von dutzenden Delegierten anderer Kontinente, die nur die Köpfe schützen konnten und mit dem ausge-

Auch da: Ronald McDonald Foto: C. Gleisner



klügelten Transportsystem mit Sonderbussen zwischen dem Forum in Huairou, dem Konferenzzentrum in Peking und den Hotels der Delegierten glänzend zurechtkamen.

Vom allchinesischen Frauenverband und anderen Frauenorganisationen bzw. Institutionen, wie Frauenforschungseinrichtungen etc. wurden zahlreiche Veranstaltungen angeboten. Das Spektrum reichte von Bildung und Ausbildung für Frauen, Frauen im Sport etc. bis hin zur differenzierten Nationalitätenpolitik in China.

Zu »Heirat, Familie und Frauenrolle in China« wurden beispielsweise auch viele erstaunlich kritische Aspekte eingebracht über noch bestehendes patriarchalisches Rollenverständnis in vielen Familien und finanzielle und soziale Probleme, die für Frauen eine Scheidung erschweren. Große Unterschiede gibt es in der sozialen Entwicklung zwischen den verschiedenen Nationalitäten - von matriarchalen Strukturen bei Mosuo- und Lahu-Völkern, bei denen Gleichberechtigung und freie Partnerwahl herrschen, bis zu vielen anderen ländlichen Gebieten, in denen das patriarchalische Rollenbild noch tief verwurzelt ist und zu einer Diskriminierung von Frauen beiträgt - trotz einem Familienrecht, das in der Volksrepublik China von Gleichberechtigung der Geschlechter ausgeht. Die Offenheit, in der diese Defizite von den Referentinnen ausgesprochen und mit entsprechenden Untersuchungsergebnissen belegt wurden, machte immerhin deutlich, daß die Chinesinnen selbst sehr entschlossen an tiefgreifenden Veränderungen arbeiten.

Zahlreiche Broschüren und eine eindrucksvolle Fotoausstellung stellten die Möglichkeiten der Ausbildung, Berufstätigkeit und Weiterqualifikation chinesischer Frauen dar. In der erwähnten Ausstellung wurden beispielsweise Dutzende anerkannter Wissenschaftlerinnen mit ihren Forschungsergebnissen vorgestellt, die in der Medizin und insbesondere im Bereich von Naturwissenschaften und Technik lagen. Frauen, die sich bei uns für ein technisches Studium entschieden haben, werden so eine positive Haltung gegenüber Frauen als Ingenieurinnen, Chefingenieurinnen, Institutsleiterinnen und anderen Führungskräften in der Wissenschaft,

der Industrie und der Wirtschaft vergeblich suchen.

Der Einfluß des kapitalistischen Marktes in China ist mit McDonalds-Filialen, internationalen Hotelketten oder den zahlreichen feilschenden SouvenirhändlerInnen nicht zu übersehen. Aber mehr als oberflächliche Eindrücke waren in den drei Wochen am Rande der Frauenkonferenz gar nicht möglich. Daher erübrigen sich auch Spekulationen über die Auswirkungen von Sonderwirtschaftszonen, Joint Ventures etc. in China. Aber daß das Revolutionsmuseum am Tien-An-Men-Platz offenbar schon seit längerer Zeit »wegen Renovierung geschlossen« ist, war einfach schade.

...und was kommt nach Peking?

Daß die Frauen Westeuropas und Noramerikas weit weg von den Problemen ihrer Schwestern in den weniger entwickelten Ländern stehen, das konnte man auf dem NGO-Forum deutlich sehen. In ihrem caritativen Hilfeverständnis gleichen so manche, ehrlich engagierte Managerinnen humanitärer Hilfsorganisationen, in gewisser Weise Super-Müttern, die ihr kleines »Dritte-Welt-Projekt«, die Textil-Manufaktur XY oder die Agro-Kooperative YX, lieben und stolz sind, daß es dank ihrer Hilfe funktioniert! Trotz all der schrecklichen regionalen Mängel, die es ständig bedrohen!

Die Ursachen von Problemen, die einerseits noch Folgen der kolonialen, zum größten Teil aber der heutigen neokolonialistischen Ausbeutung der Länder sind, die Verantwortlichkeit ihrer/unserer eigenen imperialistischen Regierungen und PolitikerInnen sehen sie nicht! Geschweige denn, daß sie bereit wären, hier grundsätzlich für gesellschaftliche Veränderungen einzutreten. So besteht denn auch wenig Verständnis für die grundlegenden Lösungsansätze, die vor Ort in den »betreuten« Ländern entwickelt werden und die auf ebendiese notwendige Gesellschaftsveränderung weltweit abzielen.

So wertvoll die geleistete Hilfe im Einzelfall ist, so fatal ist es, zuzusehen, wie gleichzeitig durch Weltbank-Diktat und Welthandelsstrukturen immer größere Wunden gerissen werden.

Und wenn Nolte kürzlich zu einer frauenpolitischen Tagung in Berlin kam, während gleichzeitig ein Veto

der BRD auf EU-Ebene das Armutsprogramm und das vierte Gleichstellungsprogramm verhindern, ist das eine derartige Provokation, daß die Linke und die Frauen das auch entsprechend quittieren müßten!

Aber wenn das bundesdeutsche NRO-Frauenforum tagt, wie am 18./19.11., um seine Perspektiven zu diskutieren, so finden sich leider auch da die anwesenden Migranten in eine Statistinnenrolle gedrängt.

Wenn wir es bei solchen Strukturen belassen, wenn wir zusehen, wie im großen Bundestagskonsens (mit viel zuwenig Ausnahmen) Konfliktlösung per Bundeswehrbesatzarmee, zunächst im früheren Jugoslawien, später in aller Welt, beschlossen und auch noch als Einsatz für die Menschen(- und damit Frauen-)rechte deklariert wird, was sollte sich ändern - nach Peking?

STÄDTEPARTNERSCHAFT



Raubbau an der Natur bedroht die Lebensgrundlagen der bäuerlichen Bevölkerung in Nicaragua. Der Städtepartnerschaftsverein fördert die Ausbildung in umweltgerechten Anbaumethoden, Erosionsschutz und Wiederaufforstung.

Nähere Informationen bei: Städtepartnerschaftsverein Freiburg-Wiwili e.V.

Bärenweg 25
79110 Freiburg
Tel.: 0761 800 698

Spendenkonto:
229 871 756, Postbank
Karlsruhe, BLZ 660 100 75
Spenden können als
gemeinnützig steuerlich
abgesetzt werden.

FREIBURG - WIWILI

lateinamerika

Die notwendige Utopie« setzt sich fort:

★ Wochenendseminare zur Situation in Süd- und Mittelamerika

Die Idee, einen tieferen Einblick in die aktuelle Situation des lateinamerikanischen Kontinents zu ermöglichen, entstand während der letzten Rundreise von Maria Rojas, Chile, José Gonzales Picado, Nicaragua und Felipe Gil Chamizo aus Cuba. Durch ein besseres Verständnis der politischen und ökonomischen Lage sollen die Voraussetzungen für einen Ausbau der Zusammenarbeit geschaffen werden.

Die Seminare werden voraussichtlich im Mai themengleich in Berlin und in Köln stattfinden:

Die Perspektive der Völker aus ihrer Sicht in Süd- und Mittelamerika

1. Zur gegenwärtigen politischen,
sozialen und ökonomischen
Lage in der Region

- NAFTA
- Länderbeispiele: Mexiko,
Nicaragua, Cuba, Chile
- Die besondere Situation der
Kolonien in der Karibik
- Europa in der Karibik

2. Die Linke in Süd- und
Mittelamerika

- Geschichte, Gegenwart
und Perspektiven
- Ihr Reartikulierungsprozess:
a) Foro de Sao Paulo
b) Treffen der Völker Amerikas
und der Karibik

- Theorie-Entwicklung und die
Rolle der Intellektuellen

3. Alternative Entwürfe für die
Integration und Entwicklung

4. Der Aufbauprozess von
Alternativen aus den
Volksbewegungen

- Erfahrungen
- Utopien

5. Reflexion der Nord - Südbeziehungen und neue Formen der Solidarität, Kommunikation, Zusammenarbeit und Vernetzung

Informationen und Seminar-Unterlagen bei:

- Internationalismusreferat
AStA der FU Berlin
Barbara Fried
Kiebitzweg 23
14195 Berlin
Tel.: 030/839091-21(-12)
Fax: 030/8314536

- Miriam Silva
Adamsstr. 20-22
51063 Köln
Tel.: 0221619852

Coupon einsenden an: WCO, Granma, PF 66, 12414 Berlin

Granma INTERNACIONAL

Authentische
aus Cuba
und Lateinamerika
INFORMATIONEN



ich abonniere für die Dauer von

- 1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM
 6 Monate (6 Ausgaben) 13 DM

ich zahle

- gegen Rechnung
 per Bankeinzug

Name Geldinstitut

Str./Nr. BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift

El Salvador -

Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität

Noch im November 1989 gelang es, Tausende Menschen in Frankfurt/M zu einer Solidaritätsdemonstration für die damals gerade dem Höhepunkt zustrebende Offensive der Guerilla in El Salvador zu mobilisieren. Bald danach verloren die SandinistInnen die von den USA diktierten Wahlen und in dem allgemeinen Zerfall linker, internationalistischer Politik wollte auch bald niemand mehr etwas von der Solidarität mit El Salvador wissen.

Die Politik der ehemaligen Guerilleros schien der Enttäuschung Recht zu geben. Ein sinnfälliger Ausdruck ist die Umwandlung des ehemaligen „Radio Venceremos“, für deren Erhalt auch viele Solidaritätsgelder geflossen sind, in einen Tutelsender, der bei den letzten Wahlen Propaganda für die rechtsextreme Regierungspartei Arena ausstrahlte, weil sie zahlungskräftiger war. Der Autor des vor Kurzem veröffentlichten Buches über den Krieg in El Salvador, Michael Krämer, gehört nicht zu denen, die die Solidaritätsarbeit an den Nagel gehängt haben. Er hat allerdings auch zur Politik der ehemaligen Guerilla eine Distanz bewahrt, die ihn erst befähigt, eine brauchbare Analyse zu machen. Krämer untersucht die Bedingungen, die es der salvadorensischen Guerilla möglich machte, zur stärksten Befreiungsbewegung in Lateinamerika zu werden, in einem Land, von dem Che noch in den 60er Jahren sagte, daß es auf Grund seiner geographischen Lage keine eigene Guerilla entwickeln kann, sondern lediglich Hilfsdienste für die Guerilla in anderen Ländern leisten wird.

Krämer zeigt mit Zitaten aus Guerilla-Kommuniqués, daß diese schon bald ihr Ziel, ein sozialistisches El Salvador aufzubauen, modifiziert und schließlich fallen gelassen hat. Wurde in der „Plattform der Revolutionären Demokratischen Regierung“, von 1980 noch von einer schnellen Machtübernahme ausgegangen, so daß von Verhandlungen und Wahlen keine Rede

war, wich die FMLN/FDR schon im Oktober 1981 von diesem Ziel ab und setzte auf eine Verhandlungslösung. 1984 wurde daraus schon die Durchführung „von authentischen und freien Wahlen mit Beteiligung aller politischen Kräfte des Landes“, also auch unter Einschluß der Arena, deren Auflösung vorher immer gefordert wurde. Die internationale Sozialdemokratie, an der Spitze „die SPD und deren Spezialist für Geheimdiplomatie Hans-Jürgen Wischnewski“, spielten bei der „Mäßigung“, der FMLN eine wichtige Rolle. Ihr Instrumentarium war dabei die MNR des Sozialdemokraten Guillermo Ungo, die zwar in El Salvador keine Rolle spielte, aber im Ausland eine wichtige Rolle für die internationale Reputation der Guerilla hatte. Die scheinbar realpolitisch gebotene Anpassung an die Verhältnisse setzte sich bei der FMLN in den folgenden Jahren weiter fort. So gab sie später ihren unverrückbaren

Programmpunkt „Auflösung der Armee“, auf, zugunsten des vagen Versprechens der Integration der FMLN in die Streitkräfte.

Es wäre aber vermessen aus der Metropole den GenossInnen der FMLN Verrat ihrer Grundsätze vorzuwerfen. Krämer ist weit davon entfernt. Er skizziert den Handlungsrahmen, in dem sich die Politik der Guerilla entwickelte. Dabei vernachlässigt er die internen Auseinandersetzungen in den einzelnen Gruppierungen der Guerilla und zwischen ihnen. Nur in Fußnoten wird z.B. die Auseinandersetzung in der ERP, die zur Hinrichtung des revolutionären Schriftstellers Roque Dalton führten und später der Streit in der FPL, der in der Ermordung der Comandante Ana Maria und dem Selbstmord des Comandante Marcial kulminierte, erwähnt. Dabei sind diese Auseinandersetzungen sicherlich nicht unwichtig, bei der Beurteilung der Spaltung der FMLN in den 90er Jahren. Krämer hat sich kurze knappe Abhandlung entschieden und gibt damit einen guten Überblick über die Jahre des BürgerInnenkrieges.

Wer in die Details gehen will, sollte zu James Dunkerlys Buch, „Der lange Krieg“, Diktatur und Revolution in El Salvador, greifen, daß ebenfalls im ISP-Verlag auf deutsch erschienene ist.

Denn wenn es auch viele hier nicht mehr wahrnehmen, der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist auch in El Salvador mit dem Friedensschluß keinesfalls beendet, wie die bewaffneten Aktionen der Polizei gegen demonstrierende ArbeiterInnen in der Hauptstadt San Salvador vor einigen Wochen zeigten.

Peter Nowak

Michael Krämer,
El Salvador -
Vom Krieg zum
Frieden niedriger Intensität,
 Neuer ISP-Verlag, Köln 1995,
 194 Seiten, 29 DM

Brasilien:

Interview mit Lula

Vorsitzender der brasilianischen Arbeiterpartei und zweimal erfolglos Präsidentschaftskandidat des Landes

Ende August gab Lula bekannt, daß er nicht mehr als Präsidentschaftskandidat seiner Partei zur Verfügung steht. Sein Nachfolger gehört eindeutig dem sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterpartei ein und hat laut Neues Deutschland schon in seiner Antrittsrede angekündigt, daß die Zeit des ewigen Opponierens vorbei sein müsse. Seine Wahl wird eindeutig als Niederlage der linken Kräfte interpretiert.

Lula bleibt aber weiterhin politisch aktiv. Er will eine Stiftung gründen und sich dort dem Kampf gegen Hunger und Armut widemen.

Hat die Linke in Brasilien noch eine Chance?

Frage: Viele haben mit großen Hoffnungen die Wahlen in Brasilien im letzten Jahr verfolgt, weil ein Sieg ihrer Partei, der Partido Trabalhadores (PT) in greifbare Nähe gerückt war. Wie ist die Situation der brasilianischen Linken nach der Wahlniederlage?

Lula: Nach wie vor ist die PT die wichtigste linke Partei Lateinamerikas. Die CUT ist der wichtigste Gewerkschaftsverband Lateinamerikas. Wir haben also eine große Verantwortung für die Linke auf dem Kontinent. Das wurde vor Kurzem auf dem Treffen der lateinamerikanischen Linken in Montevideo deutlich.

Frage: Was ist ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen brasilianischen Regierung?

Lula: Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung ist eine Kopie der Vorgaben aus Washington und wird zur Zeit in Bolivien, Argentinien, angewandt. Das dient den Interessen der reichen Länder. Die Zölle werden ge-

senkt. Waren aus den USA überschwebmen das Land. Eine Pleitewelle der heimischen Industrie und in der Folge eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Armut. Die Textilindustrie hat z.B. bisher 50% ihrer ArbeiterInnen entlassen. Es ist die größte Pleitewelle in der brasilianischen Geschichte. Gleichzeitig hat Brasilien mit 34% die weltweit höchsten Zinssätze.

Die heimischen Währungsreserven nehmen wegen der Importe rapide ab. Im Grunde ist das keine Wirtschaftspolitik sondern ein Verbrechen.

Frage: Was hätte ihre Regierung in der Wirtschaftspolitik gegenüber der jetzigen Politik verändert?

Lula: Der entscheidende Punkt ist die Frage der Besteuerung. In Brasilien müßten auch die Reichen endlich Steuern zahlen. Ein Beispiel: In den USA und auch in ähnlichen Ländern beträgt der Anteil des Kapitals am Steueraufkommen 32% und der Arbeiter 12%. In Brasilien beträgt der Anteil der Arbeiter am Steueraufkommen 29 % und des Kapitals 8 % .

Frage: Die Straßenkinder in den Großstädten Brasiliens machen auch hier häufig Schlagzeilen. Hätte ihre

Regierung Lösungsvorschläge gehabt?

Lula: Das Grundübel ist auch hier die Armut. Und die Probleme der Straßenkinder können nur durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse gelöst werden. Institute oder Stiftungen, wo die Straßenkinder ‚resozialisiert‘ werden sollen, helfen nicht wirklich. Wir haben in Brasilien ein Statut zum Kinder- und Jugendschutz, eines der schönsten Dokumente weltweit. Aber was nützt es, wenn das alles nur auf dem Papier steht? Solange es diese Armut gibt, haben wir keine wirkliche Demokratie. Denn Demokratie heißt nicht nur, das Recht zu haben zu schreien: Ich habe Hunger sondern das Recht zu haben, essen zu können.

Frage: Sehen sie in der Zukunft eine Perspektive für die Linke in Brasilien?

Lula: Brasilien gleicht einer Bombe mit verzögertem Zeitzünder. Die Regierung orientiert sich immer mehr am autoritären Regierungsziel des peruanischen Präsidenten Fujimori. Wenn die Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik weitermacht und die Armut nimmt zu, gibt es eine soziale Explosion in der Bevölkerung.

Peter Nowak

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

"Spätens in Kuba begreift ein politisch denkender Mensch, wie beschränkt der Begriff der demokratischen Menschenrechte ist, wenn dieser nicht mit sozialen Menschenrechten verbunden ist. ... Ich habe auf keiner Reise in ein Trikont-Land einen so hohen Standard an Bildung, Ernährung, gesundheitliche Versorgung erlebt wie in Kuba, in der Stadt wie auf dem Land. Diese soziale Wirklichkeit soll propagandistisch und materiell vernichtet werden, damit kein Trikont-Land mehr für soziale Emanzipation zu kämpfen wagt."

Jutta Dittfurth in "Junge Welt" vom 30.8.1994

Milch für Kubas Kinder

Wir bitten, unsere Solidaritätsspendenkampagne mit Spenden - auch durch Dauerauftrag - zu unterstützen. Spendenkonto-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder. Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht.

Cuba Si
Arbeitsgemeinschaft der PDS
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: (030) 28 409 - 455/- 456
Fax: (030) 28 409 409

Cuba Si

Cuba:

Was steht, was fällt, was ist neu?

María López Vigil

Übersetzung: Ulla Allgeier und Christian Neven-du Mont

Die cubanische Autorin ist Chefredakteurin der nicaraguanischen Zeitschrift *envío*. Der Artikel wurde erstmals veröffentlicht im *Wiwili-Info* 12/75. Wir bedanken uns bei den FreundInnen des Vereins zur Förderung und Mitgestaltung einer Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili (die ihn auch übersetzt haben) dafür, daß wir ihn in der *Cuba Libre* abdrucken dürfen.

Nach einem Jahr komme ich wieder nach Cuba zurück. Zurück nach Hause. Mein Land hat sich sehr verändert. Kurz nach der Ankunft in Havanna erzählt mir jemand einen der Witze, die zur Zeit im Schwange sind:

Fidel hat Pepito rufen lassen. Er streicht seinen Bart und fragt Pepito mit ernster Miene: »Pepito, ich weiß, daß du gut informiert bist, ich möchte, daß du mir die Wahrheit sagst, die reine Wahrheit...«

»Um was geht es, Comandante?«

»Also, Pepito, glaubst du, daß das hier fällt?«

Pepito schweigt und blickt zu Boden.

»Pepito! ich habe dich aufgefordert, mir die Wahrheit zu sagen, glaubst Du, daß das hier zusammenbricht?«

»Bueno, Comandante, die Wahrheit... die Wahrheit ist, es ist schon zusammengebrochen, wir wickeln hier bloß noch den Papierkram ab.«

Veränderungen und Herausforderungen

Die Revolution ist noch da. Aber Pepito ist dennoch gut informiert. Vieles ist zusammengebrochen in Cuba.

Das sozialistische Modell, an dem man seit 30 Jahren arbeitet, muß auf Elemente verzichten, die man für unverzichtbar hielt: das Gleichheitsprinzip, die Vollbeschäftigung, der Gigantismus und die Technifizierung der Staatsfarmen, ja die Staatsfarmen selbst, die Politik der Subventionen... Und die Sicherheit, sich auf die Mauern des Sozialismus stützen zu können, die unverrückbar schienen.

Um mit dem Fall dieser Mauern und mit seinen eigenen Ausrutschern zurechtzukommen, steckt Cuba heute tief im »Papierkrieg«, entschlossen, seine gesamte Wirtschaft umzukrempeln. Vieles wird anders: An allen Ecken wird gespart, Subventionen werden gestrichen, zum ersten Mal werden Steuern eingeführt, das Defizit im Staatshaushalt wird abgebaut, der Dollar und andere Devisen zirkulieren frei, kostenlose Leistungen werden gestrichen usw. usw. Es gibt auch tiefgreifende Strukturreformen: Staatsfarmen werden zu Genossenschaften, man darf sich selbständig machen, die gesamte Wirtschaft wird für ausländische Investoren geöffnet. Weitere Veränderungen stehen bevor: eine Reform des Tarif- und Arbeitsrechts, der Bestimmungen

über Unternehmensgründung und Immobilienerwerb.

Der »Papierkrieg«, um diese Reformen zu konkretisieren und umzusetzen, ist gewaltig und nimmt das ganze Land in Anspruch. Und weil Cuba alle diese Reformen verwirklichen und gleichzeitig zwei wesentliche Elemente seines sozialistischen Modells bewahren will, die auf keinen Fall zusammenbrechen dürfen - sein tiefverwurzelter Nationalismus und sein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit - wird die Lage noch komplizierter, aber auch interessanter. ★

Auch wenn es die anticubanische Propaganda nicht wahrhaben will, Cuba ändert sich gründlich und - was sie auch nicht sehen will - alle diese Veränderungen gehen mit einem hohen Maß an Regierbarkeit und sozialem Konsens einher. Wo die Propaganda vom Immobilismus eines Dinosauriers und von einem Dampfkessel spricht, der kurz vor der Explosion steht, spricht die Realität von einer zunehmend flexibleren Herangehensweise und von Ruhe.

Doch zweifellos ist der Wegfall des Alten ebenso wie das mit den Wirtschaftsreformen entstehende Neue für das politische System Cubas und für die revolutionäre Ideologie, die sich in dreißig Jahren entwickelt hat, eine ungeheure Herausforderung.

Von der Sicherheit zur Unsicherheit

Als die Welt des Kalten Krieges einstürzte, fiel Cuba der Himmel auf den Kopf. Zu sehr hatte man auf die Bipolarität der Welt vertraut.

Die alte Weltordnung - nachdem einmal die USA ihre Feindschaft formalisiert hatten - hatte es Cuba ermöglicht, ein sehr gefährliches aber erfolgreiches Spiel zu spielen. Mitten in der Dritten Welt und vor der Nase der Hegemonialmacht der Ersten Welt war es ihm gelungen, sich einen ausreichenden Anteil am Surplus der Zweiten Welt zu sichern, um seine Transformation, seine soziale Entwicklung, seinen wirtschaftlichen Take-Off, seine Zukunft zu sichern. Und seine Souveränität. Bei diesem Spiel errang die cubanische Nation einen großen Sieg: es gelang ihr, die USA aus der innenpolitischen Szene zu eli-

minieren, wo sie vorher die Hauptrolle gespielt hatten, und sie auf die Rolle einer äußeren Bedrohung zu beschränken, die sie bis heute darstellen.

Das politische Genie Fidel Castro wußte die hohe Anerkennung, die er im Land selbst genoß, geschickt mit der Rolle eines Protagonisten auf der internationalen Bühne zu verknüpfen und brachte die Sowjetunion dazu, auf der kleinen Insel Cuba dreißig Jahre lang große Mengen von Kapital und Technologie zu investieren. Mit diesen Inputs und dank der Intelligenz der Cubaner entstand ein neues Cuba. Das ist nicht wenig. In den anderen lateinamerikanischen Ländern ist der wirtschaftliche Take-Off und die Entwicklung, von der heute alle reden, nicht mehr als ein flüchtiges Versprechen von Politikern im Wahlkampf. In keinem lateinamerikanischen Land gibt es so solide Grundlagen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung wie in Cuba.

Ein brillanter politischer Schachzug

Die Insel füllte sich allmählich mit Fabriken, Straßen und Schulen, mit Krankenhäusern, Sportplätzen, Stauseen und Universitäten, die Landwirtschaft machte Fortschritte und 95% der Cubaner verfügten über Elektrizität. Maschinen humanisierten die Landarbeit. Die Lebenserwartung stieg von 58 auf 76 Jahre. Bildungs- und Gesundheitswesen waren allen zugänglich und verbesserten sich von Tag zu Tag. Medizin und Biotechnologie lieferten bahnbrechende Forschungsergebnisse. Stadt und Land entwickelten sich und der erarbeitete Reichtum kam allen zugute. Vieles lag noch im Argen und es wurden viele Fehler gemacht, doch auch die Fortschritte waren zahlreich.

Es standen auch noch Ressourcen zur Verfügung, die es Cuba erlaubten, uns zu zeigen, wie schön die Solidarität ist. Tausende von cubanischen Ärzten schwärmten in die gesamte Dritte Welt aus, tausende Jungen und Mädchen durften gratis in Cuba studieren. Tausende cubanischer Soldaten halfen mit, Namibia, Angola und Südafrika zu befreien.

Das Spiel Cubas mit der UdSSR auf dem Schachbrett des Kalten Krieges war brillant: ohne ein solches Wagnis

hätte es einem so kleinen Land nie gelingen können, in diesem Umfang Infrastruktur und Humankapital zu akkumulieren. Derartig enge wirtschaftlichen Bindungen an die UdSSR machten allerdings eine harmonische bzw. autonome Entwicklung unmöglich und verstießen ab einem bestimmten Zeitpunkt gegen die Gebote der Vernunft. Verhängnisvoll war, daß es sich um ein Spiel in einer sehr spezifischen weltpolitischen Situation handelte, dessen Erfolg von den - unbestrittenen - Fähigkeiten des Spielers Fidel Castro abhing. Die Seriosität des anderen Spielers, der UdSSR, als politischer, ökonomischer und militärischer Verbündeter, wurde von niemandem in Frage gestellt. Wie Raúl Castro jedoch vor kurzem in einem Interview einer mexikanischen Zeitung enthüllte, hat die UdSSR schon 1980 unter dem Siegel diplomatischer Geheimhaltung Cuba wissen lassen, daß sie keinen Finger rühren würde, wenn es zu einer Konfrontation zwischen Cuba und den USA käme. Er und Fidel hätten diese Information strikt geheimgehalten, doch die gesamte cubanische Militärdoktrin sei daraufhin geändert worden. Nicht mehr nur ein großes Waffenarsenal und ein gewaltiges, gut ausgerüstetes Heer sollten die USA von einem Angriff abschrecken. Im wesentlichen verließ man sich auf die Widerstands- und Kampfkraft aller Cubaner in dem, was bis heute als »Krieg des ganzen Volkes« bezeichnet wird.

Embargo, Blockade

Wenn die UdSSR sich auch als militärischer Verbündeter drückte, schienen sie doch ökonomisch und politisch ein verlässlicher Verbündeter zu sein. Allerdings enthielten die Postulate der Perestroika schon 1985 eine unmißverständliche Botschaft für Cuba: Wenn die sowjetische Wirtschaft sich am Maßstab der Rentabilität und Effizienz und an der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt orientieren wollte, müßte sie ihre internen Subventionen und auch ihre Auslandshilfe zusammenstreichen. Die cubanische Revolution hatte sich gerade in einen Prozeß der *rectificación* gestürzt, der mit ideologischen Losungen wirtschaftliche Produktivität mobilisieren sollte. Das cubanische Schiff fuhr in eine Richtung, die der des sowjetischen Verbündeten dia-

metral widersprach. Etliche cubanische Wirtschaftswissenschaftler sind der Ansicht, daß der Prozeß der *rectificación*, der sich auf die Ideologie stützte und ökonomische Gesetzmäßigkeiten mißachtete, die Ineffizienz nicht beseitigte und Cuba fünf Jahre Zeit kostete, die nötig gewesen wären, um sich auf die neuen Realitäten der Wirtschaft einzustellen.

Das Spiel hatte sich so lange hingezogen, daß die revolutionäre Führung den strategischen Irrtum beging, es mit der Realität zu verwechseln. Als die Berliner Mauer fiel und die UdSSR sich auflöste, stürzten Tisch und Spielbrett um, und es wurde Zeit, nüchtern Bilanz zu ziehen. Cuba kehrte zu seiner Realität zurück. Es ist weiterhin ein Land der Dritten Welt, auch wenn es in Teilbereiche der Ersten Welt vorgedrungen ist, z.B. mit seinem Gesundheitswesen. Vor allem kehrte Cuba zu den bedrohlichen Aspekten seiner Realität zurück. Zwar hatte sich die Welt geändert, aber nicht die Weltkarte. Cuba liegt immer noch 90 Meilen von den USA entfernt und steht ihnen allein gegenüber. 600 hochentwickelte Jagdbomber können Havanna in Sekundenschnelle erreichen.

Was die Cuba-Politik der USA betrifft, ist es müßig, sich zu streiten, ob es sich um ein Embargo oder um eine Blockade handelt, ob Torricelli oder Helms. Es geht um eine hundertfünfzigjährige Geschichte, in der ein großes Imperium ständig mit allen Mitteln versucht hat, sich eine kleine Insel einzuverleiben. In der »neuen« Weltordnung bedroht der Appetit des Nordens Cuba stärker als je zuvor, erst recht nach der Herausforderung, die 36 Jahre nationaler Würde für das Imperium bedeutet haben.

Heute ist Cubas äußere Sicherheit zusammengebrochen. Aus der schützenden Wärme der bipolaren Welt des Kalten Krieges geriet es in die kalten Stürme der unipolaren Welt, wo es nicht wie vorher spielen kann, während sich die Position des Spielers USA noch verbessert hat. In Cubas heutiger Lage ist dies das kritischste Element, dessen Einfluß bei allen Reformen deutlich wird.

Von der Isolation zur Öffnung

Das Verschwinden der UdSSR war für Cuba so traumatisch und uner-

wartet, daß fast drei Jahre vergingen, bis die revolutionäre Führung adäquat reagierte. Obwohl schon 1990 alles Wesentliche Vergangenheit war, das Ende jener Welt und jenes Spiels, schien Cuba das, was auf der Insel vorging, als Versorgungskrise zu interpretieren, auf die man mit punktuellen Notstandsprogrammen reagierte. Mit Pflästerchen. Während die gesamte Wirtschaft in sich zusammenfiel, wurde eine »Sonderperiode« (período especial) verkündet, und die Bevölkerung wurde aufgefordert, »Widerstand zu leisten«. »Wir waren wie jemand, den man mit einem Zaunpfahl auf den Kopf gehauen hat, und der dann eine Zeitlang benommen ist«, hat Fidel Castro später diese Etappe beschrieben.

Vielleicht hat die Selbstzufriedenheit des Systems diese »Zeitlang« und diese »Benommenheit« über Gebühr lange dauern lassen, da es nicht in der Lage war, die ganze Gesellschaft in die Suche nach Lösungsmöglichkeiten einzubeziehen, nicht bereit war, auf Forderungen und Reformvorschläge aus der Bevölkerung einzugehen. »Alles was wir seit Ende '93 gemacht haben, hätten wir schon 1990 tun können und wir hätten uns viel Demoralisierung und Demobilisierung erspart, einschließlich der Boat-

People«, erklärt mir im Brustton der Überzeugung ein cubanischer Wirtschaftswissenschaftler. Erst im September 1993 wurde in der Landwirtschaft eine tiefgreifende Reform eingeleitet als Antwort auf eine tiefgreifende Krise, die mehr als Flickwerk verlangte. Anfang '94 begann man mit Strukturreformen im Finanzsektor.

Die gleichen Wirtschaftswissenschaftler, die diese große Verspätung kritisieren, sie als »dramatisch« bezeichnen und denen die Maßnahmen, die heute ergriffen werden, vielleicht zu langsam und nicht konsequent genug sind, betonen, daß man seit Ende 1994 davon ausgehen könne, daß das neue Cuba mittlerweile über eine kohärente wirtschaftspolitische Strategie verfügt und daß es nicht zwangsläufig zu neuen Krisen kommen muß. Daß es keine Flecken mehr geben wird, sondern ein neues Kleid. Die Strategie ist allerdings nie ausdrücklich verkündet worden und wird vielleicht auch nie in diesem Sinn offiziell. Ihr Gesicht wird sich in all den Maßnahmen und Reformen zeigen, die nach und nach entworfen werden. Mit den Worten der Wirtschaftswissenschaftler: »Die politische Entscheidung, eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie zu entwerfen, impliziert, daß man sich des

ganzen Ausmaßes der Krise bewußt ist. Was bis jetzt getan worden ist, zeigt, daß Cuba der Krise mit einer nationalistischen Perspektive entgegentreten will und einer Perspektive, die von den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgeht«.

Heute gibt es in Cuba mehr Optimismus und Entspannung. Es gibt ein Aufatmen. Man sieht mehr lächelnde Gesichter. Vor einem Jahr war die Verkrampfung noch überall zu spüren: »Sie sagen uns, daß der Tunnel lang ist und dann machen sie uns alle Lichter aus!«. Heute wissen und spüren viele, der eine mehr, der andere weniger, daß mit den Reformen der Tunnel kürzer wird und daß es am Ende wieder Licht gibt.

...
Der Artikel wird fortgesetzt in der nächsten Ausgabe der Cuba Libre. Das Wiwili-Info mit dem vollständigen Artikel kann gegen DM 3.— in Briefmarken bestellt werden bei: Verein für Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili e.V. Bärenweg 25, D-79110 Freiburg.

Das neue Investitionsgesetz - Droht der Ausverkauf der cubanischen Wirtschaft?

Internationale Investoren setzen derzeit alle Hebel in Bewegung um durch Joint-ventures von der wirtschaftlichen Öffnung Cubas zu profitieren. In den vergangenen Monaten gaben sich unzählige ausländische Unternehmen, darunter 65 US-Amerikaner, die Türklücken der verschiedenen Ministerien in die Hand. Auch die internationale Messe in Havanna platze Anfang November aus allen Nähten: 1701 Unternehmen aus 52 Ländern, darunter Daimler Benz mit einem der größten Stände, waren vertreten. Den Hintergrund des runs auf den cubanischen Markt bildet das Gesetz Nr. 77, das neue Investitionsgesetz, welches am 5. September von der Nationalversammlung einstimmig verabschiedet wurde.

Durch das Gesetz werden internationalen Kapitalanlegern weitrei-

chende Erleichterungen zugestanden:

a) Die Beschränkung auf 49% der Anteile an den Joint-ventures, die für den ausländischen Partner bis dato vorgesehen war, entfällt. Denkbar sind nun Beteiligungen von bis zu 100%.

b) Der Gesetzestext sieht außerdem die Öffnung aller produktiven Wirtschaftssektoren für ausländische Investitionen vor. Allein der Bildungssektor, das Gesundheits- und Verteidigungswesen werden von ausländischen Investitionen unberührt bleiben. Nach langem Zögern werden damit dringend benötigte Investitionen in der Landwirtschaft und mit ihr die Zuckerindustrie zugelassen, um auf diesem Wege Ressourcen für den erhofften Produktionsanstieg zu mobilisieren.

STÄDTEPARTNERSCHAFT



Raubbau an der Natur bedroht die Lebensgrundlagen der bäuerlichen Bevölkerung in Nicaragua. Der Städtepartnerschaftsverein fördert die Ausbildung in umweltgerechten Anbaumethoden, Erosionsschutz und Wiederaufforstung.

Nähere Informationen bei:
Städtepartnerschaftsverein
Freiburg-Wiwili e.V.
Bärenweg 25
79110 Freiburg
Tel.: 0761 800 698
Spendenkonto:
229 871 756, Postbank
Karlsruhe, BLZ 660 100 75
Spenden können als
gemeinnützig steuerlich
abgesetzt werden.

FREIBURG - WIWILI

c) Darüber hinaus sieht das Gesetz Nr. 77 die Gründung von Freihandelszonen sowie die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für Auslandsinvestitionen vor. Die Behörden sind nun gehalten die Anträge innerhalb einer zweimonatigen Frist zu bearbeiten, ihnen zuzustimmen bzw. diese abzulehnen.

d) Auch der von potentiellen Investoren, so z.B. aus Japan, wiederholt geforderte Erwerb von Immobilien ist in dem Gesetzestext verankert worden.

Ergänzt werden diese wichtigsten Neuerungen durch die Zusicherung der freien Ein- und Ausfuhrrechte und umfassender Garantien gegen Enteignungen. Auch Investitionen von exilcubanischer Seite steht nun, nach langen Debatten, nichts mehr im Wege. Zudem sollen auch den in Cuba ansässigen Cubanern in naher Zukunft Investitionen in die nationale Wirtschaft gestattet werden. Der freie Gewinntransfer und die 30%ige Gewinnbesteuerung bleiben, wie schon im ersten Investitionsgesetz von 1982 fixiert, unverändert.

Die ursprünglich vorgesehene breite Legalisierung von direkten Anstellungsverträgen für die cubanischen Joint-venture-Arbeiter und deren Entlohnung in Devisen wurde jedoch gestrichen. Allein in Ausnahmefällen wird die cubanische Regierung autorisiert dem Abschluß direkter Anstellungsverträge zuzustimmen. Somit bleibt es in der Regel bei der Personalvermittlung durch eine staatliche Agentur an die Gemeinschaftsunternehmen. Letztere können sich aus einem 'Arbeiterpool', die für sie interessanten Mitarbeiter auswählen, welche bei der staatlichen Agentur vertraglich gebunden sind, von dieser in cubanischen Peso entlohnt werden und somit faktisch einen »Leiharbeiterstatus« haben. Die staatliche Arbeitsvermittlungsagentur läßt sich vom Joint venture hingegen die Löhne ihrer Angestellten in US-Dollar auszahlen und macht dabei einen guten Schnitt.

Ein Grund für die Beibehaltung der indirekten Anstellungsverträge ist, daß der kubanische Staat nicht auf die Einnahmen der Agentur verzichten kann oder will. Der andere und wahrscheinlich entscheidende Grund ist die Befürchtung durch die direkten Anstellungsverträge an Kontrolle innerhalb des Arbeitsprozesses einzu-

büßen und der Kommerzialisierung des Arbeits- und öffentlichen Lebens mit den negativen Effekten auf die sozialistische Moral zuzustimmen.

Nach internationalen Einschätzungen könnte dieser Gesetzestext einen grundlegenden Wandel des cubanischen Wirtschaftssystems einläuten, da ein Investitionsschub erwartet wird, der eine Zunahme ausländischer Akteure auf dem Binnenmarkt und die forcierte Deregulierung der Besitzverhältnisse nach sich ziehen kann (Nachrichten für den Außenhandel 07.09.1995).

Trotz der zuguterletzt einstimmigen Verabstimmung der Gesetzesvorlage war die Parlamentsdebatte äußerst lebhaft. Befürchtungen eine schleichende Verkapitalisierung der cubanischen Gesellschaft in die Wege zu leiten waren laut geworden. Die Wochenzeitung »Tribuna« nahm den Diskussionsstrang auf, verteidigte letztendlich aber das Gesetz mit den Worten: »Cuba ist entschlossen, nicht zum Kapitalismus zurückzukehren. Auch wenn es paradox scheint: dieses neue Gesetz ist zwar dem sozialistischen Ideal nicht zuträglich, aber für sein Überleben notwendig.«

Ob mit der Gesetzesverabschiedung der Ausverkauf der cubanischen Wirtschaft bevorsteht, werden die nächsten Monate zeigen. Entscheidend ist wie die offiziellen Stellen diese neuen Möglichkeiten handhaben: ob sie in Ausnahmefällen einer Überschreibung von nationalem Eigentum zustimmen, oder ob es zur Regel wird. Zu achten hat die Regierung beziehungsweise das Exekutivkomitee des Ministerrats, welches jeder Investition über die Summe von 10 Millionen US-Dollar zustimmen muß und somit über jeden größeren Verkauf nationalen Eigentums entscheidet, dabei auch auf die Reaktion der Bevölkerung. Stellt der Immobilienverkauf das politische Selbstverständnis großer Bevölkerungsteile in Frage, welches auf der nationalen Unabhängigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht beruht, oder nicht?

Wie verhalten sich die älteren Cubaner, die sich noch an die vorrevolutionäre Zeit erinnern können und damit an die massive Abhängigkeit vom ausländischen Kapital? Brechen alte traumatische Ängste in eine erneute Abhängigkeit vom ausländischen Kapital zu geraten auf?

Die cubanische Regierung sollte in der Praxis sorgfältig abwägen, ob die

eventuell eintretenden Kosten, der Verlust von Legitimation, den Nutzen verstärkter Auslandsinvestitionen im Binnensektor rechtfertigen.

Knut Henkel

Vom Verfasser des vorliegenden Artikels wird in den nächsten Wochen beim Hamburger LIT-Verlag eine detaillierte Untersuchung über den cubanischen Transformationsprozeß der letzten Jahre mit dem Titel »Kuba zwischen Plan und Markt. Die Transformation zur 'dualen Wirtschaft' seit 1985« erscheinen.

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, z.B.:

- * Druckindustrie
- * Textilindustrie
- * Ernährung
- * Industriegase
- * Landwirtschaft
- * Gesundheitswesen
- * Stadtreinigung

Wer schafft die Ersatzteile nach Cuba?

Wir suchen ständig Cuba-FahrerInnen, die bereit sind, Briefe und Ersatzteile für Betriebe und Institutionen in Havanna im Handgepäck mitzunehmen. Voraussetzungen sind lediglich: etwas Zeit, einige Sprachkenntnisse und Engagement. Bitte meldet Euch bei uns.

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax (061 51) 6 40 66
E-Mail: Taller@link-f.comlink.de

Taller
de la
solidaridad

Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60
Konto 48 78 02-603

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

Termine

Sol y Son

Die schönste Fiesta, die wir je auf einem Treffen der Cuba-Solibewegung hatten, verdanken wir der Gruppe Sol y Son aus Camaguey. Son y Sol bietet eine breite Palette von traditioneller cubanischer Musik, wie Cha-Cha-Cha, Rumba, bis zum Bolero.

Mit dem Erlös ihrer Tournee unterstützen die Musiker die Kinderklinik (Pediátrico) und ein Waisenhaus in Camaguey. Im letzten Jahr konnten Sie immerhin Spenden im Wert von 30.000 DM mit nach Camaguey nehmen.

Die 5 Musiker kommen im nächsten Jahr vom 10. Mai bis 30. August wieder zu uns. Eine Demokassette und eine Broschüre gibt es bei

ALEKO e.V.
Carmen Negriolli-Fritsche
Carlos Cruz-Martinez
Bergfeldstr. 18
76 516 Malsch
Tel: 07204-268



Sonoc de Las Tunas

In Zusammenarbeit mit dem ICAP in Cuba werden die sieben Musiker der Gruppe Sonoc de las Tunas, aus dem Osten Cubas, bis Juli in Deutschland

bleiben. Sie mischen rein traditionelle mit den Techniken moderner cubanischer Musik. Im Vordergrund stehen außergewöhnliche Vokalarrangements. Zum Reinhören gibt es eine Demokassette, die allerdings noch kaum erahnen läßt, was SONOC auf der Bühne bietet.

Kontakt: Sonoc c/o Ana Rosa Martin
Schillerstr. 19
64 569 Nauheim
Tel: 06152-69 953
Fax: 06152-64 986

Santiago de Cuba Guantanamo Cubasolar Jun 3-7 . 96

Als Folgetreffen der Internationalen Konferenz über Solar- und Windenergie, die 1994 in Havanna stattfand, wird 1996 die internationale Tagung »Cubasolar '96« in Santiago und Guantánamo organisiert.

Im Rahmen dieser Veranstaltung soll der Meinungs austausch auch direkt »vor Ort« stattfinden, u.a. bei Besuchen von (Solar-)Anlagen des Solarforschungszentrums CIES.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen sollen ausgetauscht werden unter dem Gesichtspunkt, daß Cuba die Chance einer gleichberechtigten und nachhaltigen Entwicklung erhält.

Mehr Informationen über:

KarEn

Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V.
Weydingerstr. 14 - 16, D-10178 Berlin;
Tel.030-28409470, Fax 030-28409502

Joaquin Baquero

Der cubanische Schriftsteller, der bereits zwei Romane in deutscher Sprache veröffentlicht hat, wird diesen Monat einen zweisprachigen Gedichtband (spanisch-deutsch) veröffentlichen. Anschließend wird er seine Bücher in einer Lesereise präsentieren. Die Lesungen sind in spanisch und deutsch und durch die lebendige Präsentation mit Musik und Tanz immer eine Attraktion.

Kontakt: Distel Verlag
Sonnengasse 11
74072 Heilbronn
Tel: 07131-982150

Lesung aus den Werken Jose Martis

Im Jahr 1995, dem 100 Jahre nach dem Tod Jose Martis, fanden bereits in einigen Orten Lesungen und Matineen statt um Leben und Werk Jose Martis auch bei uns bekannter zu machen. Wie bereits bekannt, hat die Aa-

chener Gruppe der Freundschaftsgesellschaft ein spannendes Buch mit Briefen, Texten und Gedichten Jose Martis und geschichtlichen Hintergrundinformationen zusammengestellt.

Um diese Arbeit fortzuführen und lebendig werden zu lassen, bieten die Aachener FreundInnen interessierten Gruppen an, ihre Erfahrungen und Ideen für Veranstaltungem weiterzugeben. So können ReferentInnen vermittelt werden, wie z.B. Hans-Otto-Dill, DER bekannteste Marti-Kenner und Übersetzer hierzulande.

Kontakt über:

Eva Hacker

Eynattener Str. 24a

52064 Aachen

Tel: 0241-77 227 Fax 0241-71 057

Falls ihr weitere Informationen über Aufenthalte von cubanischen KünstlerInnen habt, bitte ans Netzwerk oder direkt an Siga Luthner, Isartalstr. 44, 80 468 München, Tel& Fax: 089/7256 177, email:

s.luthner@amazonas.comlink.apc.org schicken.

TERMINE:

Sonoc de Las Tunas:

Freitag, 26. Januar: Alte Mälzerei, Regensburg, veranstaltet von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Regensburg

Samstag, 27. Januar: »Carnaval latinoamericano« StudentInnenhaus Heilig-Geist, Hans-Sachs-Platz 2 in Nürnberg, im Rahmen der Lateinamerika-woche.

Freitag, 19. Februar: Kulturzentrum Eichberg in Eltville (bei Wiesbaden)
TIP: Bei 2001 gibts unter dem Label BAILA MI RITMO endlich cubanische Musik aus CUBA und nicht nur aus Miami oder New York. In Zusammenarbeit mit der cubanischen Plattenfirma EGREM und der Künstlerorganisation ARTEX haben die Frankfurter zumindest musikalisch einen Blockadebrecher gelandet. Die CD »Cien Lindas Cubanas« enthält die musikalischen Highlights des ersten Frauen-Salsa-Festivals in Havanna. Dabei sind Gruppen wie CANELA und SON DAMAS die sich auch hierzulande bereits auf Tourneen einen Namen gemacht haben. »Clasicos de Cuba« spannt den Bogen von den Ursprüngen des Mambo, der Rumba bis zu den heutigen Top-Stars N.G. La Banda.

email

Ankündigung: Ein Schritt weiter in der Vernetzung der Cuba-Solidarität

Ab Dezember 1995 wird es ein bundesweit erreichbares Mailbox-Diskussions und Informationsverbreitungsforum zu Cuba geben.

Ab Dezember können wichtige Informationen über Cuba in deutscher, englischer und spanischer Sprache über electronic-mail bezogen werden. Hierzu haben wir bei ComLink ein sogenanntes Brett zu Cuba einrichten lassen.

Dieses Brett heißt:

\CL\MITTELAMERIKA\CUBA

Das Bedürfnis zur Einrichtung des Brettes entstand daraus, Informationen zu Cuba, vor allem in deutscher Sprache, schneller austauschen zu können. Hierbei denken wir an politische Beiträge, aber auch um eine rege und effektive Verbreitung von regionalen und lokalen Aktivitäten zu Cuba in der BRD. Wenn es denn so funktioniert, wie wir uns das vorstellen, kann über dieses Brett erfahren werden, was z.B. im Monat Januar in Tübingen oder in Brückköbel für Veranstaltungen zu Cuba stattfinden sollen oder welche cubanische Band, die sich gerade in der BRD befindet, wann und wo spielt. Weiterhin können über das Brett Flugblätter oder politische Beiträge schnell und effektiv bundesweit ausgetauscht werden. Voraussetzung für all diese Ideen ist, daß jede und jeder der/die was zum Thema zu sagen hat, sich an Diskussionen im Brett beteiligt oder über Leute, die einen e-mail Zugang haben, ihre oder seine Informationen in das Brett stellen lassen.

ComLink ist eine nichtkommerzielle Mailbox-Struktur, die aus der Umwelt- und linksalternativen Bewegung entstanden ist. Z. Zt. gibt es über 200 Mailboxen über die BRD verteilt. Ihr Erkennungszeichen ist meist die Bezeichnung LINK (z.B. LINK-K für die Link-Mailbox in Köln) in der Adressierung. Die Idee dieses Mail-

box-Verbandes ist es, weiterhin Telefonkosten zu sparen, da der einzelne Teilnehmer oder Teilnehmerin bei einer Mailbox in seiner oder ihrer Stadt oder Umgebung anruft. Dabei entstehen oftmals nur Telefonkosten in Höhe eines Ortsgesprächs. Durch eine Adressierung an ein Brett oder an einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin und die ständige Kommunikation und durch den Datenaustausch der Mailboxen innerhalb des Mailboxverbandes, ist es gewährleistet, daß die verschickte Information entweder schon Stunden später in der ganzen BRD verfügbar, oder eine persönliche Nachricht von einem zum anderen TeilnehmerIn weitergeleitet ist.

Zur Teilnahme an einer Mailbox ist ein PC, ein Modem und eine Telefonleitung erforderlich. Die Telefonnummer der Link-Mailbox kann meist vor Ort erfragt werden. Weitere Informationen können auch bei folgenden Adressen erfragt werden:

Netzwerk Cuba

Reuterstr. 4453 113 Bonn

Tel&Fax: 0228-24 15 05 (Telefon

Montags 17 bis 20 Uhr)

email: cubared@link-k.gun.de

Medienladen München, Uwe Nischwitz

FG Gruppe München

email:

u.nischwitz@amazonas.comlink.a

pc.org Tel: 089/7256 177

Wir planen eine Liste der interessierten Gruppen/Personen aus der Cuba-Solidarität zu erstellen und zu veröffentlichen, die bereits über einen email-Anschluß verfügen. Schickt doch bitte eine kurze mail an: u.nischwitz@amazonas.comlink.apc.org

aus der FG

21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. am 3.-5.11.1995 in Aachen

Kurzbericht von Christa und Sabine, Gruppe Nürnberg ★

Zur diesjährigen BDK kamen ca. 40 Mitglieder aus 12 verschiedenen Regionalgruppen. Als Gast willkommen war Marcelino Medina, Botschaftsrat in Berlin, der uns eine Grußadresse von Sergio Corrieri überbrachte. Wir begrüßten diesen offiziellen Vertreter Cubas herzlich.

Der Bundesvorstand informierte uns in einem mehrteiligen Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit:

- Durch enorme Anstrengungen gelang es ihm, finanzielle Schwierigkeiten der FG in den Griff zu bekommen, so daß man von der Tendenz her sagen kann, daß die Finanzen saniert sind.
- Der Umzug der Geschäftsstelle wurde geschafft.
- Die Zeitschrift der FG, die Cuba Libre, erschien regelmäßig mit inhaltlich interessanten Artikeln.
- Der Reisesektor wurde neu aufgebaut - neuer Partner ist Vacancia-Reisen in Aachen. Derzeit gibt es zeitweise mehr Interessenten als Flüge, der Vorstand versucht

durch Verhandlungen, das Flugkontingent aufzustocken, um alle Reiseanfragen erfüllen zu können.

-Die Brigade José Martí fand 1995 mit 18 TeilnehmerInnen statt.

-Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge sind in etwa gleich geblieben, es gab aber eine Reihe besonderer Ausgaben in diesem Jahr, die teilweise durch den Umzug fällig geworden waren.

Es war ein Jahr intensiver Arbeit gewesen, um »Altlasten« aufzuarbeiten und Neues aufzubauen. Es ist anerkennenswert, wie die Vorstandsmitglieder den Erhalt der FG gesichert haben. Die anschließende Diskussion über die Rechenschaftsberichte und die Weiterarbeit der FG war geprägt durch den Willen, nach der Phase der Konsolidierung wieder verstärkt zu inhaltlicher Arbeit zu gelangen.

Als Ziel wurde u.a. genannt, den bundesrepublikanischen Politikern, die sich an der Blockade angeblich nicht beteiligen, auf die Füße zu tre-

ten. Die FG sollte nicht einer vorgegebenen Diskussion, z.B. zum neuen Investitionsgesetz, aufspringen, sondern muß eigenständig hier im Land Politik machen. Erinnert wurde auch wieder an die Nichteinhaltung der Verträge der DDR mit Cuba.

In der Diskussion wurde auch die Erwartung geäußert, daß der Vorstand den einzelnen Gruppen durch eine klare politische Intention Unterstützung gibt, mit dem Ziel wieder öffentliche Großaktionen anpacken zu können. Da wurde klargestellt, daß erstmal kleine Brötchen gebacken werden müssen, daß die Geschäftsstelle wieder instandgesetzt werden muß, und einzelne Gruppen wieder aktiviert werden müssen.

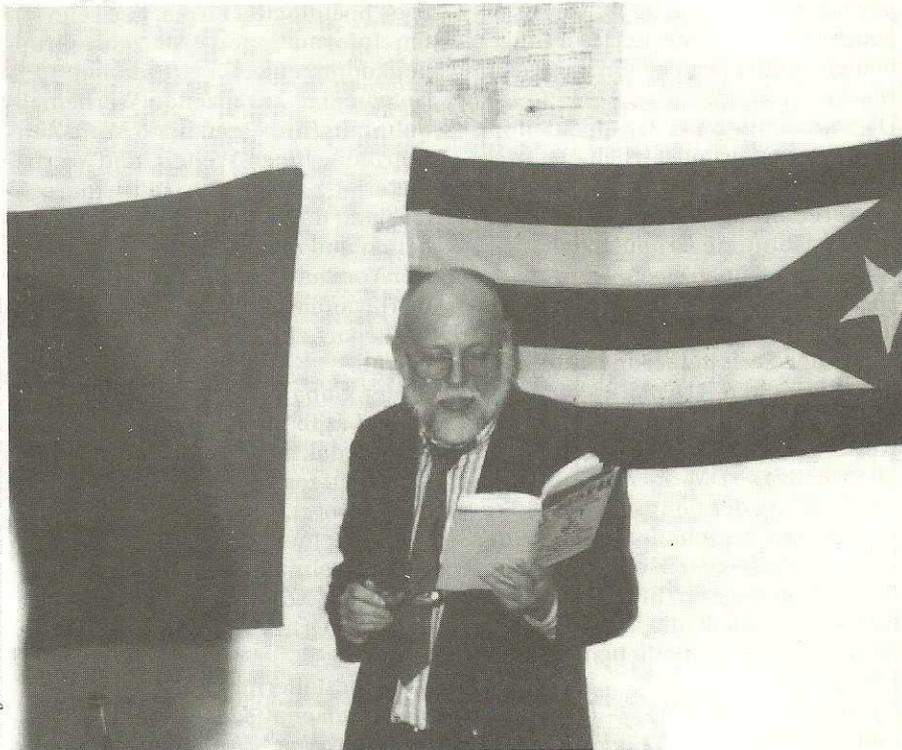
Vorstandswahlen

Da vier Mitglieder des bisherigen Vorstands zurückgetreten sind, wurde eine Nachwahl nötig. Nur ein neues Vorstandsmitglied stellte sich zur Verfügung und konnte gewählt werden. Damit wurde klar, daß alle Wünsche und Anforderungen an den neuen Vorstand danach bemessen werden müssen, daß die FG nunmehr nur einen »Rumpfvorstand« von 6 aktiven Mitgliedern hat. Das bedeutet, daß er Unterstützung durch die Mitglieder und aktiven Gruppen dringend braucht.

Anträge

Neben anderen Anträgen zur Satzung ging es auch um die Höhe der Mitgliedsbeiträge. Mit großer Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Mitgliedsbeiträge nach langer Zeit einmal zu erhöhen und den gestiegenen allgemeinen Kosten anzupassen.

Einstimmig wurde ein von unserer Gruppe eingebrachter Antrag beschlossen, der beinhaltet, sich stärker der Arbeit mit der deutschsprachigen Granma anzunehmen.



Prof. Dill über das Werk Martí's Foto: Karin

Anträge

Satzung

»Die gültige Satzung der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V., beschlossen am 16.10.1994, eingetragen im VR des Amtsgerichts Köln, Nr. 9906, wird wie folgt ergänzt:

1.: »§ 10 Die Bundesdelegiertenkonferenz

... Sie ist mindestens einmal jährlich unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung und Wahlordnung einzuberufen.«

wird wie folgt ergänzt:

»§ 10 Die Bundesdelegiertenkonferenz

... Sie ist mindestens einmal jährlich unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung und Wahlordnung schriftlich einzuberufen.«

2.: »§ 11 Bundesvorstand«

wird wie folgt ergänzt:

»5) Der Bundesvorstand ist berechtigt, Satzungsänderungen vorzunehmen, die vom zuständigen Amtsgericht oder vom zuständigen Finanzamt verfügt oder angestrengt werden, soweit sie dem Vereinszweck nicht widersprechen. Diese Satzungsänderungen werden der Mitgliedschaft umgehend in geeigneter Form mitgeteilt.«

»Die gültige Satzung der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V., beschlossen am 16.10.94, eingetragen im VR des Amtsgerichts Köln, Nr. 9906, wird wie folgt geändert:

bisherige Fassung:

«§ 7: Beitrag

Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten, dessen Höhe die Bundesdelegiertenkonferenz bestimmt. Darüberhinaus kann jedes Mitglied höhere Beiträge zahlen. Der Beitrag ist monatlich im Voraus zu zahlen. Er kann monatlich, viertel-, halb- oder jährlich gezahlt werden und wird in der Regel durch Lastschrift eingezogen. Gezahlte Beiträge werden durch Jahresquittungen bestätigt.»

gestrichen wird:

2 x 'monatlich', so daß der entsprechende Passus lautet: '..... Der Beitrag ist im Voraus zu zahlen. Er kann viertel-, halb- oder jährlich gezahlt werden...'

Beitrags- und Finanzordnung

1. Beitragsverfahren

»Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten, dessen Höhe die Bundesdelegiertenkonferenz bestimmt. Darüberhinaus kann jedes Mitglied höhere Beiträge zahlen. Der Beitrag ist im Voraus zu zahlen. Er kann viertel-, halb- oder jährlich gezahlt werden und wird in der Regel durch Lastschrift eingezogen. Gezahlte Beiträge werden durch Jahresquittungen bestätigt.« (§ 7 der geänderten Satzung, beschlossen am 05.11.95)

2. Beendigung der Mitgliedschaft

»Die Mitgliedschaft kann durch den Bundesvorstand für beendet erklärt werden, wenn das Mitglied länger als drei Monate mit seinem Beitrag im Rückstand ist und Stundung nicht beantragt hat.« (§ 3 der Satzung, beschlossen am 16.10.94)

3. Widerruf der Bankeinzugsermächtigung durch das Mitglied

Ein einseitiger Widerruf der Bankeinzugsermächtigung (BEZ) des Mitglieds ohne Kündigung der Mitgliedschaft ist 4 Wochen vorher der Bundesgeschäftsstelle schriftlich mitzuteilen. Andernfalls trägt das Mitglied die Bearbeitungskosten des Kreditinstituts.

4. Gruppenkontingente

Aktive Gruppen erhalten auf Antrag in einer jährlichen Abrechnung 10% des Beitragsaufkommens der Mitglieder ihrer Regionalgruppe. Voraussetzung hierfür ist die per Quittungen belegte Aktivität über ein Jahr (Jahresabrechnung).

Die Auszahlung der Gruppenkontingente erfolgt grundsätzlich erst rückwirkend nach Eingang der o.g. Jahresabrechnung. Dies gilt auch für neu konstituierte Gruppen.

5. Beitragshöhe

Die 21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz stellt fest, daß angesichts der Preissteigerungsrate in allen Bereichen (Druck-, Vertriebs, Porto- allgemeine Verwaltungs- und weitere Kosten) der bisherige Mitgliedsbeitrag (DM 3,- / 10,-) für die Bewältigung der politischen und verwaltungstechnischen Aufgaben der Freundschaftsgesellschaft nicht mehr angemessen und haltbar ist. Daher beschließt die 21. BDK eine Anhebung der monatlichen Mindestbeitragsätze

* von DM 3,- auf DM 5,- (ermäßigt) und

* von DM 10,- auf DM 13,- (Normalbeitrag).

Diese Beitragsangleichung tritt am 1. April 1996 in Kraft.

6. Änderungen der Beitragssätze

Wie in § 7 der Satzung festgelegt, bestimmt die Bundesdelegiertenkonferenz über die Höhe des Beitrags. Änderungen der Beitragssätze bedürfen grundsätzlich mindestens einer 3/4 - Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Delegierten.

7. Verfahren

Diese bei der 21. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz mit der notwendigen Mehrheit beschlossene Beitrags- und Finanzordnung ist allen Mitgliedern umgehend in geeigneter Form zur Kenntnis zu geben. Sie wird zukünftig allen Interessierten und neu eingetretenen Mitgliedern automatisch mit der Satzung und weiterem Informationsmaterial zugesandt. Sie wird ebenfalls dem Amtsgericht Köln, Vereinsregister, als Anlage zur Satzung zugestellt.

Antrag zur granma

beschlossen auf der 21. Bundesdelegiertenkonferenz

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba setzt sich zum Zie, das weitere Erscheinen der granma abzusichern und einen eigenständigen Beitrag zur Erhöhung der Auflage zu leisten.

Dazu wird der Vorstand beauftragt, bis Ende des Jahres bei der mit dem Vertrieb beauftragten Firma, alle relevanten Informationen (Abozahl, Gruppenkontingente, ...) einzuholen.

Notwendige ergänzende Werbemaßnahmen (Anzeigen in 3. Welt-Zeitschriften, Junge Welt, ... und Werbematerial z.B. für den Tourismussektor) sind durch den Vorstand zu erarbeiten und umzusetzen.

Der Vorstand klärt mit der Redaktion in Havanna den notwendigen Logistikbedarf zur Erleichterung der Arbeit ab.

In der Cuba Libre wird durch einen Artikel (z.B. Stellungnahme der Auslandsredaktion) und durch einen ganzseitigen Abo-Aufruf für Verbreitung gesorgt.

Die einzelnen Gruppen sollten sich zur regelmäßigen Abnahme bestimmter Kontingente verpflichten und vor Ort den Verkauf organisieren.

Antragstellerin:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Gruppe Nürnberg

Mausoleum für Comandante Guevara?

Ruhestätte des Revolutionärs soll für Menschlichkeit und Tourismus in Bolivien sorgen

junge Welt, 29. 11. '95

Am Wochenende pilgerten bereits die ersten Jugendlichen, mit Spitzhacke und Schaufel bewaffnet, zur vermeintlich letzten Ruhestätte des Kommandanten Ernesto Che Guevara – sie wollten seine sterblichen Überreste in eine würdevolle Grabstätte überführen. Ermöglicht hatte dies der pensionierte Armeegeneral Mario Vargas Salinas. Er brach im Laufe der letzten Woche sein 28 Jahre währendes Schweigen und gab Boliviens großes Militärgeheimnis preis: die letzte Ruhestätte des legendären kubanischen Revolutionsführers argentinischer Herkunft.

Am 7. Oktober hatte eine Einheit der 8. Armee Boliviens Ernesto Che Guevara und 36 seiner bärtigen Mitkämpfer in einer Schlucht nahe dem Dörfchen La Higuera, rund 250 Kilometer südöstlich von Santa Cruz, umzingelt. Nach einem mehrstündigen Gefecht, in dem die Mehrheit der Revolutionäre getötet wurde, erfolgte die Gefangennahme des leichtverletzten Che. Am folgenden Tag, dem 9. Oktober, wurde Guevara gegen Mittag, auf Verlangen der CIA und auf Weisung des bolivianischen Präsidenten General Rene Barrientos, exekutiert und anschließend nach Vallegrande geschafft, wo der Leichnam der internationalen Presse vorgeführt wurde.

Was anschließend mit den sterblichen Überresten Guevaras geschah, blieb bis zur Veröffentlichung des Interviews mit Mario Vargas Salinas eines der bestgeschütztesten Geheimnisse der Militärgeschichte. Drei maßgebliche Spekulationen kursierten in der Folgezeit:

- die sterblichen Überreste wurden eingäschert und, wie von der CIA verlangt, in alle Winde verstreut
- die CIA überführte die Leiche über Panama in die USA
- der Leichnam wurde an Kuba verkauft.

Diesen Spekulationen trat der pensionierte General nun entgegen. Vargas Salinas war 1967 Hauptmann der 8. bolivianischen Armee und wohnte der Gefangennahme des bärtigen Revolutionärs, am folgenden Tag dessen Exekution und weitere zwei Tage später der Beseitigung seiner Leiche bei. Nach Aussage Vargas Salinas waren Guevaras letzte Worte, als sich ihm sein Mörder, der Feldwebel Mario Teran, mit gezogener Waffe näherte: »Schieß Feigling! Dann siehst du, wie ein Mann stirbt.« Nachdem der Leichnam am 9. Oktober der internationalen Presse vorgeführt worden war, beschlossen die Verantwortlichen am 10. Oktober, dem »Spektakel« ein Ende zu setzen und die Leiche verschwinden zu lassen. Es wurde eine Totenmaske abgenommen, ein Arzt amputierte beide Hände und übergab sie argentinischen Agenten, zwecks Identifizierung der

Fingerabdrücke. Totenmaske, beide Hände und eine Mikrofilmkopie des Tagebuchs von Che wurden später von einem Journalisten, im Auftrag des bolivianischen Innenministers Antonio Arguedas, nach Havanna geschmuggelt.

Im Morgengrauen des 11. Oktober erhielten die Offiziere Vargas Salinas, Guido Flores und Ticona den Befehl, die Überreste Guevaras und fünf seiner Kampfgenosser in einem Lastwagen zur kleinen Landepiste von Vallegrande zu bringen. Dort wurden die sechs Leichname unter der Rollbahn verscharrt. Während Flores starb, fehlt von Ticona jede Spur, so daß Vargas Salinas der einzige direkte Zeuge des damaligen Geschehens ist. Dessen Bekenntnis füllt seit einer Woche die Zeitungen, Kommentatoren von Radio- und Fernsehsendern rotieren, um immer neue Details zu bringen. Vor Ort in Vallegrande warten Dutzende von Journalisten aus aller Welt auf die vom bolivianischen Präsidenten Sanchez de Lozada angeordnete Exhumierung des Leichnams des argentinisch-kubanischen Revolutionärs. Sollten Überreste gefunden werden, was von Gerichtsmedizinern aufgrund des tropischen Klimas bezweifelt wird, sollen diese den Angehörigen überstellt werden, die allerdings den Berichten über die letzte Ruhestätte Ernesto Che Guevaras keinen Glauben schenken, so die Tochter des Guerilla-Kämpfers Aleida Guevara. Sie sprach sich zudem mit einem Zitat ihres Vaters gegen die Überführung der Leiche aus: »Wo auch immer ich sterbe, dort will ich sein.«

Gegen die Überführung der Überreste läuft der Bürgermeister von Vallegrande, Ever Cabreza, Sturm. Er möchte am Fundort ein Mausoleum errichten und den Leichnam zum »historischen Kulturgut der Provinz Vallegrande« erklären, wovon er sich ein Anschwellen der Touristenströme nach Vallegrande verspricht.

Unterstützt wird er bei seinem Vorhaben, wenn auch aus ganz anderen Motiven, von der linksindigenistischen Partei Eje Pachakuti: »Che ist ein Symbol der Menschlichkeit. Angesichts der von Korruption und Überläufertum gekennzeichneten Politik von heute wird er uns weiterhin ein Vorbild für Aufrichtigkeit und menschliche Ideale sein«, so deren Abgeordneter Ramiro Barrenechea, Kampfgefährte Guevaras im bolivianischen Hochland.

Ersttaunlich zurückhaltend gab sich bislang die bolivianische Armee, die 1967 das völlige Verschwindenlassen des Leichnams befohlen hatte, um zu verhindern, daß sich Vallegrande in einen Wallfahrtsort verwandelt, was nun knapp dreißig Jahre später durchaus wahrscheinlich ist.

Albert Recknagel, La Paz

NEUE IMPULSE
AUS UNSEREM
VERLAG



Josef Schlieffstein

EINFÜHRUNG IN DAS STUDIUM VON MARX, ENGELS UND LENIN

Das hier vorgelegte Buch ist der unveränderte Nachdruck eines Werkes, das der leider viel zu früh verstorbene hervorragende Theoretiker, Historiker und Lehrer der Arbeiterbewegung Prof. Dr. Josef Schlieffstein Anfang der 70er Jahre verfaßt hat. Nicht nur, daß wir dieses für die beste Einführung in das Studium der marxistischen Klassiker halten, es ist auch frei von solchen Illusionen und Fehlurteilen, wie sie zur Zeit der Erstausgabe unter Marxisten weit verbreitet waren.

ISBN 3-910080-04-9

DM 24,80

Hans Heinz Holz

KOMMUNISTEN HEUTE

Die Partei und ihre Weltanschauung

Die erste Auflage seines 1991 erschienenen Buches „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ war schnell vergriffen und sorgte auch international für Diskussionen, weil hier einer die Zeitgesänge postsozialistischer Beerdigungsredner mit seiner Streitschrift über Grundfragen und Perspektiven des Marxismus sowie einige Gründe für das Scheitern der ersten sozialistischen Gesellschaften störte und den Resignierten Mut machte. Nicht zuletzt deshalb wurde das Buch in mehrere Sprachen übersetzt.

Mit diesem zweiten Buch konzentriert sich Hans Heinz Holz nicht weniger streitbar auf das Parteiverständnis der Kommunisten, seine Kategorien und weltanschaulichen Grundlagen. Denn – so schreibt er in seinem Vorwort – „die Frage nach dem Kommunisten sein ist nicht ablösbar von der Frage nach der politischen Organisation, der Partei. Politische Praxis ist immer organisiert kollektive Praxis. Das Individuum bleibt immer privat, wie sehr es auch von den Inhalten der Politik ergriffen und erregt werden mag. Unus homo, nullus homo – ein Mensch ist kein Mensch, sagten die Römer. Kommunisten werden zu solchen in der Partei...“

ISBN 3-910080-05-7

DM 14,80

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Telefon 02 01 / 20 00 06,

Fax: 02 01 / 20 24 67

CUBA
LIBRE

G 7911F

FG BRD-Kuba, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt, G7911F
5566 1/10 1

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

Forschungs- und Dok.-Zent. Chile-Lateinam

50674 Köln

Mehringhof-Gneisenastr. 2

10961 Berlin

